Reagans Pläne für den Atomkrieg — Seite 12

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 38 vom 24. September 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Koalition von CDU/CSU und FDP

Gemeinsam gegen die Wunschregierung des Großkapitals!

Die sozial-liberale Koalition in Bonn ist zerbrochen. Vermutlich noch in dieser Woche wird es eine CDU/FDP-Koalition geben. Eine Woche zuvor hatte der Bundesvorstand der Deutschen Industrie (BDI) kategorisch gefordert: „Einschneidender Kurswechsel ist geboten". Schon am Tag nach dem Bruch der Koalition zogen die Aktienkurse um durchschnittlich 5 Punkte an.

Kein Zweifel: Die Bank- und Konzernherren und ihre Seilschaft in den Führungen von FDP und CDU/CSU wittern Morgenluft. Jetzt wollen sie endlich die „radikale Wende" verwirklicht sehen, auf die sie schon seit Monaten hinarbeiten.

Gewiß, auch die Regierung Schmidt war ihnen zu Diensten: Mit Sozialabbau in allen Bereichen, mit enormen Steigerungen der Rüstungsausgaben, mit Steuergeschenken und Investitionszulagen. Aber das alles reicht ihnen nicht. „Die Armen sollen zahlen, damit die Profite der Reichen auch in der Krise steigen können" — das ist der Schlachtruf der Unternehmer und Banken. Das Lambsdorff-Papier, das den letzten Anstoß zum Bruch der SPD/FDP-Koalition gegeben hat, zeigt, wohin die Reise gehen soll: Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 50 Prozent in den ersten drei Monaten, Abbau der Lohnfortzahlung durch Einführung von Karenztagen, Erhöhung der Rentenbeiträge, Abschaffung des Mutterschaftsurlaubs, Neubaumieten als Meßwert für allgemeine Mieten usw.

Eine solche Politik der offenen Konfrontation mit der Arbeiterschaft konnten die Unternehmer mit der SPD als Regierungspartei nur schwer verwirklichen. Nicht, weil die SPD-Führung nicht allzeit ein offenes Ohr für die Unternehmerinteressen hätte. Das hat sie schon und sie hat es in den letzten Jahren wahrhraftig durch ihre Politik bewiesen. Aber die SPD-Führer sind, wenn es darum geht, im Interesse der Reichen die Armen bluten zu lassen, in ihren Entscheidungen und ihrem Handeln längst nicht so frei wie die CDU/CSU- und FDP-Führungen. Die SPD-Führung muß, wenn sie ihren Masseneinfluß nicht völlig verlieren will, einen gewissen Grad an Rücksicht auf die Stimmung unter den Arbeitern und Angestellten und auf die Gewerkschaft nehmen. Weil mit einer CDU/CSU-Regierung rücksichtslos und schneller vorgegangen werden kann, arbeiten die Unternehmer schon seit langem auf einen Regierungswechsel in Bonn hin.

Betrug an den Wählern!

Sofortige Neuwahlen, die die CDU/CSU-Führer in den letzten Wochen immer wieder demagogisch gefordert haben, sind jetzt natürlich in diesen Kreisen nicht mehr sonderlich gefragt. Man hat ja, was man will: die Macht. Und die soll jetzt erst einmal benutzt werden für eine Politik der rücksichtslosen Durchsetzung der Unternehmerinteressen. Was schert es einen Lambsdorff oder einen Genscher, daß sie damit einen gigantischen Betrug an ihren Wählern vollziehen, die sich in der überwiegenden Mehrheit bei der letzten Bundestagswahl ja ausdrücklich gegen die CDU/CSU entschieden haben?

Sie sind gegen sofortige Neuwahlen, weil es ja nicht sicher ist, ob die FDP noch in den Bundestag käme, ob die CDU/CSU die absolute Mehrheit erreichen würde, ob Neuwahlen also überhaupt eine Mehrheit für eine Regierung und eine Politik bringen würden, wie sie jetzt als Ergebnis von Machenschaften hinter den Kulissen, entstehen sollen.

Angesichts der Tatsache, daß hier so offensichtlich durch einen zynischen Machtpoker hinter den Kulissen die Wählerentscheidung umgangen werden soll, kann nur die Forderung nach sofortigen Neuwahlen gestellt werden.

Wir sollten uns andererseits aber auch nichts vormachen: Neuwahlen können keines der Probleme wirklich lösen, denen sich die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen und Rentner heute gegenüberstehen. Welche Alternativen stünden denn zur Wahl? Auf der einen Seite die SPD und damit im wesentlichen die Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik. Diese Politik war und ist auch eine Politik im Interesse der Unternehmer, die durch Sozialabbau und Steuer- und Abgabenerhöhungen den Arbeitern und Angestellten genommen hat, um es den Konzernen reichlich zu geben. Eine Politik, die den Bestrebungen der Unternehmer, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, die Reallöhne zu senken, offen Schützenhilfe geleistet hat, die aber so gut wie nichts getan hat, um einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Wenn sich die SPD-Führer jetzt wieder oppositionell und „sozial" gebärden, soll sich keiner täuschen lassen: Sie haben sich nicht geändert, haben keine Hinwendung zur Arbeiterklasse vollzogen, sondern wollen sich nur aufs neue Stimmen der Arbeiter und Angestellten erschleichen.

Als Alternative stünde zur Wahl die CDU/CSU. Ist es nicht naheliegend, der Opposition die Stimme zu geben, wenn die Regierung versagt hat? Es ist überhaupt nicht naheliegend. CDU/CSU zu wählen ist mit Sicherheit das Dümmste, was Arbeiter und Angestellte, Arbeitslose und Rentner heute tun können. CDU/CSU vertreten heute gemeinsam mit Lambsdorff und Konsorten am skrupel- und rücksichtslosesten die reaktionärsten und arbeiterfeindlichen Interessen des Finanzkapitals. Ihre Politik besteht darin, alle Lasten der kapitalistischen Krise brutal auf die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen und Rentner, die

Fortsetzung auf Seite 2



Barbarisches Massaker in Beirut

Das ist Begins Neuordnung des Libanon!

Entsetzen, Empörung und Abscheu hat das furchtbare Massaker in den Beiruter Palästinenser-Lagern Sabra und Schatila überall auf der Welt ausgelöst. Während Begin und Scharon, deren Panzer letzte Woche nach Westbeirut vorgestoßen waren, nach wie vor ihre Hände in Unschuld waschen, sah sich sogar US-Präsident Reagan genötigt, sie für das Blutbad mitverantwortlich zu machen.

Amerikanische Journalisten, die am vergangenen Samstag als erste die beiden vollständig verwüsteten Lager betraten, berichteten von einer kaum faßbaren Orgie der Bestialität, die sich dort abgespielt haben muß. Sie fanden ganze Berge von verstümmelten und ineinander verknäulten Leichen. Unterschiedslos hatten die Mordbanden alles massakriert, was ihnen vor die Maschinenpistolen und Bajonette gekommen war: insgesamt über 1500 palästinensische Flüchtlinge, Männer, Frauen und Kinder sind regelrecht abgeschlachtet worden.

Selbst vor den in Krankenhäusern liegenden zahlreichen Opfern der israelischen Terrorangriffe und vor dem medizinischen Personal hatten die Mörder nicht haltgemacht. Und nahezu alle Opfer dieser entfesselten Barbarei, auch Kleinkinder, wiesen schwere Wunden auf, die darauf hindeuten, daß sie vor ihrer Ermordung mißhandelt wurden.

Diejenigen, die dieses Blutbad anrichteten, waren die Hilfstruppen der israelischen Invasoren bei deren Eroberung und Zerstörung des südlichen Libanon: die Falange-Milizen des ermordeten Präsidenten Beschir Gemayel, den Begin zu seinem Statthalter im Libanon auserkoren hatte und die Marodeure des Israel-Söldners Major Haddad, der schon seit Jahren ein mit israelischen Waffen ausgerüstetes Marionetten-Regime im Südlibanon betreibt.

Und diese Mordbanden — darüber kann es heute keinen Zweifel mehr geben — haben auf direkten Befehl Begins und Scharons gehandelt. Heute wird selbst in Tel Aviv nicht mehr bestritten, daß die Gemayel- und Haddad-Milizen von der israelischen Armee mit der „Säuberung" der Lager Sabra und Schatila beauftragt worden sind. Die Eroberung Westbeiruts durch die Israelis war das Vorspiel dazu: Damit war verhindert worden, daß die reguläre libanesische Armee in die von der PLO verlassenen Stellungen einrückte. So konnten die Israelis die beiden Lager einschließen und sie zum Sturm durch die „christlichen" Mordbanden freigeben.

Die Behauptungen aus Tel Aviv, man habe das Blutbad zu spät registriert, dann aber gegen die Milizen eingegriffen, sind völlig lächerlich. Denn das Massaker begann am Donnerstagmittag und setzte sich bis in die Morgenstunden des Samstag fort — und während dieser ganzen Zeit waren die Lager von israelischen Einheiten umzingelt. Sie haben zwei Tage und zwei Nächte lang dem Massenmorden tatenlos zugeschaut.

Man erinnere sich: Letzte Woche hatte Begin den Einmarsch in Westbeirut damit begründet, seine Armee müsse „Sicherheit und Ordnung" in der libanesischen Hauptstadt garantieren und Blutvergießen vermeiden. Jetzt sieht die ganze Welt, daß es Begin selbst ist, der wieder in kaum vorstellbarem Maße Blut vergießt. Das also ist die sogenannte Neuordnung im Libanon, die Begin und Scharon schon vor Monaten zu ihrem Kriegsziel erklärt haben. Es ist ihnen nicht gelungen, die bewaffneten Kräfte des palästinensischen Volkes im Kampf zu besiegen. Jetzt lassen sie die wehrlose Zivilbevölkerung von ihren „christlichen" Hilfstruppen abschlachten. Ihr Ziel ist immer noch die „Endlösung der Palästinafrage" durch Völkermord.

15 Jahre „Roter Morgen":

Kommt zu unserem Pressefest!

Am 25. und 26. September in Dortmund-Lütgendortmund / Marienbornplatz

Es gibt viel zu sehen, zu hören, zu erleben, zu diskutieren auf dem Pressefest der KPD aus Anlaß des 15jährigen Bestehens des „Roten Morgen". Über 200 Künstler, Sänger, Tänzer, Kabarettisten, aus der Bundesrepublik und der Türkei, aus Griechenland und Surinam treten auf.

Großveranstaltung der KPD am Samstag nachmittag: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD spricht zum Thema: „Sozialismus hat Zukunft". Sonntag morgen Manifestation gegen Ausländerfeindlichkeit mit Rednern verschiedener Organisationen.

Abschlußveranstaltung Sonntag nachmittag unter anderem mit einem Auftritt der „Schmetterlinge"; Samstag abend Rocknacht der Kommunistischen Jugend Deutschlands unter dem Titel „Laßt euch nicht BRDigen".

Diskussionsrunden zum Sozialabbau und zur aktuellen Lage mit zahlreichen Betriebsräten verschiedener Parteien, zur Kriegsgefahr mit einem Vertreter der PLO; Filmzelte, Kinderfest, Tombola, Infostände, Essen und Trinken runden das Programm ab, zusammen mit dem Markt der Möglichkeiten, zu dem alle fortschrittlichen Parteien und Gruppierungen eingeladen wurden.

Das Kommen lohnt sich in jeder Beziehung, um zu hören, zu sehen, zu erleben, zu diskutieren, dabeizusein!



Mit dabei: die Schmetterlinge



Wieder brennend aktuell: Stoppt Strauß!

Gemeinsam gegen die Wunschregierung des Großkapitals!

Fortsetzung von Seite 1

Jugend und die Frauen unseres Landes abzuwälzen. Diese Politik wird weitere Millionen in Not bringen zugunsten der Millionäre.

Und diese reinrassigen Interessenvertreter der Konzerne und Banken werden diesen auf der ganzen Linie sozialreaktionären Kurs mit allen Mitteln gegen den Widerstand der Arbeiter und Angestellten, der Jugend und aller sozialen Widerstandsbewegungen durchsetzen. Das bedeutet: noch mehr Abbau demokratischer Rechte, noch mehr Aufrüstung der Polizei zur Bürgerkriegstruppe, vor allem massive Angriffe auf die Gewerkschaften, Bedrohung aller Organisationen der Arbeiterklasse. Und die CDU/CSU an der Regierung bedeutet noch mehr Milliarden für den Rüstungswahnsinn, noch mehr Atomraketen, noch mehr Nibelungentreue zur NATO und den Kriegstreibern um Ronald Reagan, also noch mehr Kriegsgefahr.

Je mehr die kapitalistische Krise sich verschärft, desto klarer wird, in welche Richtung die Unternehmer den Ausweg für sich und ihr System sehen: 50 Jahre zurück. In der gleichen Richtung haben sie auch vor 1933 den Ausweg gesucht, was schließlich in Faschismus und Krieg geendet hat. Sicher: Wir schreiben heute nicht 1933 und auch nicht 1932. Aber was die Herren der Banken und Industrie und ihre Einpeitscher in den Führungen von CDU/CSU und FDP heute politisch wollen, geht unweigerlich in diese Richtung. Wer heute mit dem Gedanken spielt, aus Enttäuschung über die SPD-Politik für die CDU/CSU Partei zu ergreifen, muß sich das klar vor Augen halten.

Für eine radikale Wende in der Arbeiterbewegung!

Wenn die Kapitalisten und ihre Bonner Kreaturen so lauthals nach einer Wende schreien, und sich anschicken, diese Wende zur Reaktion auf der ganzen Linie auch zu vollziehen, dann ist es auch für die Arbeiterbewegung höchste Zeit, darüber nachzudenken, ob nicht auch sie eine Wende, einen Kurswechsel vollziehen muß, wenn sie nicht will, daß die Unternehmer ihr das Fell über die Ohren ziehen.

Gescheitert ist in Bonn nicht nur die Regierung Schmidt. Gescheitert ist das gesamte Konzept sozialdemokratischer Reformpolitik, an dem sich nach wie vor der Kurs der Führungen unserer Gewerkschaften orientiert. Als die sozialliberale Koalition vor 13 Jahren ihr Amt antrat, haben die SPD-Führer den Arbeitern und Angestellten versprochen: Wir werden durch Reformen dafür sorgen, daß der Kapitalismus krisenfrei bleibt, daß eure Existenz wirtschaftlich gesichert ist, daß es euch auch im Kapitalismus immer besser geht, daß ihr mehr Rechte habt, daß eure Kinder mehr Chancengleichheit kriegen usw. — das alles werden wir erreichen nicht durch Klassenkampf, sondern durch Zusammenarbeit mit den Unternehmern, indem wir eine Politik machen, die sowohl den Interessen der Unternehmer und der kapitalistischen Wirtschaft Rechnung trägt als auch den Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Diese sozialdemokratischen Versprechungen sind unter dem Druck der kapitalistischen Krise geplatzt wie Seifenblasen: Es gibt keinen krisenfesten Kapitalismus, es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitern und Unternehmern und es gibt darum auch keine Politik, die im Interesse der Unternehmer **und** Arbeiter ist.

Daraus gilt es zu lernen. Es gibt nur einen Weg, unsere Interessen wirksam gegen die Unternehmer und die politische Reaktion zu verteidigen: den konsequenten Klassenkampf ohne Rücksicht auf die Unternehmerinteressen und die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft. Das bedeutet für die Gewerkschaften: Schluß mit dem bisher praktizierten Sozialpartnerschaftskurs. Sicher: Wir Arbeiter können die kapitalistische Krise nicht aus der Welt schaffen und auch kein bürgerlicher Politiker kann es. Eine gesicherte Existenz werden wir uns erst schaffen können, wenn wir den Unternehmern und ihren politischen Erfüllungsgehilfen die politische Macht entreißen, um den Kapitalismus zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft nach unseren Interessen aufzubauen.

Aber wir können und müssen heute verhindern, daß alle Lasten der Krise auf uns abgewälzt werden. Der Kahlschlagpolitik, die jetzt eine CDU/CSU/FDP-Koalition in Bonn durchführen will, gilt es die Losung entgegenzustellen:

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Die Hunderte von Milliarden Mark Privatvermögen, die die Hintermänner von Kohl, Strauß und Lambsdorff zusammengerafft haben, die hunderttausend Millionäre dieser Republik müssen herhalten. Nicht die paar Märker des Arbeiters, nicht die Hungergelder jugendlicher Arbeitsloser oder die Pfennige der Rentner.

Ob die Unternehmer, ob Kohl, Strauß, Lambsdorff und Genscher mit ihrem Programm der sozialen und politischen Reaktion durchkommen, hängt nicht einfach von Abstimmung im Parlament und schon gar nicht von sogenannten wirtschaftlichen Sachzwängen ab. Es hängt ganz wesentlich von uns ab. Wenn wir, die Arbeiter und Angestellten und unsere Gewerkschaften, uns entschlossen zur Wehr setzen, um unsere Interessen und sozialen Rechte zu verteidigen, wenn wir dem weiteren Sozialabbau mit entschiedenem Widerstand, mit Demonstrationen und Streiks entgegentreten, dann können wir den Unternehmern, können wir Kohl, Strauß, Lambsdorff und Genscher klarmachen, daß sie sich an einem heißen Herbst und Winter gewaltig die Finger verbrennen können.

Für den Oktober haben die Gewerkschaften zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung aufgerufen. Machen wir den Unternehmern und der politischen Reaktion in diesem Land klar: Wir halten nicht still. Kampflos werden die Arbeiter und Angestellten ihre in Jahrzehnten erkämpften sozialen Rechte nicht preisgeben.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Frankfurt: Bundestreffen der IAF

Kampf der wachsenden Ausländerfeindlichkeit

Hetzparolen gegen ausländische Kollegen, Bomben gegen Asylanten, immer größere Beschneidung der ohnehin geringen politischen und sozialen Rechte der Ausländer in unserem Land durch reaktionäre Gesetze, unverhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit unter den Ausländern — das kennzeichnet heute die Situation der ausländischen Bürger in unserem Staat.

Betroffen sind dadurch nicht nur die ausländischen Kollegen selbst. Betroffen sind auch zahllose deutsche Frauen, die in den letzten Jahren Ausländer geheiratet haben. Während die „deutsche Familie" gesetzlich geschützt ist, sind die binationalen Ehen durch Ausweisungsdrohung gegen den ausländischen Partner bedroht, versucht die deutsche Bürokratie in der letzten Zeit sogar zunehmend, Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern zu erschweren oder ganz zu verhindern.

Frauen von Ausländern haben sich daher in der „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e.V." zusammengeschlossen, um gegen die zunehmende Rassendiskriminierung zu kämpfen. In Frankfurt hielt diese Organisation am vergangenen Wochenende ihren Bundeskongreß ab.

Gut und richtig sind die Forderungen, für die die IAF seit nun 10 Jahren kämpft: Verbesserung des Aufenthaltsrechtes, kein Antasten des Eheschließungsrechtes zwischen Deutschen und Ausländern, Recht auf uneingeschränkten Familienzuzug, Aufnahme eines Paragraphen gegen Ausländerdiskriminierung in das Strafgesetzbuch, rechtliche Gleichstellung binationaler Ehen, aber auch Forderungen zur völligen Gleichberechtigung der Frau wie beispielsweise „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit".

Natürlich ist die Arbeit dieser Organisation den Faschisten ein Dorn im Auge. Auf Wandzeitungen und in ihren Zeitschriften berichtet die IAF über Drohbriefe und Anschläge gegen ihre führenden Mitglieder, von Schikanen durch die westdeutsche Bürokratie, von Diskriminierung der Kinder aus binationalen Ehen in der Schule, am Ausbildungsplatz. Um so wichtiger ist die konkrete Aufklärungsarbeit, die die IAF leistet — durch Publikationen, durch Beratung, durch die verschiedensten Aktionen. Die Arbeit der IAF ist ein wichtiger Beitrag im antifaschistischen Kampf, zu dem ja auch der Kampf gegen die besondere Unterdrückung der ausländischen Kollegen gehört.

Die KPD unterstützt diesen Kampf und überbrachte dem Bundeskongreß der IAF die folgende Grußadresse:

Grußbotschaft der KPD an den IAF-Kongreß

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Genossen!

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands überbringe ich euren Kongreß herzliche Kampfesgrüße.

Als Frau eines Ausländers weiß ich, mit welchen Schwierigkeiten und Diskriminierungen wir alle zu kämpfen haben: Unsere Männer, wir selbst, unsere Kinder. Ich kenne die Verachtung und Menschenfeindlichkeit, denen wir in Ämtern und Behörden begegnen; ich kenne die Benachteiligung, denen unsere Kinder an den Schulen ausgesetzt sind; ich kenne die Gefährdung unserer Familien durch ein reaktionäres Ausländergesetz; ich sehe die rassistischen „Ausländer-raus"-Parolen, die in den letzten Jahren immer häufiger an Hauswänden auftauchten.

Die Herrschenden in diesem Staat haben Millionen von Menschen aus aller Herren Länder hierher geholt, sie gehandelt wie Arbeitssklaven. Und sie haben diesen Menschen auch nicht mehr Rechte gegeben als Arbeitssklaven. Denn alle schönen Reden über „Integration" können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ausländer in der Bundesrepublik rechtlos geblieben sind — politisch und sozial.

Wenn heute Faschisten wie die NPD in Wahlkämpfen offen unter der rassistischen Parole „Ausländer raus" auftreten, wenn heute braune Terrortruppen Bomben in Asylantenheime werfen und unsere ausländischen Mitbürger tyrannisieren — dann ist das nur die letzte Konsequenz aus einer staatlich betriebenen, mehr oder weniger offen rassistischen Politik. Wir wissen, wohin eine solche Politik schon einmal geführt hat. Und wir zittern vor den Auswirkungen, die diese Politik in der Zukunft wieder haben kann — denn auch unsere Kinder sind das, was man einmal „nicht rein arisch" nannte.

Wir zittern — aber wir kämpfen auch dagegen. Die KPD fordert seit Jahren die vollständige soziale und politische Gleichstellung aller Ausländer, die in unser Land gekommen sind, um hier zu leben und zu arbeiten. Die KPD kämpft seit Jahren gegen die Diskriminierung von Ausländern durch die neuen und alten Faschisten, gegen den wiederauflebenden Rassismus.

Dies ist ein Kampf, den auch ihr führt. Die Arbeit der IAF halten wir deshalb für einen wichtigen Bestandteil des antifaschistischen Kampfes in unserem Land.

Wir wünschen euch viel Erfolg — für diesen Kongreß und für eure weitere Arbeit.

Kommunistische Partei Deutschlands

NATO-Manöver

Bundeswehr-Panzer schießt auf Kinder

Immer krimineller werden die Aktionen im Rahmen der NATO-Manöver. Nachdem in Dänemark schon eine Feriensiedlung unter Raketenbeschuß genommen wurde, hat jetzt in Bayern die Besatzung eines Bundeswehrpanzers auf spielende Kinder geschossen

Der Kampfpanzer stand nach Angaben der Polizei etwa 200 Meter östlich der Ortschaft Trisching bei Nabburg (Kreis Schwandorf). Als sich ein Flugzeug des Manöver-„Gegners" näherte, ordnete der Kommandant des Panzers Gefechtsbereitschaft an. Zu diesem Zeitpunkt spielten aber vier Jungen im Alter von zehn bis 14 Jahren unmittelbar vor dem Kampfpanzer.

Der Kommandant rief ihnen zu, sie sollten sich seitlich in Deckung bringen. Diesen Zuruf soll der Kanonier als Feuerbefehl mißverstanden haben. Er schoß jedenfalls eine Salve Übungsmunition auf die Kinder ab, die in nur zehn Meter Entfernung direkt vor dem Kanonenrohr standen. Alle vier Jungen wurden im Gesicht und am Oberkörper schwer verletzt; zwei von ihnen schwebten bei Redaktionsschluß noch in Lebensgefahr.

Wie bei dem Vorfall in Dänemark zeigte sich auch hier, daß die NATO schon in Friedenszeiten lebensgefährlich ist. Das betrifft nicht nur die an den Manövern teilnehmenden Soldaten selbst — erst letzte Woche starben bei einem einzigen Manöverunfall fünf britische Soldaten —, sondern zunehmend auch die Zivilbevölkerung. Denn die NATO-Strategen drängen darauf, ihre Kriegsübungen unter möglichst realistischen Bedingungen abhalten zu können. Auf Sachwerte, wie vor allem auf das Eigentum der Bauern in Manövergebieten, wird dabei längst keine Rücksicht mehr genommen.

Und inzwischen ist es offenbar schon sei weit, daß nicht einmal die Anwesenheit von spielenden Kindern die NATO-Offiziere davon zurückhalten kann, ihre Kriegsübungen skrupellos fortzusetzen.



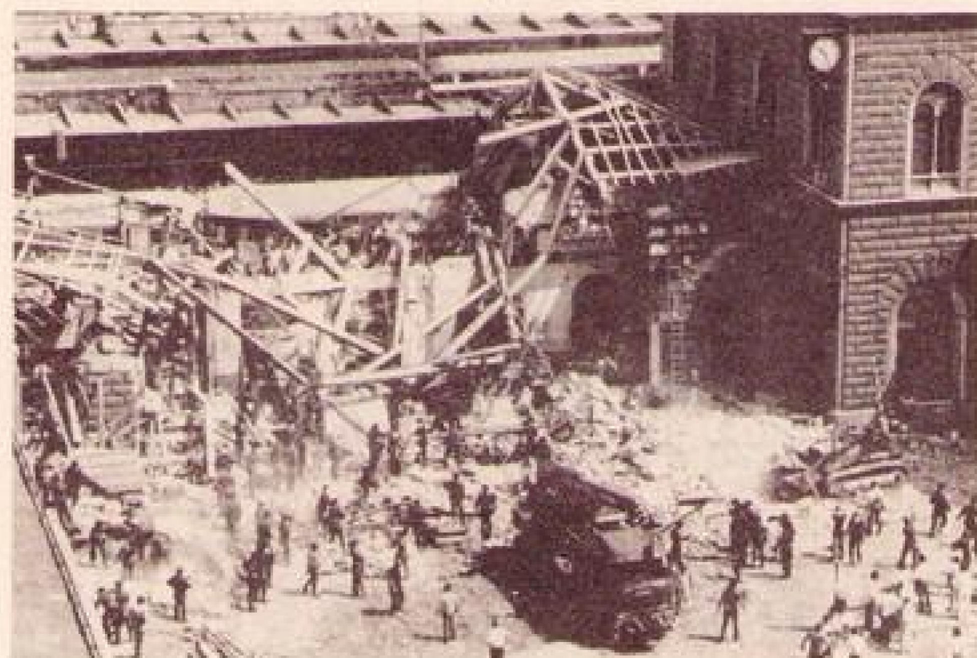
RM-Leser aus Lingen schickten uns dieses Foto, ein Dokument der Solidarität mit den inhaftierten kommunistischen Oppositionellen in der DDR. Für bis zu acht Jahren sollen diese Genossen hinter Gefängnisgittern verschwinden, weil ihnen die Unterstützung der Sektion DDR der KPD vorgeworfen wird.

Der Fall Joachim Fiebelkorn

Frankfurter Justiz läßt Bologna-Attentäter laufen

Die skandalöse Schonung faschistischer Gewaltverbrecher durch westdeutsche Justizbehörden hat in der vergangenen Woche einen schier unglaublichen Höhepunkt erreicht. Der 35jährige BRD-Staatsbürger Joachim Fiebelkorn, von italienischen Richtern per Haftbefehl wegen dringenden Verdachts der Beteiligung am Attentat von Bologna gesucht, ist von einem Frankfurter Haftrichter auf freien Fuß gesetzt worden.

Im Bahnhof von Bologna war am 2. August 1980 eine Bombe explodiert, die verheerende Verwüstungen anrichtete. 85 Menschen fanden bei diesem brutalsten Mordanschlag in der italienischen Nachkriegsgeschichte den Tod. Als Auftraggeber des faschistischen Terroraktes ist inzwischen die Geheimorganisation P 2 ermittelt worden, deren Führer Licio Gelli kürzlich in Genf verhaftet werden konnte. Die P 2, der prominente italienische Kapitalisten, Minister, hochrangige Militärs sowie hohe Offiziere aus Polizei und Geheimdiensten angehörten, arbeitete auf ein Klima des Schreckens durch Terrorakte nach der Art von Bologna hin. So sollte der Boden für die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Italien bereitet werden.



Bahnhof Bologna nach dem Attentat.

Schon frühzeitig waren Hinweise darüber aufgetaucht, daß an dem Anschlag von Bologna nicht nur Italiener, sondern auch ausländische Nazi-Terroristen beteiligt waren. Vor kurzem erließen die Untersuchungsrichter am Landgericht von Bologna fünf neue Haftbefehle — darunter auch einen gegen den Bundesbürger Fiebelkorn. Die erste Merkwürdigkeit, die sich daraufhin ereignete, war die Tatsache, daß Fiebelkorn sich an seinem Wohnort Hofheim/Taunus am vorletzten Montag freiwillig der Polizei stellte. Eine solche Reaktion ist ja bei Leuten seines Schlages wahrlich nicht die Regel.

Aber ganz offenbar hat Fiebelkorn zu diesem Zeitpunkt schon gewußt, daß er damit keinerlei Risiko eingehen würde. Denn — zweite Merkwürdigkeit — kaum war der Gesuchte nach seinem Auftauchen bei der Polizei in Haft genommen worden, erklärte Reinhold Rochus, der Sprecher der Frankfurter Staatsanwaltschaft, kategorisch, Fiebelkorn würde auf keinen Fall nach Italien ausgeliefert werden. Dem stünde bundesdeutsches Recht entgegen.

Und dann schließlich die dritte Merkwürdigkeit: Nach achtstündiger Verhandlung setzte der mit dem Fall befaßte Frankfurter Untersuchungsrichter Fiebelkorn wieder auf freien Fuß. Begründung: Die von den italienischen Behörden vorgelegten Beweise wären nicht ausreichend gewesen. Was letzte Woche dann über diese Verhandlung durchsickerte, ist vollends haarsträubend. Denn Fiebelkorns Anwalt und ein dubioser „Zeuge" versuchten die Unschuld des Gesuchten damit zu beweisen, daß sie darstellten, Fiebelkorn wäre zum Zeitpunkt des Bologna-Attentats mit Mordaktionen in einem anderen Land beschäftigt gewesen.

Gemeint war damit die Tätigkeit des Nazi-Terroristen in Bolivien, auf die letzte Woche von der ARD-Sendung „Tagesthemen" einiges Licht geworfen wurde. Demnach hatte Fiebelkorn auch im Dienst des bolivianischen Generals Echeverria, Kommandant der Militärregion Santa Cruz (dem Zentrum der von den Generalen betriebenen Drogenproduktion) gestanden. Der General schätzte offenbar die Fähigkeiten, die sich der Deutsche als Söldner in Francos Fremdenlegion erworben hatte und gab ihm den Auftrag zur Gründung einer paramilitärischen Terrorbande, die dann eine Reihe von Mordaktionen gegen bolivianische Oppositionelle durchführte.

Nach Lateinamerika aber führen auch Spuren im Bologna-Fall. So ist es nach italienischen Erkenntnissen erwiesen, daß sich Fiebelkorn unter anderem gemeinsam mit dem französischen Faschisten Olivier Danet wiederholt in Kolumbien aufgehalten hat, wo seit 1976 Stefano Delle Chiaie, der eigentliche Planer des Blutbades vom Hauptbahnhof Bologna, lebt.

Und eine solche Figur der internationalen Terroristen-Szene wie Joachim Fiebelkorn wird also so ganz nebenbei wieder in die Freiheit entlassen. Aldo Gentile, Untersuchungsrichter in Bologna, sagte zu diesem unglaublichen Vorfall: „An der Anklage gegen Fiebelkorn haben wir zehn Monate gearbeitet. Um die Unterlagen nach Deutschland zu schicken, haben wir uns einen Tag Zeit gelassen. Wie haben es die Richter hingekriegt, die Akten in nicht einmal einem halben Tag zu lesen und zu entscheiden?"

Gentile hat weiter darauf hingewiesen, daß er — um die Prozedur zu beschleunigen, erst einen Teil des umfangreichen Aktenmaterials nach Frankfurt geschickt hatte, daß dort die Richter aber sehr genau gewußt hätten, daß weiteres Material nachfolgen würde. Aber das hat man ja in Frankfurt gar nicht erst abgewartet. Noch ein weiterer aufschlußreicher Hinweis von Gentile zum Fall Fiebelkorn: „Seine Anwesenheit in der Gegend von Bologna in jenen Tagen oder in den vorhergehenden Tagen — Vorsicht: ich sage nicht am 2. August — wurde uns von den deutschen Geheimdiensten selbst mitgeteilt."

Liegt hier der Schlüssel zu all den oben angeführten Merkwürdigkeiten? Richter Gentile jedenfalls sagte: „Wir wissen, daß es einen präzisen Grund gibt, durch den die deutschen Behörden gegenüber Fiebelkorn günstig gestimmt sind." Deutlicher wollte er zwar nicht werden — es handele sich hier um ein „deutsches Staatsgeheimnis". Dennoch gab der Richter unter der Hand zu verstehen, daß der international tätige Nazi-Terrorist Fiebelkorn für einen westdeutschen Geheimdienst arbeite; Arbeitsfeld: „Wehrsportgruppe Hoffmann", wobei Gentile auch Verbindungen zum Attentat auf dem Oktoberfest in München zog.

Dieser Vorwurf, so ungeheuerlich er klingen mag, trifft einen Tatbestand, der keineswegs einmalig wäre. Denn immer wieder haben sich in der letzten Zeit militante Faschisten als V-Leute der Bonner Geheimdienste entpuppt. Keiner von ihnen war allerdings ein so hochkarätiger Verbrecher wie Fiebelkorn. So muß gerade dieser Fall zum Anlaß genommen werden, um endlich Licht in die Komplizenschaft zwischen Geheimdiensten und Nazi-Terroristen zu bringen. Über diesen Fall darf nicht einfach hinweggegangen werden. Die demokratische Öffentlichkeit muß darauf bestehen, daß Fiebelkorn erneut verhaftet und ausgeliefert wird und, daß alle Umstände dieses Skandals restlos aufgeklärt werden.



Aktionen zum Jahrestag des Machtantritts Hitlers

Nie wieder Faschismus!

Vor fünf Jahrzehnten begann in Deutschland mit dem Machtantritt Hitlers die dunkelste Periode in der Geschichte unseres Landes: das faschistische Regime des organisierten Verbrechens, die terroristische Herrschaft der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals.

Hitlers Machtantritt, der Auftakt zur blutigen Zerschlagung der Arbeiterbewegung, zum millionenfachen Mord, zur Vernichtung der Juden und schließlich zum imperialistischen Raubkrieg wird sich am 30. Januar 1983 zum 50sten Mal jähren. Für alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte in diesem Land muß dieser Tag ein Anlaß zu eindrucksvollen Kundgebungen gegen Reaktion, Faschismus und Krieg sein.

Deshalb begrüßt die KPD die Initiative und den hier abgedruckten Aufruf einer Reihe führender Gewerkschafter und anderer Antifaschisten. Der Aufruf begreift den 30. Januar nicht nur als „Gedenktag", sondern vor allem als einen Tag der kämpferischen Aktion, wo darauf orientiert werden soll, „der möglichen Wiederholung eines solchen Verhängnisses entgegenzuwirken."

Eine solche Ausrichtung ist — gerade angesichts des bevorstehenden Regierungswechsels — auch nach unserer Ansicht eine absolute Notwendigkeit. Wir meinen allerdings nicht, daß die Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur, wie im Aufruf dargestellt, aus dem Anwachsen neonazistischer Gruppen erwächst. Natürlich stellen diese Gruppen, zumal sie längst zu organisiertem Terror übergegangen sind, eine zunehmende Bedrohung dar, und die Forderung nach ihrem Verbot muß noch nachdrücklicher erhoben werden.

Was jedoch die drohende Möglichkeit eines neuen '33 angeht, so sind es auch heute die aggressivsten und reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals, die auf einen Kurs in diese Richtung drängen und die auch jetzt wieder bereit sein werden, ein offen terroristisches Regime zu errichten, wenn sie keinen anderen Weg mehr sehen, den wachsenden Widerstand der Werktätigen gegen ihre Krisenpolitik zu brechen.

Wie bereits die Verabschiedung der Notstandsgesetze gezeigt hat, richten sich diese Kräfte darauf ein, den bestehenden bürgerlich-demokratischen Staat in ein Regime der faschistischen Diktatur umzuwandeln, dessen politische Träger die reaktionärsten Gruppierungen innerhalb und außerhalb der jetzigen „demokratischen" Parteien sein würden, wie sie sich gegenwärtig um Franz Josef Strauß gruppieren. Den neonazistischen Banden käme in einem solchen Prozeß keine eigenständige Rolle, sondern nur die von „Hilfstruppen" (um mit Strauß zu sprechen) zu.

Diese Differenz zu den im Aufruf vorgetragenen Ansichten hindert uns aber nicht, den Aufruf zu unterstützen und nach unseren Kräften zur Mobilisierung für die Demonstrationen am 29. Januar beizutragen.

Aufruf 30. Januar 1933 —30. Januar 1983

Am 30. Januar 1983 jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem auf Drängen rechtskonservativer Kreise, nicht zuletzt von Vertretern der Schwerindustrie der Hochfinanz und der Generalität, Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde.

Er zerschlug als erster die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften, beseitigte die parlamentarisch-demokratische Regierungsform und unterdrückte alle demokratischen Bestrebungen.

Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen für die sogleich beginnende Kriegsrüstung und die Vorbereitung des geplanten Angriffs zur Eroberung des „Ostraums".

Die Fackelzüge am 30. Januar 1933 waren Fanal für den zweiten Weltkrieg.

Wenn wir heute dazu aufrufen, dieses schicksalschweren Tages zu gedenken, so vor allem, um der möglichen Wiederholung eines solchen Verhängnisses entgegenzuwirken. Unser Volk hat gegenüber der kommenden Generation und den anderen Völkern die Verpflichtung, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Das in Europa, in West und Ost, heute schon stationierte Atomwaffenpotential reicht aus, alles Leben auf unserem Planeten auszulöschen. Jede weitere Stationierung neuer, noch gefährlicherer Atomraketen, insbesondere in unserem Land, erhöht das Risiko totaler Vernichtung.

Heute, wie in den 30er Jahren, begründen die Befürworter der Aufrüstung ihre Politik mit demagogischen Phrasen und propagieren ein antikommunistisches Feindbild.

In diesem Klima gedeiht der Neonazismus, wächst sein Einfluß auf eine durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit verunsicherte Jugend.

38 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes schüren neonazistische Gruppen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß, organisieren Terror und Mord, derweil die Behörden nur zögernd, oft zu spät eingreifen und die Gefahr von rechts sträflich verharmlosen.

Der 30. Januar 1933 mahnt uns, dem wiedererwachenden Nazismus entgegenzutreten und zugleich in unserem Widerstand gegen die Politik des Rüstungswahnsinns nicht nachzulassen.

Wir rufen deshalb auf:

am Samstag, dem 29. Januar 1983, in Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und München

in machtvollen Kundgebungen zu demonstrieren:

- für sofortigen Rüstungsstopp in West und Ost,
- gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in unserem Land,
- gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhetze,
- für das Verbot aller neonazistischen Parteien und Gruppierungen einschließlich der HIAG und die Unterbindung jeglicher nazistischer Propaganda und Kriegsverherrlichung,
- für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten,
- für Abrüstung und Friedenspolitik!

Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg!
Frankfurt, den 15. Juli 1982

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderen:

Heinrich Albertz, Dr. theol. Werner Koch, Dr. Werner Holtfort; die Gewerkschafter Kurt Georgi, Leonhard Mahlein, Karl Heinz Stommel, Heinz-Werner Wurstius, Prof. Dr. Walter Fabian, Ernst Urban; die Schriftsteller und Publizisten Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Eckart Spoo, Kurt Hirsch, Luise Rinser, Emil Carlebach, Peter O. Chotjewitz, Dirk R. Gerhard; der Liedermacher Franz-Josef Degenhardt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 19,** Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.



Warnstreik bei Lohntarifverhandlungen — dies soll nach Unternehmerwillen von vornherein „entfallen".

Lohnrunde eingeläutet

Unternehmerpropaganda erneuert Forderung nach Lohnstopp!

Was vor zwei Jahren schon in die Auseinandersetzung eingebracht wurde, im letzten Jahr als Forderung auftauchte, wird jetzt offensichtlich zum zentralen Punkt der Unternehmerposition für die nächste Tarifrunde: die Forderung nach einem, zunächst jedenfalls, einjährigen Lohnstopp. Unternehmerverbände hatten dies in den letzten Wochen bereits anklingen lassen, nun wurde die erste „Experten"-Stellungnahme des Kieler Wirtschaftsinstituts mit eben dieser Forderung vorgelegt.

Daß diese Forderung jetzt so massiv in die Öffentlichkeit gebracht wird, ist nicht nur die Taktik für die kommende Lohnrunden, sondern paßt auch ins allgemeine Bild der politischen Offensive der Kapitalisten in allen Bereichen. Lohnstopp — das wäre sozusagen für die Milliardäre und Millionäre dieser Republik die „ideale" Ergänzung zu Lambsdorffs Sozialprogramm.

Denn Lohnstopp, das hieße ja nichts anderes als eine Lohnsenkung von mindestens 6 Prozent. Nachdem der wirkliche Lohn, der Reallohn, bereits in den beiden letzten Lohnrunden wieder auf das Niveau von 1978 zurückgefallen ist, würde eine solche Maßnahme, verbunden mit allen möglichen Abbaumaßnahmen und Teuerungen einen großen Schritt rückwärts bedeuten.

Die Argumentation dafür ist dieselbe, mit der in den letzten Jahren stets Abbaupläne begründet wurden. Es muß sich für die Unternehmer lohnen, dann investieren sie mehr, das schafft Arbeitsplätze. Also: Arbeiterverzicht schafft Arbeitsplätze, Verzicht an allen Fronten.

Daß dies eine Propagandalüge ist, das zeigt schon die Kampagne der IG Metall in Baden-Württemberg, wo die Arbeitsplatzvernichtung in den Betrieben nach Lohnverzichten bewiesen wurde.

Das war eben noch nicht genug Verzicht, das ist die Schlußfolgerung der Kapitalisten. Lohnstopp ist das ausreichende Maß, so ist jetzt der neue Propagandastil.

Lohnstopp — das wären, wie schon gesagt, offiziell zunächst einmal 6 Prozent weniger, das dürfte die Teuerungsrate, auf die normalen Alltagswaren berechnet, mindestens ausmachen. Zusammen mit den anderen Bonner Maßnahmen würde sich dieser Einkommensverlust etwa verdoppeln, also auf runde 12 Prozent ansteigen. Mit anderen Worten: Die Arbeiter sollen erst einmal auf ein Achtel ihres Einkommens verzichten, dann gibt es — vielleicht — auch wieder mehr Arbeit.

Daß Großkonzerne und Großbanken, hinter denen die Superreichen dieses Landes stehen, Milliarden scheffeln, das soll erst gar nicht richtig bekannt werden. Daß die Kapitalisten auch Betriebe, die in roten Zahlen arbeiten noch bis zuletzt produzieren lassen, um die letzte Mark für sich herauszuholen, ebenfalls nicht. Daß am Märchen vom armen Unternehmer — trotz geringerer Profite in der Krise — aber auch gar nichts Wahres dran ist, das soll mit Wortkaskaden versteckt werden.

Mit einem Wort: Daß die Reichen die Krise bezahlen können, daß diese Möglichkeit überhaupt besteht, das soll von vornherein als unrealistisch hingestellt werden.

Nochmals zur IG-Metall-Frauenkonferenz

Loderers Realpolitik heißt Rückzug

„Am Rande des Eklats" überschrieben wir in der letzten Woche unseren ersten Bericht über die 11. Frauenkonferenz der IG Metall, die vom 8. bis 10. September in Frankfurt stattfand. Die Auseinandersetzungen dabei gingen vor allem um Frauenlohngruppen und um den Kampf zur Erhaltung des Friedens. Nachdem Eugen Loderer den Delegierten bei der Auseinandersetzung um den Frieden schon vorgeworfen hatte, sie seien wohl alle Kommunistinnen, versucht er, bei der Diskussion um die Frauenlöhne in altbekannter Manier abzuwiegeln.

Jedesmal, wenn in den letzten Jahren Metallarbeiterinnen gegen die Leichtlohngruppen protestiert hatten, mußten sie sich vom IG-Metall-Vorstand vorrechnen lassen, das stimme alles nicht.

Besonders platt gebrauchte Eugen Loderer dieses Argument diesmal. Zu seiner Zeit als Bevollmächtigter der IG Metall in Baden-Württemberg hätte der Frauenlohn in der Regel 72,5 Prozent des Ecklohns betragen, heute seien dies über 80 Prozent. Dies sei der Weg „von der einstigen Diskriminierung weg zu den Positionen, die wir heute haben, die uns allerdings noch lange nicht befriedigen."

Also: Die Diskriminierung ist „einstig", vorbei, vergessen. Wenn es nach Eugen Loderer geht aber nur. Die Tatsache bleibt, daß Frauen im Durchschnitt rund ein Drittel weniger verdienen als Männer und daß dabei Leichtlohngruppen und besondere Zuschläge eine entscheidende Rolle spielen. Das meinte auch eine große Anzahl delegierter Metallarbeiterinnen, die Loderer heftig widersprachen. Denn es bleibt trotz seinen Beteuerungen eine Tatsache, daß der letzte große Versuch, etwas gegen die schlechte Bezahlung der Frauen zu machen, im Metallerstreik 1978 in Baden-Württemberg war.

Er hatte dann auch noch zahlreiche Ersatzargumente: daß man nie das kriegen würde, was man fordert, daß die allgemeine Lage so schlecht sei, daß man nicht mehr fordern könnte und so weiter. Eine Zusage, sich künftig entschiedener dafür einzusetzen, wollte er aber nicht machen — stattdessen attackierte er jene Kolleginnen, die immer unrealistische Forderungen aufstellen würden.

Womit der ganze Realismus Eugen Loderers sich darin erschöpft, den Metallarbeiterinnen faktisch zu empfehlen, sich mit schlechterer Bezahlung als die Männer für die gleiche Arbeit bekommen abzufinden. Realismus gleich Rückzug?



Großkundgebung in Stuttgart beim Metallarbeiterstreik '78 — damals ging es zum letzten Mal ernsthaft gegen Leichtlohngruppen für die Frauen in der Metallindustrie.

Vor der Landtagswahl in Bayern

CSU-Attacken auf den DGB

Aus allen Rohren feuert die CSU auf den DGB als Antwort auf die Veröffentlichung der „Wahlprüfsteine des DGB" zur kommenden Landtagswahl in Bayern. Zentraler Punkt der Stoiber-Strauß-Propaganda: Der DGB maße sich an, in die Politik einzugreifen, das sei nicht seine Aufgabe, das widerspreche dem Charakter der Einheitsgewerkschaft.

Nun ist es seit langem klar, daß der politische Einfluß der Sozialdemokratischen Partei im Deutschen Gewerkschaftsbund der CDU/CSU ein Dorn im Auge ist. Denn es geht ihnen ja, wenn sie eine „politikfreie" Gewerkschaft fordern, nicht wirklich darum, nicht nur darum, daß aus den Reihen des Gewerkschaftsbundes nicht mehr zu politischen Problemen Stellung genommen wird. Sondern es geht ihnen darum, daß in ihrem Sinne politisch Stellung genommen wird.

Man erinnere sich in diesem Zusammenhang noch einmal an die Attacken von Strauß auf den DGB im Vorfeld der Bundestagswahl 1980, als er dem DGB-Vorsitzenden Vetter mit der Gründung einer christlichen Spaltergewerkschaft drohte.

So eine „Gewerkschaft" sollte durchaus politisch Stellung nehmen, aber eben für Strauß und dessen besonders reaktionäre Konzepte. Das wurde einmal mehr deutlich beim jüngsten Kongreß des sogenannten Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB). Dessen Vorsitzender, der CDU-Bundestagsabgeordnete Volmer, attackierte den DGB in seiner Grundsatzrede wegen des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen Sozialabbau. Einmal abgesehen davon, daß dieser CGB seit seinem Bestehen nichts anders getan hat, als den DGB anzugreifen, wohingegen von einem Angriff auf die Unternehmer noch nie die Rede war, forderte er eine Gewerkschaftspolitik, die die „Wende zu mehr Eigenverantwortung" unterstütze, also die Politik der Rechten, der Großkapitalisten. Dagegen, gegen eine solche politische Aussage haben Strauß, Stoiber und Tandler und wie die ganze Mannschaft heißt, natürlich nichts einzuwenden, das ist genehm.

Wenn sie vom DGB in ihrer Antwort auf dessen Wahlprüfsteine fordern, sich auf Arbeitsbedingungen und Lohnfragen zu beschränken, so deshalb, weil sie solche politische Stellungnahmen verhindern wollen, die gegen ihre Politik sprechen.

In welche Richtung das alles geht, wird auch noch einmal klar, wenn man Straußens Aussage von der letzten Woche beachtet, als er bemängelte, die Regierung könne keine Kloschüssel mehr genehmigen, ohne daß sich dagegen eine Bürgerinitiative gründe. Es ist ihm und seinen Leuten zuviel politische Bewegung da, das will man ändern, weil man Widerstand fürchten muß. Die Bürger sollen ihr Wahlkreuzchen machen — am besten für die CSU — und ihr dann die Politik überlassen. Und am meisten gilt diese Wunschvorstellung eben der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, von der sie für die nächste Zeit verstärkten Widerstand gegen die Politik des Sozialabbaus, der Milliardengeschenke an Unternehmer und der steigenden Arbeitslosenzahlen erwartet, besser gesagt: befürchtet.

Offizielle Statistik widerlegt Unternehmerpropaganda

Arbeitslosigkeit führt in die Armut

Arbeitsunwillige, Parasiten, Lebenskünstler und andere machen einen Großteil der bundesdeutschen Arbeitslosen aus. So jedenfalls seit Jahren die Propaganda der Unternehmer, in Presse und Fernsehen stets treulich widergegeben. Nun hat eine offizielle Statistik des Bundesamtes den Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen, der bisher nur von Gewerkschaften und Linken abgeleugnet wurde, auch in der allgemeinen Öffentlichkeit stark in Zweifel gebracht.

Was das WSI-Institut des DGB schon vor einiger Zeit veröffentlicht hatte (wir berichteten darüber) wurde durch diese neuen Zahlen nachdrücklich bestätigt: Arbeitslosigkeit führt in die Armut.

Von den 1,9 Millionen Menschen, die zu Beginn des Jahres arbeitslos gemeldet waren, hatten 600000, also fast ein Drittel, keinen Anspruch auf irgendwelche Art der Unterstützung. Das sind entweder Langzeitarbeitslose, wie es in schon technokratischer Sprache heißt, die längst zu Empfängern von Sozialhilfe geworden sind, oder Frauen, denen schlichtweg die Eigenschaft der Doppelverdiener zugeschrieben wird, die also nicht mehr arbeiten, und wo die Familie mit einem Lohn auskommen muß. Das sind Hunderttausende, sehr oft alleinstehende Frauen, die heute schon in Not leben.

Von den anderen 1,3 Millionen beziehen 200000 Arbeitslosenhilfe und 1,1 Millionen Menschen Arbeitslosengeld. Auch hier muß man wissen, daß der Bezug von Arbeitslosenhilfe ja an solche Bedingungen wie keinen verdienenden Ehegatten, Eltern oder Kinder gebunden ist, daß hier also Menschen ohne irgendwelche Reserven betroffen sind. Und die erhalten im Durchschnitt 767 Mark monatlich. Jeder Zehnte von ihnen erhält über 1000 Mark im Monat, jeder Siebte aber unter 500 Mark, alle anderen liegen dazwischen. Mit 700 bis 800 Mark im Monat auskommen müssen, das aber kann man heute mit Fug und Recht als arm bezeichnen.

Aber auch diejenigen, die Arbeitslosengeld beziehen, sind so viel besser nicht dran. Auch hier liegen die durchschnittlichen Auszahlungen bei 948 Mark im Monat. Wahrlich kein Anreiz, sich ins arg löchrige Netz der sozialen Sicherheit zu legen, wie es aus Bonn immer so schön genannt wird.

Ein Drittel aller Bezieher von Arbeitslosengeld, knapp 400000 Menschen erhalten immerhin noch über 1000 Mark im Monat, jeder 30ste sogar über 1500 Mark. Aber fast die Hälfte nämlich 530000 Menschen liegen zwischen 500 und 1000 Mark, über 130000 sogar noch unter 500 Mark im Monat.

Es ist also nicht nur so, daß die Armut nur auf jene zukommt, die schon lange Jahre ohne Arbeit sind, vielleicht, weil sie behindert oder krank sind und nicht für jede Arbeit einzusetzen. Armut droht auch jenen, die überhaupt erst einmal arbeitslos werden.

Die neuesten Bonner Pläne, zumal Lambsdorffs Drohung einer Senkung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 50 Prozent des letzten Lohns, würden ja real eine Senkung der Bezüge der Arbeitslosen um ein Drittel bedeuten. Was das bei dieser Ausgangslage bedeuten würde, liegt auf der Hand: Der Sturz in die Not.

Banker kämpfen hinter den Kulissen mit Haken und Ösen

AEG: Kredite sicher — Arbeitsplätze nicht

Die AEG sei nun gerettet, hieß das allgemeine Echo in Presse, Funk und Fernsehen in der letzten Woche, als die Banken ihre Entscheidung über neue Kredite gefaßt hatten. 400 Millionen Mark ohne und weitere 1,1 Milliarden Mark mit Bundesbürgschaft waren zu vergeben und wurden es nach heftigsten Debatten und Bedenkzeiten dann auch.

Die Banken, die in den letzten Jahren der sogenannten roten Zahlen Hunderte von Millionen Mark unter anderem an Zinsgewinnen aus der AEG rausholten, wollen dies unter allen Umständen fortsetzen. So war es eines ihrer Hauptanliegen, daß die Bundesregierung nicht darauf bestehen sollte, daß jener Anteil des Kredits, für den sie mit Steuergeldern bürgt, zuerst zurückgezahlt werden solle. Erst als Graf Lambsdorff sein Abschieds- (Einführungs-?) Geschenk machte und diese Forderung der Bundesregierung aufgab, stimmten sie der weiteren Kreditvergabe zu.

Sie wollen damit also vor allen Dingen ihr Geld retten: Für den Fall, daß sich das Ganze doch nicht lohnen sollte, wollen sie zuerst von AEG den unverbürgten Teil zurück. Reicht es nicht aus, den durch die Bundesbürgschaft abgesicherten Betrag zurückzuzahlen, dann muß eben der Bund einspringen. Das Risiko für die Herren Großbanker — die 22 größten bundesdeutschen Banken bilden ein Konsortium — soll also einmal mehr auf Kosten der steuerzahlenden Bevölkerung möglichst gering gehalten werden.

Während also die Kapitalisten untereinander ihre Geschäfte machen, sich über Anteile und mögliche zu erwartende Steuergelder streiten, wird das Konzept AEG immer deutlicher spürbar. Denn im Zusammenhang mit der Kreditdebatte mußten auch unmittelbare Pläne Dürrs offenbart werden. Und die zeigen in aller Deutlichkeit, daß es ganz dick kommen soll, wenn man Dürr gewähren läßt.

Die ersten Massenentlassungen laufen an. Das gilt für jene Werke, für die nicht ohnehin die Schließung vorgesehen ist oder der Verkauf an die Konkurrenz zum Zwecke der Ausschlachtung.

Hauptverwaltung, Hausgerätewerk in Nürnberg, Küppersbusch — das waren an einem Tag die Meldungen über insgesamt über 1000 unmittelbar bevorstehende Kündigungen.

Insgesamt sieht das Dürrsche aktuelle Rezept so aus: 14000 sofortige Entlassungen und 21000 weitere über Ausgliederungen durch Verkauf und Beteiligung. Wobei die „Insider" ganz offen sagten, daß da nicht viele Arbeitsplätze übrig bleiben werden, weniger als die Hälfte allemal.

Und wie gesagt: Alles dies sind unmittelbare Pläne. Bereits jetzt wird in den verschiedenen Konzepten der Kapitalisten, je nach eigener Interessenlage, mit Verlusten von weiteren Hunderten von Millionen im nächsten Jahr spekuliert, nachdem die für die Öffentlichkeit ausgerechnete Verlustsumme für dieses Jahr bereits über eine Milliarde Mark betragen soll. Das soll dann wohl als Begründung für den weiteren Kahlschlag dienen, nachdem die Sofortmaßnahmen durchgepeitscht sind.

Daß die Haltung „Abwarten und die Geschäfte nicht stören", die von der Unternehmensleitung propagiert wird — und die Unterstützung der Bonner Parteien hat — kein Weg ist, irgendwelche Massenentlassungen zu verhindern, das sollte heute, nach den neuesten Erfahrungen, allmählich klar werden.

Nach längeren Diskussionen beschlossen

Initiative Soziale Sicherheit beteiligt sich an Dortmunder DGB-Demonstration

Die Initiative Soziale Sicherheit (ISS), die zusammen mit zahlreichen anderen Parteien, Organisationen und Einzelpersonen auch von der KPD unterstützt wird, hat beschlossen, sich am 23. Oktober an der geplanten Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu beteiligen.

Die Debatte in der Initiative über diesen Beschluß war nötig geworden, da die ISS selbst ja ursprünglich eben zum 23. Oktober zu einer bundesweiten Demonstration gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit in Gelsenkirchen aufgerufen hatte.

Der Beschluß des DGB, zum selben Zeitpunkt in Dortmund eine zentrale Ruhr-Demonstration durchzuführen, kam erst später, also mußte man sich dazu stellen, ob man sich daran beteiligt oder an der eigenen Aktion festhält.

Bei der Sitzung des Personenkomitees am 11. September kam es nun zu einer ausführlichen Diskussion darüber. Vor allem die Grünen aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein und die AL Westberlin waren dabei der Auffassung, es sei nicht richtig, sich an der DGB-Demonstration zu beteiligen. Über die Diskussion der konkreten Vorgeschichte hinaus ging es dabei um die grundsätzliche Haltung zur Arbeiterbewegung und zur Gewerkschaftsorganisation. Darin sahen diese Mitglieder der Initiative nicht das zentrale Subjekt des politischen Handelns, sondern in der neuen sozialen Bewegung, die der Sprengsatz dieser Gesellschaft sei. Auch gewerkschaftlich orientierte Vertreter dieser politischen Richtung bekannten sich grundsätzlich zu dieser Meinung. Sie konnten damit allerdings keine Mehrheit finden.

So wurde die Beteiligung der ISS an der DGB-Demonstration beschlossen. Mit einem eigenen Block und einem eigenen Flugblatt. Dabei sollen von der ISS her folgende Losung im Mittelpunkt stehen: „Arbeitsplätze statt Rüstung", „35-Stunden-Woche jetzt", „Kampf dem Lohnraub und dem Sozialabbau", sowie Losungen zum gemeinsamen Kampf aller Teile der Arbeiterklasse, Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen und Jugendliche.

DGB-Aktionen gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit

Folgende regionale Aktionen finden in nächster Zeit statt:

- **DGB Bayern in Nürnberg am 23. Oktober,**
- **DGB Baden-Württemberg in Stuttgart am 30. Oktober,**
- **DGB Nordrhein-Westfalen in Dortmund am 23. Oktober,**
- **DGB Kreis Hannover am 6. November,**
- **DGB Hessen und DGB Rheinland-Pfalz am 23. Oktober in Frankfurt.**



Unter den Teilnehmern sehr viele Frauen.

Auf Initiative der HBV

Demonstration gegen Sozialabbau in Speyer

Rund 1000 Menschen beteiligten sich in der letzten Woche in Speyer an einer Demonstration gegen Sozialabbau, die auf Initiative der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen zustande kam und von der IG Metall unterstützt wurde.

Diese Demonstration sollte man nicht nur an der Teilnehmerzahl messen, die für einen Außenstehenden erst einmal vergleichsweise gering erscheinen mag. Aber es war für diese Gegend der Auftakt des öffentlichen Widerstands. Und es war eine Aktion, die im wesentlichen von der Gewerkschaft HBV organisiert wurde, aus deren Bereich auch die meisten Teilnehmer kamen.

Und — eine Folge dessen — eine große Anzahl der Demonstranten, mindestens die Hälfte, waren werktätige Frauen, die sich auch gegen Entlassungspläne in Kaufhäusern wandten.

Außerdem muß man noch berücksichtigen, daß es eine Aktion war, die von Grundorganisationen der Gewerkschaft gefordert wurde. So hat beispielsweise der Betriebsrat von Dogmoch einstimmig solche Aktionen gefordert in einem Brief an die Leitung der HBV.

Auf der Abschlußkundgebung sprach neben den örtlichen Sekretären von HBV und IGM auch noch das Vorstandsmitglied der HBV, Christian Götz. Er wandte sich in seiner Rede nicht nur gegen Sozialabbau und Massenentlassungskampagnen und prangerte die Aufrüstung an, sondern nahm auch gegen diejenigen Stellung, die der Gewerkschaftsbewegung aus „Rücksicht auf Bonn" (da gab es ja noch die Koalition) empfehlen, nicht zum massiven Widerstand zu greifen.

Alles in allem zeigte diese Aktion, daß man auch in solchen Gegenden heute zu guten Widerstandsaktionen kommen kann, wenn aktive Gewerkschafter entschieden daraufhinarbeiten, was hier aus verschiedenen Richtungen her geschah.



Transparent der HBV-Betriebsgruppe Dogmoch auf der Demonstration.

Deutliches Absinken für neue PKWs

Autoindustrie mit weiteren Rückschlägen

Über die Einführung von Kurzarbeit bei VW und Ford hatten wir in den letzten Wochen bereits durch Widergabe von Artikeln der KPD-Betriebszeitung „Der Motor" (VW/Emden) und „Voran" (Ford/Köln) berichtet. Die neuesten Zahlen der Autokonjunktur deuten nun sehr stark darauf hin, daß auch in dieser Schlüsselbranche der westdeutschen Wirtschaft verstärkt Krisenauswirkungen wirksam werden.

Die Absatzzahlen vom August haben eines gemeinsam mit denen der sieben vorangegangenen Monate dieses Jahres: Sie liegen deutlich unter jenen des Vergleichsmonats im Vorjahr.

150000 Fahrzeuge wurden im August '82 neu angemeldet, das sind 4,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Die 120000 Erstzulassungen von Pkws bedeuten sogar ein Absinken um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Und nach den anfänglichen Wintermonaten, in denen besonders drastisch weniger neue Autos verkauft wurden, ist der August von den bisherigen Sommermonaten einer der schlechtesten. Gerade noch 1,53 Millionen neue Pkws wurden in den gesamten ersten acht Monaten dieses Jahres verkauft, das sind sogar schon 7,3 Prozent weniger als im letzten Jahr.

So stehen die Perspektiven der Automobilmacher und der Arbeiter in der Zulieferindustrie nicht gut: Verschiedene Werke haben bereits Überlegungen für eine Ausdehnung der Kurzarbeit, bzw. ihre Einführung getroffen.

Und es war im Verband der Automobilkapitalisten davon die Rede, daß es zu schnelleren Investitionen als geplant kommen würde. Was damit so schön neutral gesagt werden soll, ist die Tatsache, daß die strategischen Pläne der Ford und General Motors, von VW und Daimler nun offensichtlich schneller als bisher beabsichtigt durchgeführt werden sollen. Diese Pläne beinhalten nahezu alle die europaweite Koordinierung der Produktion, wie es technisch heißt. Dies aber bedeutet für die westdeutschen Autoarbeiter eine akute Gefährdung zahlreicher Arbeitsplätze durch Verlagerungen. Dazu wurde gerade in diesen Tagen bekannt, daß Kooperationsverhandlungen von der VW AG mit Seat (Spanien) vor dem Ende stehen, daß dort mindestens 130000 VW-Fahrzeuge im Jahr produziert werden sollen. Wobei VW gegenwärtig mit am meisten von den Absatzschwierigkeiten betroffen ist...

Rio Tinto beschließt

Kupferhütte Duisburg wird geschlossen

Die Stillegung der Kupferhütte in Duisburg, seit langem als drohende Gefahr im Gespräch, wurde in der letzten Woche Wirklichkeit. Mit einem Schlag sollen 1600 Arbeiter und Angestellte Ende September auf die Straße geworfen werden. Auch hier hatte die Unternehmensleitung die Belegschaft stets dazu aufgerufen, die Ruhe zu bewahren, da nur so mögliche Kaufinteressenten zu überzeugen wären.

Rio Tinto Zinc, ein britisches multinationales Monopol, das im letzten Jahr öffentlich Milliardengewinne auswies, setzt damit nicht nur die Belegschaft und ihre Familien der Arbeitslosigkeit aus, sondern belastet auch die Stadt Duisburg, wo schon eine Arbeitslosenquote von über 10 Prozent herrscht.

Ein kurzer Blick...

in irgendeine beliebige größere Tageszeitung ergibt heute fast jeden Tag einen ganzen Katalog von Entlassungen, Kurzarbeiten und anderen betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen oder Pleiten.

Die Zahl der Pleiten, das ist inzwischen weitgehend bekannt, ist stark angestiegen. Ganz besonders angestiegen sind dabei jedoch Konkurse mit einem Wert von über zehn Millionen Mark — die haben sich im letzten Jahr verdreifacht. Was heißt, daß die Krise heute schon längst weit über die Kleinunternehmen hinaus geht.

Entlassungen, die an einem Tag in der Zeitung waren: AEG Nürnberg, Kammgarnspinnerei Bietigheim 137 Arbeiter, Glücksklee-Vertrieb 70 Angestellte. Das war kein irgendwie besonderer Tag, das ist alltäglich. Und stets dieselbe Begründung: zur Stärkung der Gesellschaft, um die restlichen Arbeitsplätze sicher zu machen. Und nachher heißt es dann immer öfter: hat nicht gereicht...

Lambsdorff-Konzept

Strategie gegen die Arbeitslosigkeit?

Seit mehr als einem Jahr geistert das Wort von der „Wende" durch Bonn. Vertreter der Unternehmerverbände, Spitzenpolitiker der Unionsparteien und der FDP-Führungszirkel um Genscher haben immer lauter nach ihr gerufen. Seitdem nun Graf Lambsdorff sein Konzept für die achtziger Jahre vorgelegt hat, weiß man wenigstens genau, wie diese „Wende" aussehen soll.

Als „Vorwärtsstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" feierte das FDP-Präsidium letzten Montag Lambsdorffs Konzept. Tatsächlich aber liegt diesem Plan des Markt-Grafen eine Rückwärtsstrategie zugrunde; er zielt auf Vernichtung all dessen ab, was sich die Werktätigen in der Nachkriegszeit erarbeitet und erkämpft haben. Das reicht von einem sozialpolitischen Kahlschlag, der vom vielgerühmten „sozialen Netz" nur noch die Maschen übrig lassen würde, bis zur Liquidierung gewerkschaftlicher, sozialer und politischer Rechte.

Und was heißt hier „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit"? Ganz offensichtlich hat sich Lambsdorff bei seinem Konzept an der verheerenden Politik einer Margaret Thatcher oder eines Ronald Reagan orientiert, die er ja schon im vergangenen Oktober als „beispielhaft für die Bundesrepublik" bezeichnet hat. Man findet in seinem strategischen Plan diese Politik in allen Einzelheiten wieder, ob es nun um die rigorose Kürzung der Sozialleistungen oder um die Umschichtung des Steuersystems zugunsten des Kapitals und der Reichen geht (siehe Katalog auf dieser Seite).



Arbeitslose in Dortmund

Deshalb ist es durchaus angebracht, einen Blick auf die Folgen zu werfen, die diese Politik in den USA und in Britannien mit sich gebracht hat. Sie lassen sich im wesentlichen darauf reduzieren, daß die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer geworden sind. Einem Explodieren der Profite steht das Absinken von Millionen Familien unter die Armutsgrenze gegenüber. Und die Arbeitslosigkeit? Sie hat sich nach nur zwei Jahren Thatcher-Regierung in Britannien verdreifacht, und auch in den USA ist die Zahl der Arbeitslosen seit Reagans Machtantritt um weitere Millionen in die Höhe geschnellt. Und das konte auch gar nicht anders sein.

Denn die Rechnung, die nun auch Lambsdorff aufmacht, daß die Erwerbslosigkeit in dem Maße zurückgehen würde, wie man die staatlichen Sozialausgaben beschränkt und die Unternehmer mit Steuer- und anderen Geschenken füttert, ist nichts als blanke Demagogie. Jede einzelne Maßnahme aus Lambsdorffs Horrorkatalog wird die Kaufkraft der werktätigen Massen weiter einschränken, wird also die Nachfrage senken. Und natürlich wird unter diesen Bedingungen kein Kapitalist an Investitionen zur Erweiterung der Produktion denken. Im Gegenteil: Jeder wird bestrebt sein, durch weitere Rationalisierungen, durch Kostensenkungen aller Art auch bei sinkender Nachfrage konkurrenzfähig zu bleiben. Die Folgen werden sein: weitere Massenentlassungen, weitere Zusammenbrüche von kleinen und „schwachen" Unternehmen — die Zahl der Arbeitslosen wird explosionsartig ansteigen, so wie man es in den letzten Jahren in den USA und in Britannien beobachten konnte.

Auch in der Bundesrepublik selbst ist dieser Trend ja schon vorgezeichnet. Denn Lambsdorffs Konzept kommt nicht von ungefähr. Es ist mit den Operationen '82 und '83 schon vorbereitet worden, durch die bis 1985 den Werktätigen zusätzliche Belastungen von 83 Milliarden Mark aufgebürdet und den Unternehmern im gleichen Zeitraum 10 Milliarden zusätzlich bereitgestellt wurden. Lambsdorffs Plan setzt diese Umschichtung der Einkommen — unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — nur fort und treibt sie auf die Spitze.

Und da ist doch wohl zu fragen, was denn in punkto Abbau der Arbeitslosigkeit die letzten beiden Jahre mit ihren Eingriffen in die Sozialleistungen und dem Sinken des Reallohns gebracht haben. Die Antwort ist bekannt: Seit 1980 hat sich die Zahl der Arbeitslosen in diesem Land verdoppelt.

Nicht um eine wirkliche Bekämpfung der Erwerbslosigkeit geht es also dem Markt-Grafen, sondern nur darum: den Kapitalisten alle Hemmnisse für eine ungeschmälerte Maximierung ihrer Profite auch unter den Bedingungen der anhaltenden Krise aus dem Weg zu schaffen. Sie sollen ungehindert weiter ihre Reichtümer anhäufen können, während beispielsweise den Arbeitslosen ein Viertel ihrer Unterstützung geraubt wird und ein Erwerbsloser seine Familie mit durchschnittlich 735 Mark im Monat ernähren müßte.

Lambsdorff-Plan muß verhindert werden

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Niemand sollte sich Illusionen darüber machen, daß Lambsdorffs strategischer Kahlschlagplan nur das Konzept eines „Einzelkämpfers" wäre oder nur den speziellen Vorstellungen der FDP-Spitze entsprechen würde. Es ist die Leitlinie der Politik des Finanzkapitals für dieses Jahrzehnt.

Führende Vertreter des Kapitals haben daraus keinen Hehl gemacht. So sagte etwa Otto Wolff von Amerongen, Präsident der Deutschen Industrie und Handelskammer, Ende letzter Woche gegenüber der „Bild"-Zeitung: „Ich begrüße diesen Katalog ausdrücklich. Er könnte insgesamt aus der Krise führen. Er macht präzise Vorschläge und bleibt nicht bei Schlagworten wie ‚den Gürtel enger schnallen'".

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hatte — wie im letzten „Roten Morgen" dargestellt — zeitgleich mit Lambsdorff einen eigenen (und nahezu identischen) Katalog vorgelegt und nachdrücklich einen „raschen und einschneidenden finanz- und wirtschaftspolitischen Kurswechsel" gefordert. Der erste Schritt dahin war der inzwischen vollzogene Regierungswechsel, und es kann keinen Zweifel darüber geben, daß sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der neuen Bonner Regierung — gemäß den Forderungen des Finanzkapitals — an Lambsdorffs Plan ausrichten wird.

Natürlich scheuen sich Strauß und die anderen Führer der Unionsparteien gegenwärtig, diesen Plan uneingeschränkt zu bejubeln. Denn sie richten sich ja auf einen Wahlkampf in den nächsten Monaten ein. Aber man sollte zum einen nicht vergessen, daß fast alle Bestandteile von Lambsdorffs Konzept schon früher in diversen Programmen und Forderungen der Union auftauchten. Und zum anderen haben ja selbst Leute wie der kommende Finanzminister Stoltenberg, die nicht zum Strauß-Flügel gehören, ihre „grundsätzliche" Übereinstimmung mit Lambsdorff erklärt.

Kein Zweifel also: Es wird ernst. Spätestens jetzt muß mit allen Konsequenzen darüber nachgedacht werden, wie der vom Finanzkapital angestrebte „Kurswechsel" wirksam verhindert werden kann. Schon jetzt ist offensichtlich, daß dies auf der bislang von der DGB-Führung verfolgten Linie nicht möglich ist. Denn die lief, entsprechend der SPD-Politik, darauf hinaus, daß die Werktätigen Opfer bringen müßten und sollten, wenn nur die Besserverdienenden auch in irgendeiner Form zur Kasse gebeten würden. Diese defensive Haltung aber, das hat sich jetzt schlagend erwiesen, war nur dazu angetan, das Kapital und die politische Reaktion zu weiteren Angriffen auf den sozialen Besitzstand und die Rechte der arbeitenden Menschen zu ermutigen.

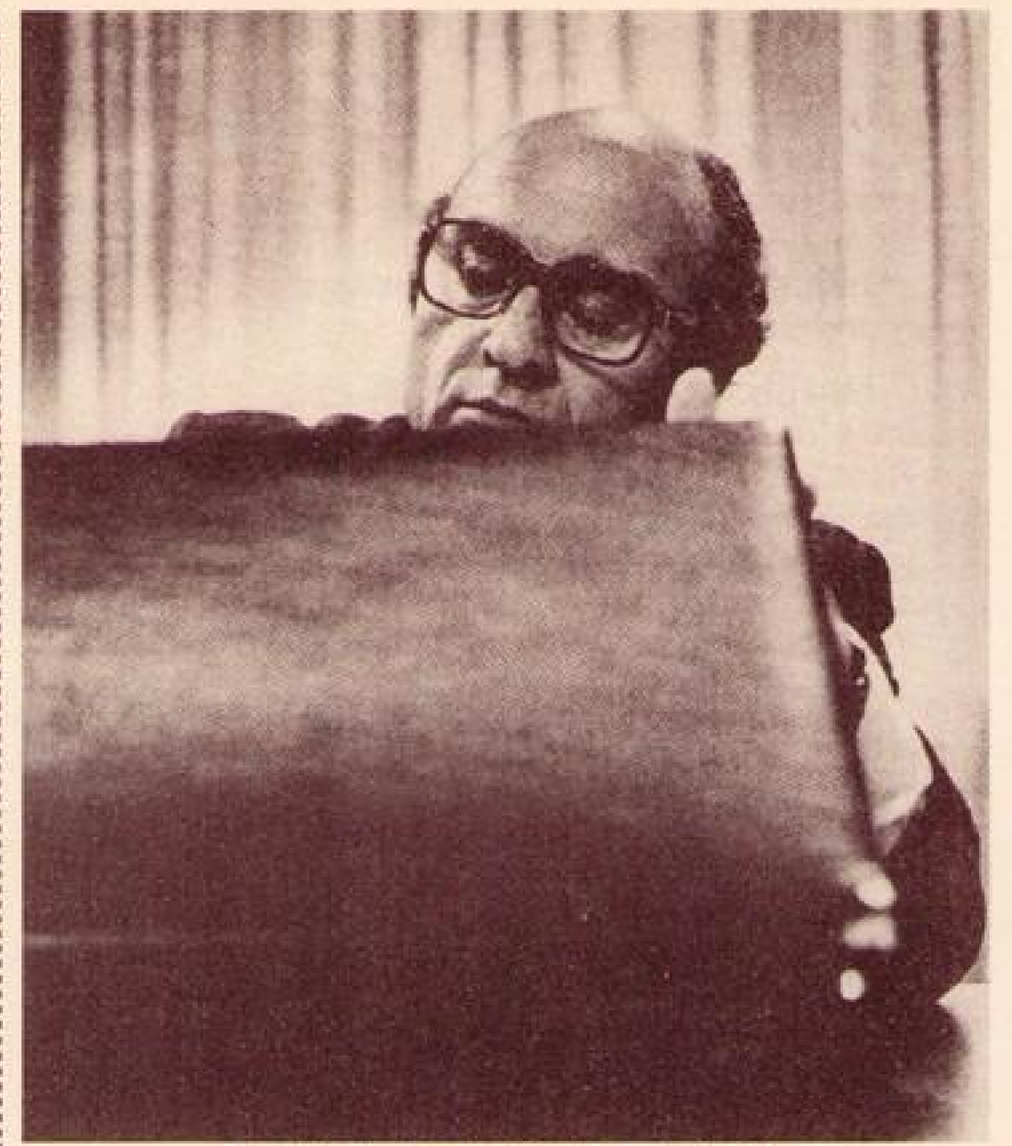
Wenn die Arbeiterbewegung und die Werktätigen insgesamt den „Kurswechsel" zurückschlagen können, dann nur auf einer Linie, die sich daran orientiert, daß diejenigen, die die Krise verursacht haben und von ihr profitieren, auch für die Folgelasten dieser Krise aufkommen. Die KPD hat bereits im vergangenen Oktober mit einer wirtschaftspolitischen Erklärung unter dem Titel „Die Reichen sollen die Krise bezahlen!" ein Forderungsprogramm aufgestellt, das in diese Richtung weist. Um nur einige Punkte daraus herauszugreifen:



Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen

- Drastische Anhebung der Besteuerung der Profite von Konzernen und Banken; faktisches Wegsteuern alle Beträge über 120000 Mark Jahreseinkommen; Eintreibung der Steuerschulden und rigorose Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität;
- Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 20 Prozent;
- 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich; Herabsetzung des Rentenalters, sechs Wochen Mindesturlaub und Reform der Arbeitszeitordnung;
- Verstärkung der Rechte des Betriebsrats beim Kampf um den Abbau von Arbeitsplätzen;
- Bindung von Subventionen an den Erhalt, bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen;
- Verteidigung und Ausbau der Rechte von Arbeitslosen.

Nur auf einer solchen Linie läßt sich wirksam und erfolgversprechend Widerstand leisten. Und angesichts des massiven Angriffs, den das Kapital mit seiner neuen Regierung gegen uns führen wird, muß sich dieser Widerstand in breiten Kampfaktionen äußern, die nicht nur Demonstrationen und Kundgebungen, sondern auch den von der DGB-Führung bislang abgelehnten Streik einschließen müssen.



Exwirtschaftsminister Lambsdorff

Der „Gruselkatalog" des Grafen Lambsdorff

Unter dem Titel „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" hat der frühere (und bald wohl wieder neue) Wirtschaftsminister Lambsdorff am vorletzten Wochenende ein Strategie-Papier für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der achtziger Jahre vorgelegt. Im folgenden sind die wesentlichen Punkte dieses Konzepts dargestellt.

Arbeitslose: Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 50 Prozent des früheren Nettolohns für die ersten drei Monate der Arbeitslosigkeit oder dauerhafte Senkung des Arbeitslosengeldes für Alleinstehende; Einführung von Karenztagen beim Bezug von Arbeitslosengeld; Begrenzung des Bezugs auf ein Jahr auch bei Krankheit; Kürzung des Unterhaltsgeldes für Rehabilitanten.

Mutterschaftsurlaubsgeld: ersatzlose Streichung.

BaföG: Streichung des Schüler-BaföGs; vollständige Umstellung des Studenten-BaföGs auf Darlehensbasis.

Wohngeld: Verschärfung des Einkommensbegriffs; Senkung der Pauschalen bei der Einkommensberechnung; Reduzierung der bezuschußfähigen Wohnfläche.

Renten: Beteiligung der Rentner an ihren Krankenversicherungskosten weit über die ab 1986 geltenden vier Prozentpunkte hinaus; Verschärfung der Bedingungen für die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente; längerfristig Anhebung der Altersgrenze, kostendeckender Abschlag bei der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze sowie Berücksichtigung des steigenden Rentneranteils in der Rentenformel.

Öffentlicher Dienst: Begrenzung der Besoldungserhöhung über mehrere Jahre; Begrenzung der Beihilferegelung und Eigenbeteiligung; Senkung der Eingangsbesoldung, insbesondere für Akademiker.

Lohnfortzahlung: (Hier weist Lambsdorff ausdrücklich auf „erhebliche Probleme" bei der Einführung von Karenztagen hin, deshalb soll mit einigen „kleineren Korrekturen" zunächst ein Signal für den Einstieg in den Abbau der Lohnfortzahlung gesetzt werden); Ausschluß von Prämien und Überstundenzuschlägen; Wegfall der Lohnfortzahlung bei Nebentätigkeiten; Einführung einer „Teil-Arbeitsunfähigkeit"; verstärkte Bekämpfung von „unbegründeten Krankschreibungen".

Behinderte: Überprüfung des Behindertenbegriffs beim Schwerbehindertengesetz; Lockerung der Schwerbehinderten-Pflichtquote von sechs Prozent der Arbeitsplätze.

Sozialhilfe: Einfrieren der Regelsätze oder Überprüfung des Warenkorbs, der den Zahlungen zugrunde gelegt wird; strengere Regelungen für die Zumutbarkeit bei der Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern.

Ausländer: (dieser Teil des Papiers ist auf Druck der FDP-Fraktion „entschärft" worden) Beibehaltung des Anwerbestopps; möglichst enge Begrenzung des Familiennachzugs; Erleichterung der Abschiebung, etwa im Fall der Arbeitslosigkeit.

Mieten: Beschränkung der Vergleichsmieten nur noch auf die Neumieten der letzten zwei oder drei Jahre; Ausweitung der jetzt eingeführten Staffelmieten auf alle Wohnungen; Abbau des Kündigungsschutzes, beispielsweise durch Wiederzulassung der Änderungskündigung.

Steuern: Entwicklung einer „investitions- und leistungsfördernden Steuerpolitik", deren Bestandteile unter anderem sein sollen: die Abschaffung beziehungsweise drastische Senkung der ertragsunabhängigen Steuern wie der Gewerbe- und Vermögenssteuer sowie die Milderung der Progression bei der Einkommenssteuer. Diese überaus großzügigen Steuergeschenke für die Unternehmer (die nach ersten Schätzungen etwa 40 Milliarden Mark im Jahr betragen würden) sollen unter anderem durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer finanziert werden.

Entlastungen der Unternehmer: Hier ist eine ganze Reihe von Eingriffen in Gesetze vorgesehen, die eine uneingeschränkte Profitmaximierung hemmen, beispielsweise Abbau des Arbeits-, Kündigungs- und Jugendschutzes, Einschränkung der Mitbestimmung und des Datenschutzes usw.

Ideologische Beieinflussung: Schulbücher, Lehrpläne und Medien sollen stärker in den „Dienst der Marktwirtschaft" gestellt werden und zur „Aufklärung" über den angeblichen Nutzen einer Wirtschafts- und Sozialpolitik wie der hier entwickelten eingesetzt werden.

Neues in der Affäre Langemann

Der private Geheimdienst des Franz Josef Strauß

Hans Langemann, ehemaliger Leiter der Abteilung Staatsschutz im bayrischen Innenministerium, hat 1980 eine international angelegte geheimdienstliche Operation in die Wege geleitet, deren Ziel es war, den CSU-Chef Strauß in Bonn an die Macht zu bringen. Das geht aus Langemann-Akten hervor, die letzte Woche auszugsweise im „Spiegel" veröffentlicht wurden.

Diese Akten werfen erneut ein bezeichnendes Licht auf die Rolle, die der ehemalige Staatsschutzleiter im Apparat von Strauß einnahm. Sie widerlegen damit zugleich die Anstrengungen, die seit dem Aufplatzen der Affäre Langemann sowohl in München wie auch in Bonn zu deren Verharmlosung unternommen wurden. Als die linke Hamburger Zeitschrift „Konkret" damit begann, die gesammelten Erinnerungen und Dokumente des Herrn Langemann abzudrucken, gingen dessen Dienstherren Strauß und Tandler sofort auf Distanz. Für sie war der zuvor so hochgeschätzte Staatsschutzleiter nun nur noch „entweder ein Ganove oder ein Spinner" (Innenminister Tandler).

Diese Version wurde weitgehend auch von der SPD übernommen. Für sie reduzierte sich das Problem Langemann im wesentlichen auf die Frage: „Wie konnte ausgerechnet Langemann, der sich als das wandelnde Sicherheitsrisiko entpuppt hat, auf diesen hohen sicherheitsempfindlichen Posten gelangen?" Man warf Tandler Blindheit und Ahnungslosigkeit vor, weil er einen solchen Mann — der geheime Unterlagen aus dem Ministerium auf dem Nachrichtenmarkt verkaufte — unkontrolliert in solch hoher Stellung geduldet habe.

Schon vor Monaten aber war deutlich geworden, daß Langemanns abenteuerliche Aktionen keineswegs die Ausgeburten der persönlichen Launen eines Spinners waren, sondern daß sie jedesmal im Zusammenhang mit den privaten oder politischen Interessen des F.J. Strauß standen. Längst ist die Affäre Langemann zu einer neuen Affäre Strauß geworden. Einige Beispiele:

- Langemann, der seine Karriere als Agent des Bundesnachrichtendienstes (BND) begonnen hatte, mobilisierte außerhalb der Legalität alte BND-Kontakte, als es galt, geschäftliche Interessen der Familie Strauß zu schützen (es ging dabei um die Beteiligung der Strauß-Ehefrau Marianne an der Gebr. März KG).
- Langemann hatte ganz offensichtlich die Finger im Spiel, als Dieter Huber, damals persönlicher Referent von Strauß, entführt wurde, nachdem er — ebenfalls durch Langemann — in den Verdacht geraten war, gegen seinen Chef zu arbeiten. (Huber revanchierte sich später, indem er die engen Verbindungen des CSU-Vorsitzenden zu faschistischen Organisationen im Ausland enthüllte.)

QUELLENSCHUTZ

BEITRÄGE zum STAATSSCHUTZ

Herrn Staatsminister - nur persönlich -

Brian Crozier, London

- The Mulitnationals and International Security
- Projekt 'Victory for STRAUSS'

2 Anlagen zu der beigefügten Notiz

München, den 8. November 1979
Abteilung I F

Dr. Langemann

Langemann-Dokument

- Langemann beschaffte sich auf illegale Weise einige bei der RAF beschlagnahmte und bis heute total geheimgehaltene Videobänder, auf denen die Vernehmungen des entführten BDI-Chefs Schleyer durch die RAF aufgezeichnet sind. Schleyer soll dabei detaillierte Angaben über die Bestechung westdeutscher Politiker durch den amerikanischen Rüstungskonzern Lockheed gemacht und vor allem Hinweise darauf gegeben haben, wo sich Dokumente über diese Affäre befinden. Der Hauptverdächtige im Lockheed-Skandal (Starfighter-Affäre) war und ist bekanntlich F.J. Strauß.


Geheimdienstler Crozier

- Langemann legte im November 1977 dem bayerischen Innenministerium einen strategischen Plan zur Entfaltung geheimdienstlicher Operationen im Nahen Osten vor. Kennzeichnend für diesen Plan ist zum einen die Tatsache, daß der damalige Staatsschutzleiter dafür wieder ehemalige BND-Agenten aktivierte und daß in Langemanns Konzept jegliche Zusammenarbeit mit den von der sozial-liberalen Regierung kontrollierten Bonner Geheimdiensten „kategorisch" abgelehnt wurde. Der Plan zielte also eindeutig auf den Aufbau eines internationalen Dienstes unter CSU-Regie ab.

Wie weit solche Vorhaben in den siebziger Jahren schon gediehen waren, zeigen die im „Spiegel" veröffentlichten Dokumente. Da ist beispielsweise eine „sehr vertrauliche Notiz", von Langemann am 8. November 1979 mit den Bemerkungen „Herrn Staatsminister — nur persönlich — Quellenschutz" an seinen Vorgesetzten Tandler übergeben. Den Hintergrund der Notiz bilden die Bundestagswahl von 1980 und die Kandidatur des Franz Josef Strauß. Langemann berichtet seinem Minister über die Aktivitäten einer „anonymen Aktionsgruppe" von Geheimdienstagenten zur Unterstützung dieser Kandidatur. In der „sehr vertraulichen Notiz" heißt es unter anderem:

‚1. Der militant-konservative Londoner Publizist Brian Crozier, bis September 1979 Direktor des renommierten Institute for the Study of Conflict, bemüht sich derzeit, zusammen mit seinem weitgefächerten, international-politischen Freundeskreis, eine anonyme Aktionsgruppe (transnationale Sicherheitsorganisation) aufzubauen und auf eine breite Funktionsebene zu stellen ... Crozier war jahrelang Mitarbeiter des CIA. Es muß unterstellt werden, daß seine Aktivitäten von dort aus voll eingesehen werden.

Er unterhält des weiteren Verbindungen zu Exponenten (besser gesagt, ehemaligen Exponenten) der wichtigsten (westlichen) Nachrichten- und Sicherheitsdienste, wie etwa zu Comte de Meronges, Exdirektor des französischen SDECE. Darüber hinaus sind seine guten Beziehungen zu Mr. Dickie Franks, Direktor des britischen Secret Intelligence Service (sog. MI 6), bekannt; sein engster Mitarbeiter, Mr. N. Elliot, war Abteilungsleiter bei MI 6. Crozier, Franks und Elliot sind kürzlich von Mrs. Thatcher zu einem Arbeitsgespräch in Chequers empfangen worden. Demnach muß davon ausgegangen werden, daß auch MI 6 vollen Einblick hat, wenn nicht gar zu unterstellen ist, daß MI 6 einer der hauptsächlichen Sponsoren der anonymen Security-Gruppe ist."

Dieser erlauchte Zirkel, zu dem sich noch weitere Figuren — vom Schweizer Geheimdienst-Obersten Botta bis zu ZDF-Löwenthal gesellten — entwickelte ein Projekt „Victory for Strauß" (Sieg für Strauß) und im Rahmen dieses Projekts einen Aktionsplan, zu dem in der von Langemann verfaßten Notiz unter anderem zu lesen ist:

„Das Verfassen von Beiträgen durch bestimmte, gutbekannte Journalisten in Britain, den USA und anderen Ländern. Zugang zum Fernsehen... Gewährleisten einer Lobby in einflußreichen Kreisen, sei es direkt oder durch Mittelsmänner, eingewiesen oder nicht eingewiesen ... Die Organisation öffentlicher Demonstrationen in bestimmten Gebieten und zu ausgesuchten Themen... Die Einbeziehung (Ausnutzung) der hauptsächlichen Nachrichten- und Sicherheitsdienste sowohl zur Informationsgewinnung als auch zur Informationsgabe (Fütterung) in diese Einrichtungen ... Verdeckte Finanztransaktionen zu politischen Zwekken... Durchführung internationaler Kampagnen mit dem Ziel, feindselige Persönlichkeiten und/oder Geschehnisse zu diskreditieren... Inbetriebnahme eines nach selektiven Gesichtspunkten spezialisierten (eigenen) Nachrichtendienstes."

Neben dieser „anonymen Aktionsgruppe" wurde — wie aus einem anderen Langemann-Dokument hervorgeht — noch ein zweiter Agentenring im geheimdienstlichen Untergrund für den Kandidaten Strauß tätig. Es war der „CERCLE", geleitet von dem Franzosen Jean Violet, der zur Zeit der CDU-Regierung in Bonn mit der stattlichen Summe von 6000 Mark pro Monat auf den Gehaltslisten des BND geführt worden war. Zum „CERCLE" gehören außer Angehörigen aller wichtigen westlichen Geheimdienste auch der CDU-Politiker Narjes und der CSU-Bundestagsabgeordnete Graf Huyn. Auch dieser Kreis definierte als eines seiner Ziele, wie es in einem Langemann-Bericht heißt: „Internationale publizistische Aufwertung des Herrn Ministerpräsidenten."

Finanziert wurden solche Aktivitäten zum Teil übrigens mit dem Geld der westdeutschen Steuerzahler. Allein der von der CSU gesteuerte „Arbeitskreis für das Studium internationaler Fragen", der mit am Aufbau eines Strauß-Geheimdienstes arbeitete und über den so Geld in den nachrichtendienstlichen Sumpf floß, kassierte in den Jahren 1979 bis 1982 Steuergelder in Höhe von 127000 Mark.

All diese im Dunkel organisierten Operationen konnten zwar Strauß nicht zur Machtübernahme in Bonn verhelfen. Es wird hier aber deutlich, daß der CSU-Chef den ehemaligen Staatsschützer Langemann nicht nur als Werkzeug für schmutzige Sachen benutzte (wie etwa im Fall Huber). Sondern daß Strauß Langemanns alte Verbindungen zum BND und zu internationalen Geheimdiensten auch gezielt dazu gebrauchte, um sich — vorbei an den offiziellen Diensten des Bonner Staates — sein eigenes Agentennetz aufzubauen.

Meldungen

Strauß beleidigt?

Zu einer Geldstrafe von insgesamt 1200 Mark wurden Karl-Heinz und Barbara Hoffmann, Mitglieder der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, von der Dritten Strafkammer des Coburger Landgerichts verurteilt. Es ging dabei, wie in unzähligen anderen Prozessen, die in Bayern und im übrigen Bundesgebiet geführt worden sind, um das hier abgebildete Plakat aus dem Bundestagswahlkampf der *Volksfront* vor zwei Jahren.



Eine andere Kammer des Coburger Landgerichts hatte die beiden *Volksfront*-Mitglieder am 29. Juli des letzten Jahres vom Vorwurf der Beleidigung des F.J. Strauß durch dieses Plakat freigesprochen. Der Richter hatte damals unter anderem erklärt, auf einen groben Klotz gehöre auch ein grober Keil.

Die Staatsanwaltschaft, der durch dieses Urteil die Ehre des bayerischen Ministerpräsidenten nicht gewahrt schien, ging eilfertig in Revision. Beim jetzigen Verfahren war Strauß auch als Nebenkläger präsent. Er ließ sich durch seinen Anwalt Ossmann vertreten, der im übrigen das Gericht massiv unter Druck setzte. So erklärte er beispielsweise, sein Mandant sei sehr berührt, daß so etwas, wie der Freispruch in der vorhergehenden Instanz in Bayern möglich sei. Richter Ludwig verstand den Wink. Er behauptete, durch die auf das Plakat gedruckte Losung „Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!" sei Strauß als Faschist bezeichnet worden und das müsse sich kein „Demokrat" gefallen lassen.

„Leibstandarte Adolf Hitler" gemeinnützig

Das Stuttgarter Finanzamt hat im April dem „Kameradschaftsverband der Soldaten des I. Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS, Leibstandarte Adolf Hitler" die Anerkennung als gemeinnütziger Verein gewährt. Unter Berufung auf das Steuergeheimnis weigert sich das Finanzamt zwar, diesen Vorfall zu bestätigen. Es liegen jedoch inzwischen eindeutige Hinweise auf die Anerkennung des SS-Verbandes vor.

Der Stuttgarter Landtagsabgeordnete Grunert (SPD) hat dem Verband zur Aufklärung der Angelegenheit eine Spende überwiesen und dann auch prompt ein Schreiben des Zweiten Vorsitzenden des SS-Vereins, Walter Krüger, bekommen, in dem bestätigt wurde, daß die Spende „aufgrund der Bescheinigung des Finanzamts Stuttgart vom 15. April 1982" von der Steuer abgesetzt werden könne.

Darüber hinaus gibt es auch Zeugenaussagen darüber, daß der Vorsitzende des Verbands, der frühere SS-Sturmbannführer Stenwedel, bei einem Treffen der „Leibstandarte Adolf Hitler" mit Genugtuung von der Anerkennung durch das Finanzamt erzählte.

Rücktritt von Stücklen gefordert

Die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) hat den Rücktritt von Bundestagspräsident Stücklen gefordert. Die IAF begründet das mit einem Briefwechsel zwischen Stücklen und einer Frau Finkeisen-Frank vom rassistischen „Schutzbund für das deutsche Volk". Diese Frau hatte an Stücklen einen Brief mit hetzerischen Tiraden gegen Ausländer gerichtet und unter anderem geschrieben, die Bundesrepublik sei ein „von Türken besetzter Staat".



Stücklen, nach der Bonner Rangordnung immerhin der zweite Mann in diesem Staat, hatte Finkeisen-Frank zustimmend geantwortet und in seinem Antwortbrief selbst die „überfremdende Einwanderungspolitik" beklagt.

„Becher hinter Gitter!"

Ungebetene Gäste erschienen letzte Woche zur Geburtstagsfeier von Kurt A. Becher, einem ehemaligen SS-Offizier, der heute Getreidegroßhändler und einer der reichsten Männer Bremens ist. Die Gäste, darunter ein früherer KZ-Gefangener in Häftlingskleidung, entrollten ein Transparent mit der Inschrift „NS-Verbrecher Becher hinter Gitter!" Mit einer Kundgebung erinnerten die Antifaschisten an die Opfer Bechers, der unter anderem im Stab von Adolf Eichmann die „Entjudung" Polens und der Sowjetunion betrieben hatte. Becher selbst ließ sich während der Aktion nicht blicken, sein Sohn ließ die Antifaschisten von der Polizei vertreiben.

Über andere Aktivitäten gegen Becher (der übrigens wegen seiner Verbrechen nie angeklagt worden ist) berichtete uns eine Leserin aus Bremen: „Am 4./5.9. bei einem Stadtteilfest in Gröpelingen (Arbeiterviertel in Bremen — wichtigster Betrieb: AG Weser) hatte die *Volksfront* ein großes Schild stehen. Es stellte die Fassade der Firma Kurt A. Becher dar — einige Fenster konnte man aufklappen und dahinter standen dann die Schandtaten des Kurt A. (Ver)B(r)echer, wie er im Hafen von den Kollegen nur genannt wird."

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Die folgende Stellungnahme erhielten wir von der Düsseldorfer antifaschistischen Zeitung „Alarm" mit der Bitte um Abdruck auf der Leserbriefseite, was wir hiermit tun. In ihrem Begleitschreiben bat die Redaktion darum, den Leserbrief trotz möglicher Einwände zu veröffentlichen. Dazu sei noch einmal gesagt, daß wir jeden Leserbrief, auch allgemein wichtigere Nachfragen und ähnliches hier veröffentlichen und nicht das wegzensieren, was nicht der Meinung der KPD entspricht.

Gegen Antisemitismus

Seit Wochen belagern israelische Truppen die libanesische Hauptstadt Beirut. Tausende wehrlose Libanesen und Palästinenser starben im Bombenhagel der Luftwaffe und im Trommelfeuer der Artillerie der Begin und Scharon, deren erklärtes Ziel die Zerschlagung der PLO und eine Neuordnung des Libanon ist. Auch nach dem Abzug der PLO ist ein Ende des israelischen Libanon-Feldzuges nicht in Sicht. Mit der „Wahl" des Faschisten Gemayel zum libanesischen Präsidenten zeichnet sich eine weitere blutige „Befriedungs"-Aktion ab.

Solidarität tut not!

Daß die Solidarität so spärlich war und ist (ganze 5000 Menschen auf der größten, zentralen Demo in Frankfurt), daß die Friedensbewegung hier keinen Sturm entfacht hat für die Forderung nach sofortigem Rückzug der israelischen Truppen, nach Verhängung eines Embargos gegen Israel bis zum Abzug seiner Truppen aus dem Libanon, hat seine Ursache nicht nur im Selbstverständnis unserer Friedensbewegung als hauptsächlich „Antiraketenbewegung". Ein anderer Grund dafür, daß eine breite Bewegung gegen die israelische Aggression nicht zustandekam, lag wohl auch an der Argumentation, am Ton ihrer Initiatoren.

Antisemitismus und „Antizionismus"

Wieder einmal wird eine Generation Deutscher von ihrer Vergangenheit eingeholt, die sie weder verstanden noch angenommen hat. Die fabrikmäßige Vernichtung der europäischen Juden wurde von Deutschen verrichtet. Nazismus und Fremdenhaß haben hierzulande wieder ihre Häupter erhoben, und der alte, diskreditierte Antisemitismus kommt in „antizionistischen" Kleidern daher.

Doch nicht nur Rechte verdrängen gerne die Tatsache, daß der Schlüssel zum Palästina-Konflikt in Auschwitz liegt. In einem Land, wo die Schändung jüdischer Friedhöfe alltäglich ist, wo jüdische Mitbürger sich wieder (!) bedroht fühlen mussen, in dem ein Anschlag auf ein jüdisches Lokal hingenommen wird wie ein Autounfall, sollte die Unbefangenheit, die Unbekümmertheit erschrecken, mit der Linke (!) vom „umgekehrten Holocaust", von „Endlösung der Palästinenser" und „Völkermord" daherreden. Die Gleichsetzung Begins mit Hitler und Israels mit Nazi-Deutschland wird auch durch inflationäre Wiederholung weder intelligenter noch wahrer. Was da gedacht war aus Zorn und zum Zorn, stellt nichts anderes dar, als eine fahrlässige und gefährliche Verharmlosung der Hitlerei, die die Solidarität mit Libanesen und Palästinensern noch dazu zersetzt. Die Diskussion über diese Erscheinungen aber wird erzwungen von unverantwortlichen Parolenmachern.

Schlimmer wird es, wenn bestimmte Kreise sich schamlos des Antisemitismus bedienen, z.B., wenn in der Zeitschrift „Elan" eine Israelreportage den Titel „Im Land der Völkermörder" trägt.

Doch unser entschiedener Widerstand muß unsem Widerspruch ergänzen, wenn auf die Wohnung eines „taz"-Redakteurs von „linken" „Antizionisten" ein Anschlag verübt wird, wenn sogenannte „Antiimperialisten" eine israelische Jugendgruppe in Westberlin mit Farbbeuteln bewerfen, wenn in Frankreich Juden auf offener Straße massakriert werden im Namen der Solidarität mit den Palästinensern; wenn jüdische und israelische Einrichtungen das Ziel mörderischer Anschläge sind; wenn im Münchner Flughafen Riem sieben Menschen von einer Bombe verletzt werden, die eigentlich 600 Israel-Reisende ermorden sollte! Soll man aus dem Stillschweigen unserer „Antizionisten" auf Zustimmung zu diesen Vorgängen schließen? Worin besteht denn der Unterschied zwischen solchen Anschlägen und dem Neo-Nazi-Terror?

Dem Antisemitismus entgegentreten!

Es ist Zeit, „Halt!" zu rufen. Es ist notwendig geworden, die verwendeten Begriffe neu zu diskutieren. Hören wir endlich auf, in schneidigen Parolen zu denken und zu reden! Stellen wir uns konsequent und ungebeten (!) vor unsere jüdischen Mitbürger! Weisen wir die Anmaßung einiger Leute zurück, hier (!) darüber befinden zu wollen, ob die Israelis ein Volk sind oder nicht! Setzen wir der blindwütigen und kriminellen Version des „Antizionismus" die Verständigung mit dem israelischen Volk entgegen, denn die gerechte Forderung nach ersatzloser Streichung Bonner „Entwicklungshilfe" für die Begin-Regierung darf eine zu verstärkende Begegnung von Deutschen mit Israelis nicht ausschließen! Fordern wir die Aufklärung und Bestrafung aller antijüdischen und antiisraelischen Anschläge!

Solidarität mit Libanesen und Palästinensern heißt: den Begin und Scharon in den Arm fallen. Unser Platz ist an der Seite der mutigen israelischen Friedensbewegung, von der wir Deutsche uns eine große Scheibe abschneiden können.

Redaktion „Alarm" — Antifaschistische Nachrichten Düsseldorf.



Demonstration gegen israelische Aggression — Antisemitismus dabei.

Albanien-Berichte

Liebe Genossen,
die beiden Berichte von Johannes Vetter über den GVA-Kongreß haben mir eine Reihe von Fragen zur Arbeit des GVA und Gewerkschaften im Sozialismus allgemein aufgeworfen.

Den Brief von J. V. (RM 27/82) fand ich, um es mit meinen Worten zu beschreiben, unmöglich. Das liegt einerseits daran, daß ich echte Probleme mit seinem Schreibstil habe. Andererseits und hauptsächlich ist es eine inhaltliche Sache. Eine Statistik über die Redner von einem einzigen Vormittag sagt erstmal überhaupt nichts über den Kongreß aus. Mit den Beiträgen von den „einfachen" Delegierten konnte ich ebenfalls wenig anfangen. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß die Arbeiterdelegierten sich nur mit der Frage von Planerfüllung und Rationalisierung auseinandergesetzt haben; mit Ausnahme einer kritischen Bemerkung zur Arbeitssorgfalt. Ich hatte so ein bißchen den Eindruck, als wäre das ganze nur ein Jubelkongreß für den GVA gewesen.

Das Unwohlsein, das mich beim Lesen des Briefes beschlich, wurde durch den ausführlichen Bericht (RM 35 - 36/82) nicht ausgeräumt. Um es kurz zusammenzufassen, erhielt ich folgenden Eindruck vom GVA: Seine Hauptaufgabe ist die Produktionsfront, d.h., die Steigerung der Produktivität und Planerfüllung. Außerdem kümmert er sich um die Planerstellung, um Normen, Verteilung und Schulung. Das widerspricht meinen Vorstellungen der Gewerkschaftsarbeit im Sozialismus.

Für mich heißt Sozialismus nicht unbedingt mehr zu produzieren, sondern unter guten Bedingungen im eigenen und Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten. Der Einsatz von neuen Techniken und Rationalisierung dürfen keine Verschlechterung, sondern sollen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen. Diesen Punkt vermisse ich vollkommen in der Berichterstattung von Johannes Vetter.

Um dieses an einem Beispiel deutlichzumachen. Der Einsatz von NC-Maschinen oder Textverarbeitungssystemen bedeutet eine erhebliche Produktivitätssteigerung. Er kann unter bestimmten Umständen gleichzeitig eine starke Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Qualifikation des einzelnen mit sich bringen. Hier liegt z.B. eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften im Sozialismus. Sie müssen sich darum kümmern, daß bei Rationalisierung die Arbeitsbedingungen sich nicht verschlechtern. Sie haben eine ganz wichtige Kontrollfunktion. Weitere Aufgaben sind z.B. Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitssicherheit, Schutz vor Gefahren beim Umgang mit giftigen Werkstoffen und Umweltschutz.

Liebe Genossen, dies soll nun nicht bedeuten, daß die von Johannes Vetter angesprochenen Punkte keine wichtigen Aufgaben der Gewerkschaft im Sozialismus sind. Nur wenn sie die einzigen sind, halte ich das für falsch. Hier halte ich eine Klärung für dringend notwendig. So, wie die Darstellung im „Roten Morgen" ist, kann ich das nicht für richtig vertreten und nur sagen, daß ich andere Vorstellungen von Gewerkschaftsarbeit im Sozialismus habe.

Zum Schluß möchte ich einen Punkt ansprechen, der mich am Artikel gestört hat. Der Johannes Vetter zitiert zweimal Stalin aus „Zu den Fragen des Leninismus". Er setzt die Zitate in einen völlig anderen Zusammenhang, als Stalin sie im Original benutzte. Da wir dann aus dem „Gebiet der Produktion" im nächsten Satz die „Produktionsfront". Ich finde, man muß sehr genau und korrekt mit Zitaten umgehen. Zum einen haben wir es nicht nötig, unkorrekt zu zitieren, zum andern fördert es nicht unsere Glaubwürdigkeit. Lieber einmal auf ein Klassiker-Zitat verzichten und den Inhalt selbst beschreiben. Es kommt doch auf den Inhalt an und nicht darauf, daß das Marx, Engels, Lenin oder Stalin gesagt haben.

Trotz der langen Kritik noch zwei lobende Bemerkungen am Ende. Die Berichterstattung zum Libanon-Krieg und über Israel finde ich ausgezeichnet, ebenso die Erklärung bzw. den offenen Brief an die Friedensbewegung. Den hättet ihr lieber als Flugblatt drucken sollen anstelle des Flugblatts „Hat der III. Weltkrieg schon begonnen?".

Ein Genosse aus Hamburg

Krise und Frieden

Einige Bemerkungen zu den Artikeln und Serien über die Banken, AEG und zum Friedenskampf:

Gehören nicht auch die Kirchen, vor allem die katholische Kirche zu den Reichen in unserem Land? Oder spielen sie unter den Gewinnern aus der Krise nicht so eine große Rolle? Haben sie nur großen Landbesitz?

Im Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze bei AEG und allgemein im Kampf gegen das Abwälzen der Krisenlast auf die Werktätigen hat die Partei die zentrale Forderung erhoben: Die Reichen sollen die Krise bezahlen. Das ist die richtige Richtung. Ich halte es aber darüber hinaus für notwendig, daß wir diese Forderung ganz **konkret** formulieren. Könnt Ihr, oder die oder der Genosse, die die „Banken" ken"-Serie geschrieben haben, die dort erwähnten 100 reichsten Familien, Clans, Banken- und Konzernchefs namentlich auflisten mit Jahreseinkommen usw? Diese Liste könnte man gut auf einem Flugblatt verwenden, evtl. auch nur einzelne konkrete oder bekannte (am Ort, im Betrieb) Leute rauspicken, um so den Kollegen die Richtigkeit der Forderung zu verdeutlichen. Gleichzeitig hätten wir damit wertvolle Argumentationshelfen für die „35-Stunden-Woche **bei vollem Lohn**". In meinem Bereich (öffentlicher Dienst) ist die nämlich noch gar nicht sehr populär, weil viele Kollegen das Märchen vom knappen Geld immer noch glauben. Deshalb müssen wir **beweisen**, daß es an bestimmten Stellen jede Menge Geld gibt.

Es erscheinen immer wieder Artikel zum Friedenskampf, in denen der „Rote Morgen" klarstellt, daß die Friedensbewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie auf eine klassenkämpferische, revolutionäre Grundlage gestellt wird, nicht nur die Waffen, sondern die Politik bekämpft wird, die dahintersteckt, nicht nur allgemeine Phrasen von Frieden in Ost und West gedroschen werden, die ohne Konsequenzen bleiben, sondern hier und heute Forderungen an unsere Regierung zu konkreten Abrüstungsschritten gestellt werden müssen, usw.

Was bisher fehlt — vielleicht habe ich es aber auch nicht gefunden — ist eine ausführliche Stellungnahme zum gewerkschaftlichen Friedenskampf **in den Betrieben.** Dazu, wie der DGB abwiegelt, spaltet, den Kriegskurs der Bundesregierung letztlich unterstützt, habt Ihr schon viel geschrieben. Auch über die überall entstehenden örtlichen Friedensinitiativen. Aber ich denke, wir brauchen unbedingt Unterstützung für die Friedensarbeit im Betrieb und in den DGB-Gewerkschaften. Weil es an uns liegt, ob gewerkschaftliche und betriebliche Friedensinitiativen aufgebaut werden. Die sind doch notwendig, wenn unter den Kollegen der Gedanke vom einzig wirksamen Mittel zur Verhinderung der neuen Ami-Bomben und erst recht zur Verhinderung eines Krieges verbreitet werden soll: Der Gedanke vom Streik! 300000 im letzten Oktober, 400000 im Juni — das ist natürlich beeindruckend. Aber müssen wir nicht die „klassenkämpferische" Linie in die Arbeiterklasse gerade so reintragen, daß sie sich ihrer entscheidenden Kraft bewußt wird, mit der sie die Bourgeoisie an ihrem Nerv trifft? Das ist doch Streik und Generalstreik. In den 50er Jahren wurde darüber viel diskutiert, aber es kam nicht dazu, weil die DGB-Bonzen zusammen mit der SPD abgewiegelt haben. Darüber wißt Ihr aber sich noch besser Bescheid als ich.

Wir sind hier in Frankfurt seit über einem Jahr dabei, eine gewerkschaftliche Friedensinitiative aufzubauen. Zunächst waren wir nur einige ÖTV-Kollegen aus der Sozialverwaltung. Es hat sieben Monate gedauert, bis wir erkannt haben, daß wir die Sache sehr entschlossen in die Hand nehmen müssen, sonst läuft nichts. Im April schließlich faßten wir zu dritt den kühnen Plan, zur Vorbereitung des 10. Juni und zur Ausdehnung des Gewerkschafterkreises auch auf andere Gewerkschaften, eine Veranstaltung im DGB-Haus mit dem Hattenbach-Film zu machen. Dazu schrieben wir ca. 120 Leute an, die wir über den „Oppositionellen Gewerkschafterkreis Frankfurt" erreichen konnten. Ca. 35 kamen schließlich. Die Veranstaltung war gut. Seit August treffen wir uns jetzt jeden ersten Montag im Monat im DGB-Jugend-Keller. Zur DGB-Demo am 9.9.82 im Frankfurt „Frieden und Arbeit für alle" haben wir ein Transparent gemacht: „Nur Streik verhindert Aufrüstung — Frankfurter „Gewerkschafter gegen NATO-Pläne".

Beim nächsten Treffen am 4. Oktober wollen wir überlegen, wie wir an welche Frankfurter Betriebe herantreten, um Anstöße für betriebliche Friedensarbeit zu geben oder die Kollegen zu animieren, bei uns mitzumachen. Außerdem wollen wir in den Einzelgewerkschaften fortschrittliche Funktionäre ansprechen, um deren Unterstützung zu bekommen und gleichzeitig innerhalb des DGB Druck auszuüben. Denn schließlich ist das, was wir da mühevoll anleiern, eigentlich die Aufgabe des DGB.

So, das wär's
Eine Leserin aus Frankfurt

Daneben getippt

Liebe Genossen,
Eure Fernsehtips haben mich schon häufig auf Filme aufmerksam gemacht, die ich sonst übersehen hätte. Im letzten „Roten Morgen" habt Ihr Euch aber einen ganz schönen Klops geleistet. Ihr kündigt den Film „Bolwieser" als einen von Faßbinders besseren Filmen an. Ich vertraute also Eurer Empfehlung und hockte mich gestern abend vor die Flimmerkiste. Und dann habe ich zwei Stunden darauf gewartet, wenn denn endlich „das Bessere" kommt.

Ich bin kein Filmkritiker, aber diesen Film fand ich unmöglich. Was soll das, zwei Stunden lang das verkorkste oder sonstwie Sexualleben von irgendwelchen Kleinbürgern zu zeigen. Das, was ich zu sehen hoffte, nämlich etwas über die Situation, das Verhalten usw. der Kleinbürger in der gesellschaftlichen und politischen Situation der 20er Jahre kam doch in dem Film überhaupt nicht vor.

Oder wolltet Ihr schreiben „einer der schlechteren Filme von Faßbinder"? Das wäre angebracht gewesen!

Eine Genossin aus Aachen

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Liebe Fanny

PRESSE-FEST

genau eine Woche ist es her, daß wir in Durrës unsere Koffer packten.

Zwei Wochen Urlaub am Strand — kein Programm, keine Ausflüge. Das ganze Jahr über in der Mühle: Du brauchtest Ruhe. Wir verstanden uns gut, wie wir uns hier als Nachbarn gut verstehen, aber trotzdem — ich bin dir nicht ganz geheuer — eine „Rote", die irgendwie auf dieses Land Albanien spinnt. Und weil du mir schon ein paarmal nicht zugehört hast, schreib' ich dir jetzt, was ich dir noch sagen wollte.

Vor einer Woche also: der letzte Blick auf die Terrasse, das glänzende Meer. Zum letzten Mal der Palmenweg, die dunkel- und hellrot leuchtenden Zinnien. Vor dem Bus: Die letzten Witze von Jupp, Umarmungen...

Dann die „Ladenstraße" entlang: Eisbude, Friseur, Nähstube, Schuster, Zeitungen, Strand- u. Haushaltsartikel, Imbiß, der Platz, wo das blaue Zirkuszelt stand, vorbei an den Häusern mit der flatternden Wäsche und — dem bewegten Strom der Albaner, die hier auch Urlaub machen.

Die Albaner! „Mei, die san ja so arm! Da brauch ich nicht dreimal herfahrn, da brauch ich gar nix mehr sehn, das seh ich gleich."

Was dir auffiel: Ein paar Kinder, ziemlich abgerissen „unter allem Hund" (Die besser angezogenen sind bestimmt die „Besseren"), Frauen auf dem Feld in alten Klamotten, schäbige, unverputzte Häuser. „Die Leute sind so arm, die essen bestimmt kein Fleisch — es gibt ja keine Fleischgeschäfte weit und breit — Das Fleisch geben sie den Touristen. Und schau dir doch mal die Busse an! Klapprig, vollgestopft! Und die Hygiene — also sauber san die grad net — naja, typisch Süden".

Was hat dir gefallen? Sonne und Meer, die Ruhe, das Essen: 4 Gänge, Gemüse, Fleisch, herrliche Kuchen, Vorspeisen, Feigenmarmelade, alles wie selbstgemacht. Und Getränke: Kaffee, Wein, Cognac auf der Terrasse — Eis. Alles kostet fast nichts. Trinkgelder nimmt kein Albaner an. Als Tourist wird man hier nicht beschissen — wie in anderen südlichen Ländern. Die Freundlichkeit der Leute, ihre Einfachheit. Man erkennt nicht, wer ist Arbeiter, wer ist Arzt. Zwei Mitreisende erzählen von hervorragender ärztlicher Betreuung. Kostenlos!

Ja, die Albaner machen hier Urlaub. Das könnten sie wohl nicht, wenn sie so arm wären. Hier und im Norden, im Gebirge und in der schönsten Gegend im Süden am Meer gibt es Erholungs- und Kurheime für die Arbeiter. Genau an den Stellen, wo Chruschtschow den Albanern in den 60er Jahren vorschlug, Hotels zu bauen, die er für seinesgleichen für 15 Jahre pachten wollte. Das Hinterland sollte für diese Hotels zum Obst- und Gemüselieferanten werden. Die Albaner bedankten sich.

Die Sowjetunion, sozialistisch nur mehr dem Namen nach, wollte Albanien eine Wirtschaft diktieren — wie den anderen Ostblockländern — und das Land von sich abhängig machen. Albanien trat aus dem Warschauer Pakt aus, aus dem Comecon, dem Rat für gegenseitige Wirtschafts„hilfe" und entwickelte seine — sozialistische — Wirtschaft aus eigener Kraft: Keine Kredite (in der Verfassung festgelegt), keine „Hilfen" aus dem Ausland, keine Schulden!

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften wurden — auf freiwilliger Basis — gegründet, Getreide, Mais, Gemüse, Obst, Zitrusfrüchte angebaut, Hügel und Berge terrassiert. Terrassenland nennt der Schriftsteller Max von der Grün Albanien.

Zwei Riesenwasserkraftwerke wurden errichtet (weitere sind geplant bzw. im Bau), Bergbau, Erdölraffinerie, eine eigene Schwerindustrie aufgebaut. Ein gigantisches Werk — ausgehend vom Nullpunkt!

„Warum kapselt sich Albanien so ab? Handel und Wandel — wär doch gut, da rührt sich was."

Es stimmt gar nicht, daß sich Albanien abkapselt: Diplomatische Beziehungen zu über 80 Ländern, mit über 60 Handelsbeziehungen: Jugoslawien, CSSR, Italien die drei wichtigsten Handelspartner.

Exportiert werden: Elektrische Energie, Erze, Mineralien, Chrom (albanische Chromvorkommen an dritter Stelle in der Welt!), Eisennickel, Erdöl, Bitumen, Kupfer, Produkte der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, der chemischen Industrie, Baumaterial, Erdölprodukte, Kleidung, Strick- und Wirkwaren, Lederwaren, Kunststofferzeugnisse, Teppiche, Kunstgewerbe, Obst, Gemüse — frisch und in Konserven!

„Waren Sie schon einmal in Albanien?", frage ich die Rechtsanwältin aus Wien an unserem Tisch. „Nein", sagt sie, „aber ich kenne den Osten"... Im Museum in Tirana möchte sie am liebsten nur Vor- und Frühgeschichte sehen. Sie interessiert sich eben nicht für Arbeiter. Also interessiert sie sich auch nicht für die Geschichte der albanischen Arbeiter nach der Befreiung.

Und du? Hast du nicht selbst manches mit deiner Kindheit auf dem Land verglichen? Mit 10 Jahren die ersten Sandalen — bis dahin lief man barfuß zur Schule...

Die vier Stahlarbeiter aus unserer Gruppe, die eine Woche lang im Stahlwerk in Elbasan in verschiedenen Abteilungen arbeiteten und gründlich mit ihren albanischen Kollegen diskutierten, haben konkret erfahren, was anders ist als „im Osten": In diesem Land haben Arbeiter, Bauern, Angestellte — die große Masse der Werktätigen nicht nur auf dem Papier das Sagen.

• Wichtigste Voraussetzung: Keine Bereicherungsmöglichkeit der führenden Kräfte in Politik, Verwaltung, Betrieben. Der höchste Lohn darf das Doppelte eines Durchschnittslohns nicht übersteigen. Man strebt an, die Unterschiede weiter zu verringern. Welch ein Gegensatz zu den sogenannten sozialistischen Ländern, wo gewisse Leute das 10-, 20-, 50-, ja 100fache vom Arbeiterlohn einsacken!

• Arbeiter und Bauern werden politisch und praktisch zur Regierung herangezogen und bestimmen die Entwicklung ihrer Wirtschaft. Beispiel: Der Fünfjahresplan wird im Entwurf in alle Bereiche geschickt, wo gearbeitet wird. Die Werktätigen machen konkrete Änderungsvorschläge — bei der letzten Diskussion über diesen Plan waren aktiv 210000 Bürger einbezogen, die insgesamt 69000 Vorschläge vorbrachten. 58 Prozent davon wurden berücksichtigt.

• Die Albaner können ihre gewählten Vertreter absetzen, wenn sie ihr Vertrauen mißbrauchen — ebenso die Leiter der Betriebe. In den Arbeiterklassen-Kontrollgruppen, die sich aus Werktätigen zusammensetzen und die unangemeldet Betriebe besuchen, werden Beschwerden, Mängel, Fehler aufgespürt und offen diskutiert und kritisiert.

• Alle Werktätigen können und sollen sich weiter qualifizieren und bilden. Jeder dritte Albaner besucht eine weiterführende Schule. Andererseits machen die „Geistesarbeiter" — vom Studenten über den Intellektuellen bis zum Fabrikdirektor oder politischen Vertreter einen Monat im Jahr „praktische Arbeit" — in der Fabrik, bei der Ernte.

• Regelmäßig werden Leute mit leitenden Posten in die Produktion versetzt, um umgekehrt immer mehr Arbeiter von der Produktion in die leitenden Organe zu holen.

Und wie leben sie nun, die Albaner? Es gibt keine Arbeitslosigkeit. Die Preise sind seit der Befreiung, seit 1944, stabil. Alle paar Jahre gibt es Preisreduzierungen! So in diesem Jahr, wo wir überall die großen Tafeln sahen mit Preisnachlässen in allen Bereichen — bis zu 35 Prozent! Direkte Steuern sind abgeschafft. Die medizinische Versorgung ist gratis. Es gibt genügend Kinderkrippen und Kindergärten. Alte, Kranke, Behinderte brauchen keine Sorgen über ihr Leben und ihre Zukunft zu haben. Die Mieten kosten ungefähr einen Tageslohn. Zu essen gibt es alles, was wir im Hotel bekamen. Du konntest nicht glauben, daß jeder Albaner seinen Fernseher hat — bis du die Antennen auf den Dächern in Durrës sahst. Unserem Kellner kannst du ruhig auch abnehmen, wenn er sagt, die meisten Familien haben ihren Kühlschrank, ihre Waschmaschine. Immer mehr Armbanduhren, immer mehr Fahrräder. Keine Privatautos!

Albanien, einst „Armenhaus Europas", auch heute noch Entwicklungsland, hatte und hat andere Probleme als: Noch schneller Auto fahren, noch schöner wohnen, noch mehr Sorten Zahnpasta und Waschpulver, Hifi, Walkis, Video — all das, was wir hier kaufen sollen, wo wir das Nötigste bald nicht mehr kaufen können.

Nach deiner Rückkehr ging gleich wieder ein Hunderter für Lebensmittel drauf. In den Zeitungen lesen wir täglich über die Pleite von AEG — 300000 Arbeiter und Angestellte hängen — mit den Zulieferbetrieben — insgesamt dran. Wer da seine Arbeit verliert — wie schnell kann der Miete und laufende Zahlungen nicht mehr aufbringen — wie schnell zerbröckelt da unsere imposante, saubere Wohlstandsfassade...

Nein, die Albaner sind weder arm noch zu bedauern. Jahrhundertelang kämpften sie gegen die türkischen Besatzer. Zwischen 1939 bis 1944 gegen die italienischen und deutschen Faschisten, von denen sie sich unter großen Opfern befreiten: 28000 Quadratkilometer ist das Land groß, 28000 Bewohner hat es verloren. In Bukova erinnert ein Mahnmal an ein von den Nazis verbrochenes Massaker an Frauen, Alten und Kindern.

Gleichzeitig kämpften die Albaner gegen die Kollaborateure und Ausbeuter im eigenen Land und bauen seitdem ihren Sozialismus auf — ohne Einmischung von außen: Ein kleines Land, das sich nicht als Handelsware behandeln lassen will, mit einem selbstbewußten, unverdorbenen, gebildeten und kämpferischen Volk.

Ihren Reichtum tragen die Albaner nicht am Strand von Durrës sichtbar für uns Touristen — spazieren. Den lernt man allmählich kennen.

Das war's, Fanny. Ich freue mich darauf, mit Dir ein Glas „Kognac Ekstra" zu leeren, den wir mitbrachten und den wir beide mögen.

Gesua! und Prost!

Auf unsere und die deutsch-albanische Freundschaft!

Heute noch

Eigentlich hatten wir uns trotz alledem auf die 1.-Mai-Demonstration gefreut. Wir, ein paar aktive Gewerkschafter in der ÖTV. Im letzten Jahr hatten wir in unserem Betrieb zum Entsetzen der Geschäftsleitung einen Betriebsrat aufgebaut und zehn von dreißig Kollegen waren in diesem Zusammenhang in die Gewerkschaft eingetreten. Darauf waren wir mächtig stolz. Wir, das sind meine Arbeitskollegin und ich.

Die letzten Wochen vor dem 1. Mai hatten wir häufig hinter unserer Schreibmaschine gesessen und überlegt, welche Forderungen wir auf der 1.-Mai-Demonstration tragen wollen. Gegen Kernkraftwerke, das war klar, das hatten wir uns bereits geschworen, als wir von der großen Brokdorf-Demonstration im Februar völlig erschöpft nach Hause fuhren. Doch befanden wir uns mitten in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst, zu der die ÖTV einmal wieder so gut wie nichts tat und außerdem war da die anwachsende Friedensbewegung.

Wir trafen uns mit einigen fortschrittlichen Kollegen, die wir so in der ÖTV kannten, da unser Antrag an den Kreisvorstand, den 1. Mai in der Organisation vorzubereiten, durch Nichtbefassung erledigt wurde und hatten uns auf die Forderungen schnell geeinigt.

Als wir dann am 1. Mai im Block der ÖTV marschierten, wegen mangelnder Mobilisierung waren mal wieder mehr Funktionäre da als Kollegen, da trug meine Kollegin ein Schild mit der Forderung gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung. Auf die andere Seite hatten wir ein Schild zur Tarifrunde angebracht. Ich trug das Transparent gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß mit.

Unbeirrt durch die Aufforderung eines ÖTV-Sekretärs, das Schild gegen das Atomprogramm sofort zu entfernen, schritten wir im Kreis der Kollegen voran. Man diskutierte, begrüßte den einen oder anderen und war sich seiner Sache sicher. Plötzlich, bei einem Blick nach rechts, stellte ich fest, daß meine Kollegin nicht mehr an meiner Seite war. Ich bat einen Kollegen, das Transparent zu halten und schaute mich nach ihr um. Zu meinem Entsetzen sah ich, wie der besagte Sekretär, er mag etwa 50 Jahre alt gewesen sein, meine Kollegin festhielt und versuchte, ihr das Schild zu entreißen. Mit wenigen Sätzen sprang ich auf ihn zu, schlug ihm meine Faust gegen die Brust, so daß sich meine Kollegin, diesen Überraschungsmoment ausnutzend, nebst Schild befreien konnte. Wir faßten uns an den Händen und liefen in Windeseile in die Masse der Demonstrierenden zurück. „He, Leute, habt ihr das nicht gesehen, das ist doch auch eure Forderung. Wollt ihr uns nicht helfen, das Schild zu verteidigen." Viele Blicke, mir von früher gutbekannter Leute, wandten sich verschämt ab. War ihnen das Einvernehmen mit den Bonzen und ihr gewerkschaftliches Pöstchen inzwischen wichtiger als unser Recht? Doch einige ermunterten uns. „Laßt euch nicht einschüchtern. Macht weiter!"

Meine Kollegin war durch diesen Übergriff total geschockt. Ihr standen Tränen in den Augen und sie hielt das Schild mit zitternden Händen nach unten. Von da an waren wir ständig von einem Pulk ÖTV-Ordnern umlagert und es war nahezu unmöglich, das Schild wieder hochzunehmen.

Dann näherten wir uns dem Platz, an dem sich die ÖTV, die traditionell vom Hafen aus marschiert, mit den Blöcken der anderen Einzelgewerkschaften vereinigt. Dort war ein mir bekannter Fotograf damit beschäftigt, den ankommenden ÖTV-Block zu fotografieren. Ich machte ihn auf mich aufmerksam. Einen günstigen Moment abpassend, ich nahm meinen ganzen Mut zusammen, erhob ich das Schild. Unter dem ständigen Klicken der Kamera, sprangen einige Ordner und Funktionäre der ÖTV auf mich zu, rissen das Schild zu Boden und zertraten es blindwütig mit ihren Füßen. Daran konnten auch einige zur Hilfe eilende Kollegen nichts mehr ändern.

Nachdem wir die Reste der Schilder aus dem Dreck gesammelt hatten, sie hatten nur das Schild zur Tarifrunde kaputtgekriegt, das andere war etwas lädiert aber sonst noch ganz brauchbar, gingen wir zu den Genossen, die zum großen Teil im IG-Metall-Block marschierten. Unter dem Schutz der Genossen hatte auch meine Kollegin wieder der Mut, das Schild zu tragen. Sie tat das unbeschadet. Erst als der letzte Redner auf der anschließenden DGB-Kundgebung gesprochen hatte und die Menschen nach einem zaghaften „Brüder zur Sonne zur Freiheit" den Kundgebungsplatz verließen, nahm auch sie das Schild herunter, während ich einige beim Verteilen übriggebliebene *Volksfront*-Flugblätter in eine Plastiktüte steckte.

Natürlich waren wir sauer und maßlos empört. Wir waren ja von der ÖTV einiges gewöhnt — aber das?!

Noch am selben Tag wurden die Bilder entwickelt und auf einer Mai-Feier ausgestellt. Außerdem verfaßten wir mit Kollegen einen Beschwerdebrief an den Kreisvorstand, dem wir die Bilder beilegten. Doch statt einer Antwort erhielt ich ein paar Tage später ein Schreiben des ÖTV-Kreisgeschäftsführers, in dem er mir mitteilte, daß gegen mich ein Ausschlußverfahren aus der ÖTV eingeleitet wurde, weil ich am 1. Mai auf der DGB-Kundgebung ein Flugblatt der *Volksfront* zur Kriegsgefahr verteilt hätte.

Natürlich waren einige da, die protestierten, selbst im Kreisvorstand, doch die Mehrheit schweigt. Heute noch!

C.H.

Aus der Zeitschrift „Revier"

Alternativer Linksblock — Strategie für die westdeutsche Linke?

In der August-Ausgabe der sozialistischen Zeitschrift „Revier" erschien der folgende Artikel des Autors Jens Bünning. In Absprache mit dem Autor geben wir im „Roten Morgen" diesen Artikel wieder — aus Platzgründen in zwei Folgen. Der Artikel, der sich mit der Diskussion über den Bündnisbeschluß der Demokratischen Sozialisten auf dem 1. Bundeskongreß in Gießen befaßt, erscheint uns aus verschiedenen Gründen wichtig und interessant auch für unsere Leser. Neben Aussagen, die auch wir für richtig halten und einigen, die ernsthaft diskutiert werden sollten, ist es vor allem ein Grund, weswegen wir diesen Artikel abdrucken. Nämlich die Grundüberlegung, die der Autor macht, der Ausgangspunkt: Die Interessen und die Rolle der Arbeiterklasse hier in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Position als Ausgangspunkt der Überlegungen zur Bestimmung der eigenen Politik, verbunden mit der konkreten Analyse darüber, wie die politische Entwicklung der Arbeiterklasse nach links beeinflußt werden kann, ist heute nicht sehr populär — um so wichtiger ist jeder Ansatz dazu.

Beim Abdruck gekürzt haben wir den ersten Teil des Artikels, in dem es um die Auslegung des Gießener Beschlusses durch verschiedene Seiten geht. Die einen, die durch den Wortlaut des Beschlusses die DKP „außen vor" sehen, die anderen, die sie „dabei" sehen — jeweils wird versucht den Beschluß für die eigenen Ziele zu interpretieren, was der Autor kritisiert.

Nachträge zum Gießener Kongreß und bedauerliche Feststellung

Mit großer Mehrheit hat der 1. Bundeskongreß der DS in Gießen eine Erklärung zum Wahlerfolg der GAL in Hamburg abgegeben, in der es abschließend heißt: „**Der 1. Bundeskongreß der Demokratischen Sozialisten ruft alle Demokratischen Sozialisten und Sozialistinnen in diesem Land dazu auf, sich überall in der konkreten politischen Zusammenarbeit mit Grünen, Alternativen und anderen dafür einzusetzen, daß ein breites, linksalternatives Wahlbündnis für die nächsten Bundestagswahlen von der aktiven Basis her aufgebaut wird.**"

Nach Gießen erfährt nun ein und dieselbe Erklärung ganz gegensätzliche Auslegungen. (...)

Zu kritisieren ist an der Verfahrensweise zweierlei: der Versuch, durch Überraschungs-Coups politische Tatsachen zu schaffen und der Versuch, politische Tatsachen — nämlich den Sachverhalt des Kongreßbeschlusses — durch Interpretation zu drehen und zu wenden, wie es ins je eigene Konzept paßt. Solcherlei Manipulationstechnik muß aus der Praxis der DS verschwinden, wenn irgend der Anspruch auf „neue politische Moral" und „neue Umgangsformen" ernstgenommen werden soll.

Nun zur politisch-inhaltlichen Seite!

Alternativer Linksblock oder linksalternatives Windei?

Der Gießener Beschluß der DS hat die Frage der bündnispolitischen Konzeption offen gelassen, wenn auch eine deutliche Favorisierung der Grün/Alternativen erkennbar war. Aber solch entscheidende politische Fragen dürfen nicht aus Stimmungen heraus aufgeworfen und verabschiedet werden. Und für eine „reife" Entscheidung bedarf es vorgängig der intensiven politisch-strategischen Debatte und Klärung. Das muß angegangen und organisiert werden!

In den politischen Diskussionsprozeß der DS, der erst allmählich Konturen annimmt, Fragestellungen zu pointieren, den Problemdschungel zu durchforsten und zu differenzieren beginnt, ist — wie eine Kuchenform in den Teig — der Begriff „Alternativer Linksblock" reingedrückt worden. Manfred Coppik, Frieder O. Wolf von der DS, aber auch Jürgen Reents und Thomas Ebermann von den Grünen haben im „Bonner Extra-Dienst" verschiedentlich dieses Wort propagiert. Es ist verständlich, daß ein solches Wort — ich sage Wort, weil „Alternativer Linksblock" als strategischer Begriff noch in keiner Weise entfaltet ist — unter den Bedingungen der bundesdeutschen oppositionellen Strömungen auf fruchtbaren Boden fällt, eben wie besagte Kuchenform prägend wirkt. Es signalisiert Erfreuliches und Begehrenswertes: vorbei die wilden Jahre unser aller Sektierertum — Linksblock! Vorbei die selbstverschuldete Schwäche aus Zersplitterung und Parteiegoismus — Block! Vorbei unsere **revolutionären** Tag- und Alpträume, **alternativ** scheint so konkret — Alternativer Linksblock! Ein wirksames Sprachspiel — ein Akt symbolischer Politik seine Propaganda!


Der Widerstand gegen die Bonner Politik wächst, gerade auch in den Gewerkschaften ...

Die bundesdeutsche Linke war in den letzten eineinhalb Jahrzehnten ja nie um politisch-strategische, theoretische und ideologische Anleihen verlegen, zumal die Gläubiger sich kaum dagegen zu wehren vermochten: Lenin, Mao, Che ... und unter der Hand verwandelte der Strategieklau in seiner praktischen Übertragung und Anwendung die Bundesrepublik der 70er Jahre ins vorrevolutionäre Rußland, ins China der Kulturrevolution, in den bolivianischen Dschungel. Eine solche Anleihe enthält auch der „Alternative Linksblock". Das Blockkonzept ist in der eurokommunistischen Strategiedebatte entworfen und gestaltet worden. Für die Länder, in denen diese eurokommunistische Diskussion authentisch geführt worden ist (Italien, Spanien, Frankreich) hat die Blockkonzeption aber von vornherein einen in der sozialen politischen und kulturellen Wirklichkeit existierenden unverwechselbaren Gehalt: eine Arbeiterbewegung, die — wie wirksam auch immer — als politisches Subjekt gegenwärtig ist, die noch bis in ihren sozialdemokratisch-reformerischen Teil hinein Systemopposition darstellt. (Und es ist nebenbei gesagt kein Wunder, daß in diesen Ländern die Grünen eine Randerscheinung sind, auch weitestgehend die Einpunktbewegung geblieben sind, die sie zunächst in der Bundesrepublik auch waren.) Die Vorstellung vom Linksblock transportiert also die für jene Länder unzweifelhaft gegebene Selbstverständlichkeit, daß ohne die Arbeiterklasse keine Systemopposition zu machen ist. Der im Abklatsch eurokommunistischer Debatte in der bundesrepublikanischen Linken allseits beliebte „Hegemon" ist dort klar und unzweideutig und real.

Nun, die Bundesrepublik ist nicht Italien, Frankreich oder Spanien. (Gottseidank, sagt der deutsche „Hegemon" noch überwiegend!) Insofern fehlt der Linksblock-Konzeption hierzulande genau der zentrale Bezugspunkt des strategischen Begriffs. Er ist für die Bundesrepublik zunächst eine ganze leere Vorstellung — aber dem helfen seine Propagandisten schnell und umstandslos ab. Alles, was Beine hat und sich mit denselben nachdrücklich **bewegt**, ist Teil des Alternativen Linksblocks. „Sei umschlungen und umblockt, Millionen!" Vor allem die Neusozialen, soweit sie sich bewegen, sind nicht einfach mit von der strategischen Partie, sondern ihr eigentlicher Bezugspunkt. Und deswegen auch sind die Grünen für den Alternativen Linksblock die erste Adresse.

Das heimliche Sektierertum in einer nicht-sektiererischen Pose

Zweifellos markieren heute die Grünen in der Bundesrepublik Systemopposition. Ob es mehr als „markieren" ist, muß sich noch zeigen! Insofern geht augenblicklich kein Weg systemoppositioneller Orientierung an den Grünen vorbei — das ist die eine Tatsache. Die andere Tatsache ist die, daß eine Konzeption vom Alternativen Linksblock mit dem wesentlichen Bezugspunkt der Grünen unter der Hand ein Ersatzsubjekt systemüberwindender Perspektive einführt — ein strategischer Frankenstein!

Sozial und ideologisch repräsentieren die Grünen eine Klassenlage, die schon immer gut war für Orientierungen und Bewegungen einer reaktionären Gesellschaftsveränderung wie für Orientierungen und Bewegungen einer utopisch-sozialistischen Gesellschaftsveränderung. Beide Tendenzen sind bei den Grünen unmittelbar vereint, bekämpfen sich, durchdringen sich und werden sich unter bestimmten Umständen voneinander abstoßen. Was sie zusammenhält, ist (negativ) die gleiche Distanz zur Arbeiterklasse und (positiv) das Bewußtsein der eigenen epochemachenden Bedeutung, der historischen Mission, die es ihnen erlaubt, „nicht links, nicht rechts, sondern vorne" zu sein. Dieses Bewußtsein wird unter den Umständen oppositioneller Strömungen und Bewegungen in der Bundesrepublik hinreichend bestärkt dadurch, daß mit den Grünen erstmals nach dem KPD-Verbot in den 50er Jahren eine Partei die Hermetik des bundesdeutschen Parteiensystems zu durchbrechen imstande ist.

Es lohnt sich — auch für Nichtmarxisten —, die Ausführung von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" zum „Kritisch-utopistischen Sozialismus und Kommunismus" (wieder) zu lesen. Hier sind Grundrisse eines Politik-, Klassen- und Selbstverständnisses skizziert, die im wesentlichen auf die Grünen zutreffen, auch für die Linken bei den Grünen.

„An der Stelle der gesellschaftlichen Tätigkeit muß ihre persönlich erfinderische Tätigkeit treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft. Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne.

Sie sind sich zwar bewußt, in ihren Plänen hauptsächlich das Interesse der arbeitenden Klasse als der leidendsten Klasse zu vertreten. Nur unter diesem Gesichtspunkt der leidendsten Klasse existiert das Proletariat für sie.

Die unentwickelte Form des Klassenkampfes, wie ihre eigene Lebenslage bringen es aber mit sich, daß sie weit über jenen Klassengegensatz erhaben zu sein glauben. Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsmitglieder, auch der bestgestellten, verbessern. Sie appellieren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse. Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen ...

Die Bedeutung des kritisch-utopitischen Sozialismus und Kommunismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung."

Gerade die Linken bei den Grünen sind sich des Mangels an Beziehung auf die Arbeiterschaft bewußt. Sie entwickeln daher Forderungen und Programme, die Arbeiterinteressen aufnehmen, die den Grünen ein arbeiterfreundliches Aussehen verleihen sollen, um auch Arbeiterstimmen anzuziehen. (Peinlich geradezu wirkt die Anbiederung der NRW-Grünen an die Gewerkschaften, wenn sie anläßlich der Pressekonferenz zur Vorstellung ihres Wirtschaftsprogramms „wichtige Berührungspunkte" mit den Gewerkschaften betonen). Des weiteren kümmern sie sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — praktisch nicht um das, was in der Arbeiterschaft an oppositionellem Potential vorhanden ist und sich verstärkt zu Wort melden bzw. zur Tat zu schreiten beginnt.

Eine strategische Konzeption vom Alternativen Linksblock, die mangels realer Existenz der Arbeiterklasse als politischem Subjekt die Grünen zum zentralen Bezugspunkt hat, führt Sozialisten geradewegs weg von der Hauptaufgabe, vor der systemoppositionelle Orientierung in der Bundesrepublik steht: beizutragen zu einem heute möglichen Neubeginn der Arbeiterbewegung, die Bewegungskräfte innerhalb der Arbeiterschaft zu unterstützen und zu stärken. Zugegeben: eine unmoderne Orientierung, gar orthodox — aber so unmodern sind die Zeiten und ihre Problemstellungen. Das wird deutlich, wenn man als strategischen Zielpunkt die Veränderung der Kräfte- und Mehrheitsverhältnisse ins Auge faßt und diesen Zielpunkt nicht verwechselt mit dem anderen: die Systemhürde der 5-Prozent-Klausel zu überwinden.

Fortsetzung auf Seite 11



... ein Ansatz für eine Wende in der Arbeiterbewegung

Fortsetzung von Seite 10

Linksblock oder Wahlkoalition?

Die bislang einzige und erste Konkretisierung der Vorstellung vom Alternativen Linksblock liegt vor als Propagierung eines Wahlbündnisses mit den Grünen und Alternativen. Aber eben darin liegt eine aufschlußreiche Verkürzung der Bündnisfrage, die mit der modischen Tendenz zur Konzentration auf das institutionelle Politiksystem zusammenhängt. Diese Tendenz ist um so ausgeprägter, je weniger Zusammenhang mit außerparlamentarischer Bewegung besteht. Bei den Grünen ist das vielerorts bereits heute in einem ihre gesamte Entwicklung bedrohenden Ausmaß der Fall. Freilich sind die Grünen Ausdruck außerparlamentarischer Bewegungen, aber so, wie der Fingerabdruck Ausdruck des Täters: er war mal da! Einigen Vertretern der Grünen, wie z. B. Petra Kelly, ist das Dilemma der Grünen durchaus präsent: bei weiterem Vordringen im parlamentarischen Raum „parlamentarisiert" — oder wie die etablierten Parteien spekulieren — resozialisiert zu werden. Diese Gefahr gilt für die Grünen gerade aufgrund ihres auffälligen Defizits in außerparlamentarischer Praxis. Und es ist schon eine charakteristische Widersprüchlichkeit, wenn Eckhard Stratmann, linker Grüner aus NRW, in einer Diskussionsrunde der Zeitschrift „frontal" feststellt: „Nicht daß ich euch (gemeint ist die DKP, d.V.) ausgrenzen will, aber von eurem gesamtgesellschaftlichen Einwirkungsgrad seid ihr zu vernachlässigen. Auf euch brauche ich überhaupt nicht zu orientieren, auch nicht auf die linke SPD. Zu orientieren ist auf die außerparlamentarischen Bewegungen." Gerade unter dem Gesichtspunkt außerparlamentarischer Praxis — zumal im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich — repräsentiert die DKP und mehr noch die linke SPD ein Vielfaches von dem, was die Grünen darstellen. Unter „gesamtgesellschaftlichem Einwirkungsgrad" versteht so gesehen Eckhard Stratmann letztlich doch den Wahlerfolg, den Einzug in die Parlamente — denn nur unter diesem Aspekt ist die DKP ein „zu vernachlässigender Faktor".

Die Frage außerparlamentarischer Verankerung und Stärke von Systemopposition ist allerdings eine zentrale Frage, eine sehr traditionelle obendrein, die in der sozialistischen und Arbeiterbewegung schon ihre entscheidende Rolle gespielt hat: Je vorbehaltloser die Arbeit aus dem außerparlamentarischen Bereich verlagert wurde, um so weitreichender war die Integration ins System der bürgerlichen Gesellschaft.

Vor allem aber unter dem historischen Gesichtspunkt einer fortschreitenden autoritärstaatlichen Tendenz scheint es heute eine geradezu absurde Entwicklung innerhalb der oppositionellen Kräfte in der Bundesrepublik zu geben. Je einflußloser die Parlamente, je mehr sie nur mehr Szenerie symbolischer Politik, desto stärker drängen heute auch Linke in die Parlamente hinein. Die „Quasselbude", wie das Parlament einst respektlos in der Arbeiterbewegung hieß, erfährt eine erstaunliche Renaissance. Und das zu einer Zeit, deren allgemeines Zeichen in der Tat eine Zunahme außerparlamentarischer Bewegungen ist, in der „die Straße" zum Ort von Massenpolitik wird.

Angesichts der politisch rückständigen Verhältnisse in der Bundesrepublik ist es klar, daß ein Durchbrechen der Hermetik des herrschenden Parteiensystems seine bestimmbare Bedeutung hat. Es ist aber nicht einzusehen, daß Sozialisten sich von der Aussicht, die 5-Prozent-Hürde zu überwinden, so blenden lassen, daß sie auf eine weiterreichende, das Ziel einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung der Kräfteverhältnisse ins Auge fassende strategische Perspektive verzichten. Die 5-Prozent-Hürde schaffen die Grünen auch alleine (und deshalb setzen die Parteisektierer bei den Grünen auch auf die alte maoistische Parole: „Auf die eigene Kraft vertrauen!"). Und es ist selbstverständlich, daß Sozialisten sie dabei unterstützen. Aber deswegen dürfen sie sich nicht selbst durchstreichen und auf eigene Entwicklung und eigene strategische Perspektivierung verzichten.

Von den linken Grünen, namentlich von den Grünen in Hamburg und Schleswig-Holstein, noch so wohlmeinend unterbreitete Angebote auf Beteiligung an einem linksalternativen Wahlbündnis weisen für die DS in die falsche Richtung. Sie halten die DS davon ab, allererst einmal ihre eigene Position und Praxis zu entwickeln. Sie tragen dazu bei, eine gerade für die DS noch weitergehend problematische Orientierung auf das institutionelle Politiksystem und ein dementsprechendes Politik- und Organisationsverständnis zu verbreiten. Weitergehend problematisch deshalb, weil die DS, sofern sie als Ablösungsprozeß von der SPD wirksam wird, natürlich viel stärker von einem alteingefleischten institutionellen Politikverständnis betroffen ist.

Und der Pferdefuß in den noch so wohlmeinenden Angeboten der linken Grünen wird sichtbar, wenn man erinnert, daß dieselben Linken bei den Grünen durch die Bank davor gewarnt haben, eine Partei DS zu gründen. Und nachdem das nicht mehr zu verhindern war, haben sie — wie Jürgen Reents, Pressesprecher der GAL im „Bonner Extra-Dienst" Nr. 2 — eine Parteigründung konzediert, aber eine „Partei mit der Bereitschaft zur Selbstauflösung". Und diese Bereitschaft zur Selbstauflösung soll sich gerade bezüglich einer gemeinsamen linksalternativen Wahlkandidatur bei den Bundestagswahlen notwendig machen, wo Listenverbindungen nicht zugelassen sind und wo als selbstverständlich gilt, daß die Grünen diese Bereitschaft zur Selbstauflösung nicht aufweisen.

Wenn also die DS auf die unter dem Titel Alternativer Linksblock verbreitete Perspektive eines linksalternativen Wahlbündnisses einsteigt, dann nimmt sie ihre eigene Entwicklung so wenig ernst, daß sie sich selbst durchstreicht, bevor sie sich gegründet hat — und dann bedarf es einer Gründung auch gar nicht. Wenn man aber eine Partei gründen will, dann darf man sich nicht hier und heute auf das Hasardspiel eines linksalternativen Wahlbündnisses einlassen, sondern muß sich zunächst voll auf die Entwicklung außerparlamentarischer Praxis gerade auf den Gebieten einlassen, wo die aktiven Kerne der Arbeiterschaft begonnen haben sich zu engagieren: im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich, im Kampf gegen Sozialabbau, aber auch in der Friedensbewegung. Von daher stellen sich dann auch die Bündnisperspektiven anders, als im Orientierungsrahmen 5-Prozent-Klausel.

Jens Bünnig

Israelische Truppen besetzen Beirut

Das schnelle Ende Gemayels

Noch vor dem Amtsantritt war der neu-„gewählte" Präsident des Libanon Beshir Gemayel am Ende seiner Pläne und seines Lebens. Er starb so, wie er sich hochgeboxt hatte: durch ein Attentat. Der Mann, der die Neuordnung im Libanon im Sinne Israels und der USA durchführen, den Widerstand der moslemischen und drusischen Bevölkerungsmehrheit brechen sollte, ist ausgeschaltet. Von wem? Und was geschieht nun?

Mögliche Organisatoren des Attentats gibt es viele. Das reicht vom zweiten Mann seiner Kataeb-Banden, seinem Bruder Amin Gemayel über die rivalisierenden Cliquen aus den Reihen der Maroniten wie den Frandschiehs oder Chamouns, die beide bei Gemayels Aufstieg viele Todesopfer erlitten, bis hin zur Opposition. Die allerdings zu Recht ein Blutbat fürchtete, wenn Gemayels Milizen erst das Kommando der libanesischen Armee übernommen haben.

Wie sehr Gemayel der Mann Israels war, zeigte sich an der sofortigen Reaktion: dem Einmarsch in Westbeirut. Es war ohnehin schon klar geworden, daß die israelischen Truppen bestenfalls nach der von Begin gewünschten Neuordnung abziehen würden. Der „Friedensstifter" Habib aus den USA hatte ihnen den Weg zur weiteren Besetzung des Libanon ja eröffnet, indem er bei all seinen Aktivitäten die Frage der israelischen Aggression gegen den Libanon außen vor gelassen hatte.

Nun ist Begin im Dilemma: entweder er sucht sich, gemeinsam mit dem neuen US-Unterhändler Draper einen neuen Mann — wofür sich Amin Gemayel bereits angeboten hat. Oder er bleibt zumindest für eine gewisse Zeit noch als — immer offener ersichtliche — Besatzungsmacht im Lande. Letzteres aber liefe, zumindest teilweise, den US-amerikanischen Plänen zuwider.

Denn Reagan und seine Leute haben jetzt die Chance, einen offenen Einbruch ins arabische Lager zu erzielen, über isolierte Regierungen wie die Ägyptens oder Marokkos hinaus.

Aber daß die Schicht derjenigen, die bereit sind, das Spiel Washingtons und Tel Avivs zu spielen, klein ist, das hat sich, nach dem Tode Sadats (der nur im Westen und keinesfalls in der Bevölkerung Bestürzung hervorrief) nun beim Tode Gemayels und seiner „Partei"-Führung erneut gezeigt.

Der Tod Gemayels aber unterstreicht nochmals die Tatsache, daß ohne einen israelischen Rückzug, ohne die Herstellung der libanesischen Souveränität (und zwar nicht durch die Marionette einer ausländischen Macht) weder dieses Land, noch die Region insgesamt eine Entspannung der Lage erleben werden. Er zeigt, daß es eben nicht die Palästinenser waren, die das Land in das Chaos gestürzt haben, weil sie es als Basis für ihren Kampf um ihre Heimat nutzten, nutzen mußten, weil sie sich mit der demokratischen libanesischen Bewegung verbündet hatten. Er zeigt, daß der Unruhestifter, der Autor aller Komplikationen das militarisierte Israel ist, das seinen Kurs weiterhin mit Waffengewalt verfolgen will. Stets bezahlt mit amerikanischen Dollars und deutscher Mark.

Junta am Ende

Generalstreik in Bolivien

Die politische und wirtschaftliche Krise Boliviens hat sich in der letzten Woche entscheidend verschärft. Während die Militärregierung gegenüber der Bank of America ihre Zahlungsunfähigkeit erklären mußte, begannen die Minenarbeiter von Cochabamba einen politischen Streik, mit dem sie den Rücktritt der Rauschgifthändler-Generale fordern.

Die bolivianischen Minenarbeiter, die immer wieder die Versuche der Militärdiktatoren, früher wie heute, sich an der Macht zu etablieren, durchkreuzt haben, stehen auch dieses Mal an der Spitze einer Bewegung, die immer mehr alle Werktätigen des Landes umfaßt.



Bolivianische Minenarbeiter bei einer Massendemonstration gegen eine frühere Militärjunta.

Der Streik von Cochabamba, seit langen Jahren das Zentrum der bolivianischen Arbeiterbewegung, war der Auftakt für einen Generalstreik des Allbolivianischen Gewerkschaftsbundes COB.

Dessen Führer hatten sich in den seit dem letzten Putsch vergangenen beiden Jahren wiederholt geweigert, einen solchen Generalstreik zum Sturz der faschistischen Junta zu organisieren. Jetzt waren sie durch die Aktion der Minenarbeiter dazu gezwungen. Denn die Arbeiter der Zinnminen stellen von jeher die im wichtigsten Bereich tätige und am meisten organisierte Schicht der Arbeiter Boliviens überhaupt dar.

Die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit ist nur eine der Auswirkungen des Kurses der Generale um ihren Juntachef Calderon. Ein innenpolitisches Programm „zur Sanierung des Landes" ist der wichtigste Aspekt der Lage — ein Programm, das von allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung rundweg abgelehnt wird. Denn sie mußte in den vergangenen beiden Jahren bereits eine Verschärfung ihrer Armut hinnehmen und das neue Programm wurde vom Gewerkschaftsbund COB nicht unzutreffend „Volkshungerprogramm" genannt.

Zum ersten Mal hat auch die katholische Kirche Boliviens erklärt, daß sie für einen Sturz dieser Regierung ist, was viele gläubige Menschen, die bisher noch vor Aktivitäten zurückscheuten nun mobilisiert. Die Junta und ihre angloamerikanischen Hintermänner jedenfalls gehen schweren Zeiten entgegen.

Denn vom Putsch profitiert haben nicht nur die internationalen Rauschgifthändler, die ihre bisherigen Geschäftspartner nun in Bolivien an der Regierung wußten und deren mächtigste Abteilung aus den USA kommt, sondern auch und vor allem die britischen — aber auch die amerikanischen — Rohstoffmultis, die am bolivianischen Zinn Rekordprofite machten, die nun in Gefahr sind.

Aus „De Anstorm" Hafenzeitung der KPD/Bremen

„Tatort: Hafen"

Waffen für Irak — nicht nochmal mit uns!

Waffenhandel im Detail — das wird in der neuesten Ausgabe der Zeitung für die Arbeiter im Bremer Hafen aufgedeckt, in einem kurzen Artikel, den wir im folgenden widergeben.

Wenn das reaktionäre Regime des Irak den Iran überfällt und anschließend umgekehrt der ebenso reaktionäre Khomeini in den Irak einmarschiert — was haben wir damit zu kriegen? Wir sollen die Werkzeuge für dieses Völkermorden verschiffen. Uns will man auf die Nase binden, es handele sich um Straßenkehrmaschinen. Aber jeder konnte schon auf den ersten Blick den militärischen Zweck erkennen. Gerade mit dem Irak haben die bundesdeutschen Kapitalisten in den letzten beiden Jahren Milliardengeschäfte gemacht. Diese Investitionen rund um die Erdölquellen will man jetzt „sichern" — mit Panzertransporten usw., an denen dann auch noch das Rüstungskapital verdient.

Genau vor einem Jahr weigerte sich ein älterer Kollege hier in Bremen, ähnliche Mordwerkzeuge für Libyen zu verladen: „Krieg hab ich selbst mitgemacht. Kriegsmaterial faß ich nicht an." Kollegen, so eine konsequente Haltung gegenüber allen Kriegstreibern in Deutschland und anderswo muß Schule machen im Hafen!

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Amerikanische Atom-Strategie (II)

Vom Gleichgewicht des Schreckens zum gewinnbaren Atomkrieg

Reagans Plan: „Enthauptung" der Sowjetunion

Im letzten RM haben wir uns mit der Theorie vom sogenannten Gleichgewicht des Schreckens auseinandergesetzt, nach der heute ein atomarer Krieg unmöglich und undenkbar sein soll, weil er unweigerlich zum Untergang beider Seiten führen würde. Wir haben gezeigt, daß die amerikanische Supermacht ihre Anstrengungen verstärkte, dieses „Gleichgewicht" zu unterlaufen und einen Atomkrieg — durch Begrenzung des eigenen Risikos — möglich und gewinnbar zu machen. Nicht erst seit Reagans Machtantritt werden solche Anstrengungen unternommen. Schon unter Carter drohte beispielsweise General Jones, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Moskau unverholen an, die USA würden einen sowjetischen „Schachzug gegen amerikanische Interessen" mit einem Atomkrieg gegen die Sowjetunion beantworten.

Als General Jones diese Drohung an die Adresse der sowjetischen Supermacht aussprach, hatten sich in der amerikanischen Atomkriegsstrategie bemerkenswerte Wandlungen vollzogen. Sie wurden sichtbar beispielsweise in einem Brief, den Carters Kriegsminister Brown im gleichen Jahr an seine Kollegen in den einzelnen NATO-Ländern richtete. Der Brief beginnt mit einer allgemeinen Floskel im bekannten Stil: „Wir haben nicht den Wunsch, einen Atomkrieg zu führen; er wäre eine unvorstellbare Katastrophe."

Dann jedoch kommt das Aber. Brown fährt fort: „Aber der beste Weg, um einen solchen Krieg zu vermeiden, ist sicherzustellen, daß sich die sowjetische Führung keine Illusionen darüber macht, was ein derartiger Krieg für die sowjetische Staatsmacht bedeuten würde" — nämlich die bevorzugte Zerstörung dessen, „was die sowjetische Führung am höchsten schätzt: die politische und militärische Kontrolle, die militärische Macht sowohl im nuklearen wie im konventionellen Bereich und die industrielle Kapazität zur Inganghaltung militärischer Operationen."

Brown listet hier also mögliche Ziele amerikanischer Atomschläge in einem Krieg mit der Sowjetunion auf. Und bezeichnenderweise fehlt in diesem Katalog gerade das, was nach landläufiger Meinung die „unvorstellbare Katastrophe" eines Nuklearkriegs erst ausmacht — die systematische Vernichtung der Ballungsgebiete auf dem Territorium des Gegners durch sogenannte Vergeltungsschläge. Ganz offensichtlich waren die Strategen im Pentagon bei ihrer atomaren Zielplanung von den großen Städten auf politische und militärische Kommandozentralen, auf das militärische Potential und die Kriegsindustrie der Sowjetunion umgeschwenkt.

Carters Direktive für den Erstschlag

Diese neue Planung ist 1980 mit Carters Präsidentendirektive Nr. 59 (PD 59) zur offiziellen amerikanischen Regierungspolitik gemacht worden. Wenn auch die PD 59 bis heute geheim ist, so sind doch die wesentlichen Inhalte dieser Direktive inzwischen bekannt. Es geht jetzt nicht mehr nur darum, daß die US- und die „Bündnis"-Truppen — gemäß der NATO-Doktrin von der „abgestuften Erwiderung" (flexible response) — in den Stand gesetzt werden, konventionelle Aktionen des Warschauer Pakts auf dem Kriegsschauplatz selbst mit dem Einsatz von Atomwaffen zu beantworten. PD 59 sieht vielmehr vor, einen „begrenzten Atomkrieg" unmittelbar auf das Territorium der Sowjetunion zu tragen. Dabei sind, nach allem, was bislang bekannt ist, in der Direktive offenbar zwei Möglichkeiten für einen solchen Krieg umrissen.

Die erste besteht in einem Schlag gegen eine geringe Zahl von wenig bedeutenden Zielen in der Sowjetunion. Sie hat mehr den Charakter einer „Warnung". Das bedeutet: Wenn die beiden Supermächte in irgendeiner Region der Welt bei der Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen unmittelbar aufeinanderstoßen, soll ein solcher Schlag die Kreml-Herren massiv unter Druck setzen und zum Nachgeben bewegen. (Wobei die amerikanische Seite offenkundig einkalkuliert, daß die Sowjets einen Gegenschlag nicht riskieren würden.)



Friedensdemonstration in Bonn.

Die zweite Möglichkeit aber, die in Carters Direktive angesprochen ist, besteht in einem umfassenden Schlag gegen insgesamt mehrere tausend lebenswichtige Ziele auf dem Territorium der Sowjetunion. Und ein solcher Schlag soll, im Sinne der oben angeführten Ausführungen von Brown, binnen kürzester Zeit das gesamte Kommando- und Kommunikationssystem des Gegners vernichten, die Sowjetunion also unfähig zu einer Gegenreaktion machen.

Alle Kriegspläne, die später Ronald Reagan ausarbeiten ließ, sind eine Fortschreibung, eine Konkretisierung dieser Carterschen Erstschlags-Strategie. Gegenwärtig sind — wie noch gezeigt werden wird — die Planer des Todes im Pentagon dabei, auch die letzten Risiken dieser Strategie auszurechnen und vor allem Vorbereitungen für den Fall zu treffen, daß der Sowjetunion doch noch die Möglichkeit zum Zweitschlag bleibt.

Wahnsinn mit Methode

Es wird wohl kaum jemanden geben, dem solche Pläne und Überlegungen nicht als Wahnsinn erscheinen. Man darf dabei nur eines nicht übersehen: Es ist ein Wahnsinn mit Methode. Carters PD 59 und die darauf aufbauenden neuen Atomkriegspläne sind nur dann in ihrer ganzen realen Gefährlichkeit zu verstehen, wenn man sie in den Bezugsrahmen der imperialistischen Politik stellt. Diese Politik aber zielt ebenso wie die sowjetische auf Ausplünderung fremder Länder, auf Kontrolle über weite Regionen der Erde, letztlich auf Weltherrschaft ab. Und je weiter sich die globale wirtschaftliche Krise vertieft, desto geringer werden die Möglichkeiten eines relativ friedlichen Nebeneinanders der beiden Supermächte. An die Stelle der sogenannten Entspannung ist, wie wir gesehen haben, längst die allseitige Konfrontation getreten.

Der Drang des Finanzkapitals, auch unter den Bedingungen der Krise seine Profite zu sichern und zu erhöhen, ist nicht nur der Motor bei Militarisierung und Sozialabbau im Innern, sondern auch bei der zunehmend aggressiven Politik nach außen. So reiht sich, wie man es in den letzten Jahren beobachten konnte, ein sogenannter Krisenherd an den anderen. Und mit jedem dieser regionalen Konflikte stellt sich immer bedrohlicher die Gefahr eines unmittelbaren Aufeinanderpralls der beiden Supermächte. Nur vor diesem Hintergrund sind die amerikanischen Pläne verständlich, nun auch noch das letzte aller Probleme, die endgültige Ausschaltung der sowjetischen Konkurrenten zu „lösen".

Damit sie dieses Problem überhaupt auf die Tagesordnung setzen konnten, mußten die Planer im Pentagon zwei wesentliche Voraussetzungen schaffen. Zum einen waren Fernraketen zu entwickeln, die im Sinne der PD 59 punktgenau Schläge gegen sowjetische Ziele verwirklichen konnten. Und zum anderen mußte das eigene Kommunikationssystem so ausgerüstet werden, daß es auch bei möglichen sowjetischen Angriffen noch intakt blieb.

Was die Raketen für einen solchen Erstschlag betrifft, so ist es ja heute längst kein Geheimnis mehr, daß es sich dabei vor allem um jene Pershing 2 handelt, die ab Herbst '83 auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert werden sollen. Schon 1961 wußte übrigens Helmut Schmidt, „daß einstweilen alle in Europa stationierten Mittelstreckenraketen nur zum Erstschlag, niemals aber zum Zweitschlag geeignet sind".

Dabei ist die Pershing 2 mit den entsprechenden Waffen der frühen sechziger Jahre überhaupt nicht mehr zu vergleichen. Ihre Flugzeit beträgt von der Pfalz bis nach Moskau ganze sechs Minuten — keine Chance also für die Abwehr. Sie kann auf 1800 Kilometer (in einer verbesserten Version sogar auf 2500 Kilometer) ein vorgegebenes Ziel von nur 25 Meter Durchmesser punktgenau treffen, also beispielsweise eine beliebige Kommandozentrale innerhalb des Kreml gezielt zerstören. Zudem wird gegenwärtig für die Pershing 2 ein spezieller Sprengkopf, der sogenannte Earth Penetrator, entwickelt. Mit diesem Kopf würde die Rakete 2200 km/h schnell in die Erde einschlagen und dann erst in zwölf Meter Tiefe detonieren. Damit ließe sich dann auch jede verbunkerte Stellung knacken.

Neben der Pershing 2 soll laut NATO-„Nachrüstungsbeschluß" auch noch eine Unzahl von Marschflugkörpern des Typs Cruise missile in Westeuropa aufgestellt werden, durch die sich ein geplanter Erstschlag dann vollenden ließe.

„Landgestützte Raketen gehören nach Alaska"

Bekanntlich werden uns diese neuen Vernichtungswaffen ja als reine Friedensbringer verkauft, weil sie einer wirksamen Abschreckung möglicher sowjetischer Angriffe dienten. In diesem Zusammenhang sei nur kurz an die Auseinandersetzungen zwischen Washington und einigen europäischen Hauptstädten erinnert, die sich darum drehten, ob denn die neuen Mittelstreckenwaffen auf dem Land aufgestellt werden müßten oder ob sie nicht auch auf See stationiert werden könnten.

Zur Dimension dieser Auseinandersetzung soll noch einmal der frühe Schmidt zitiert werden. In seinem 1961 erschienenen Buch „Verteidigung oder Vergeltung" sagte der heutige Bundeskanzler ganz richtig: „Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles, was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht." Soweit Schmidt. Aber warum sind solche Raketen heute bei Reagan und beim Bonner Kanzler selbst plötzlich so überaus erwünscht geworden? Warum sollen sie partout nicht auf U-Booten stationiert werden?

Das kann allerdings niemand begreifen, der an das Gerede von der Vergeltung glaubt. Denn tatsächlich sind ja seegestützte Raketen für einen angreifenden Gegner kaum auszumachen und somit auch nicht in einem Erstschlag zu vernichten. Sie sind also im Rahmen der Atomkriegsstrategie geradezu die ideale Zweitschlags- oder Vergeltungswaffe. Daß sich die Amerikaner aber dennoch unter keinen Umständen auf eine Seestationierung einlassen wollen, liegt eben schlicht daran, daß sie in Wahrheit gar nicht an Abschreckung oder Vergeltung interessiert sind, sondern an einem Potential für ihren Erstschlag gegen die Sowjetunion. Und das Ausradieren der Kommandozentren des Gegners ist nun einmal — wegen deren Treffungenauigkeit — mit seegestützten Raketen nicht zu machen.


US-Einsatz im Nahen Osten.

Daß zu Land aufgestellte Atomwaffen Magnete sind, daß sie — wie Schmidt vor Jahren sagte — „Feuer auf sich ziehen", stört die Kriegsplaner im Pentagon wenig. Denn es ist ja die Bundesrepublik Deutschland, die im Ernstfall unter dem Beschuß sowjetischer Atomraketen liegen würde. Und eine Faustregel aller amerikanischen Kriegsplanungen der letzten Zeit ist das Bemühen, einen atomaren Vernichtungskrieg möglichst vollständig auf Europa zu begrenzen.

Das Leitlinien-Dokument des Pentagon

Wie weit solche Planungen schon gediehen und wie tödlich ernst sie sind, ließ sich in diesem Jahr aus Enthüllungen zweier amerikanischer Zeitungen über solche Pläne entnehmen. So hat etwa die „New York Times" schon am 31. Mai ausführlich über die „Leitlinien der Verteidigung für die Haushaltsjahre 1984 bis 1988" berichtet. Es handelt sich dabei um ein Geheimdokument, den vom Pentagon ausgearbeiteten Fünfjahresplan, die — wie es in dem Dokument heißt — „erste vollständige sicherheitspolitische Leitlinie dieser Regierung".

Die Zeitung selbst schreibt über den Kern dieses Dokuments, das sie nur auszugsweise veröffentlicht: „Es weist die Streitkräfte an, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau — von Aufständen bis hin zum Atomkrieg — zu besiegen". Entsprechend umfassend ist denn auch die in den Leitlinien gegebene Ausrichtung des amerikanischen Militärapparats. Da ist etwa die Vorbereitung auf einen weltweiten Aufmarsch amerikanischer Truppen. Denn, so das Dokument: „Es könnten Streitkräfte der USA gleichzeitig auf geographisch voneinander getrennten Kriegsschauplätzen benötigt werden." Als Beispiel dafür wird genannt, daß die amerikanische Supermacht die Fähigkeit haben muß, zur gleichen Zeit in Europa, in Korea und im Mittleren Osten Krieg zu führen.

Zur Realisierung eines solchen im wahrsten Sinne des Wortes weltumspannenden Krieges sollen einerseits die Fähigkeiten erhöht werden, in kürzester Zeit riesige Truppenkontingente nach Europa zu schaffen. Andererseits wird auch die „schnelle Eingreiftruppe" auf Dimensionen aufgestockt, die weit über die von Carter angepeilten Ziele hinausgehen. (Bei Einsätzen im Mittleren Osten, so geht aus dem Leitlinien-Dokument hervor, soll sich die „Eingreiftruppe" übrigens notfalls mit Gewalt Zutritt verschaffen und nicht erst auf eine „Einladung" durch befreundete Regimes warten.)

Der Krieg gegen die Sowjetunion soll nach dem Pentagon-Plan schon im Frieden beginnen. Dazu schreibt die „New York Times": „Als Ergänzung der Militärstrategie in Friedenszeiten sollten, wie in dem Leitlinien-Dokument festgestellt wird, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten faktisch der Sowjetunion wirtschaftlich und technisch den Krieg erklären." Auch vom Totrüsten der Sowjetunion ist in dem Plan die Rede oder davon, „daß wir unsere Spezialeinheiten neu beleben und verstärken müssen, um die Macht der Vereinigten Staaten dort wirksam werden zu lassen, wo der Einsatz konventioneller Truppen verfrüht, unpassend oder undurchführbar wäre." (Insbesondere ist dabei an Osteuropa gedacht.) Die „New York Times" erläutert: „‚Spezialeinheiten' ist dabei eine Umschreibung für Guerrillas, Saboteure, Kommandotruppen und ähnliche unkonventionelle Streitkräfte."

Ziel: „Enthauptung" der Sowjetunion

Und alle diese Aktionen, vom regionalen Konflikt über den Wirtschaftskrieg bis zum Sabotageunternehmen, zielen auf den letzten Waffengang, das große Showdown, den Atomkrieg ab. Und den stellen sich die Planer in Weinbergers Ministerium laut „New York Times" so vor: „Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre eine sogenannte Enthauptung (decapitation), d. h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion". Im Leitlinien-Dokument selbst heißt es dazu: Die neue Strategie erfordere die Fähigkeit, „die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbündete) militärische und politische Machtstruktur auszuschalten". Und darüber hinaus die sichere Vernichtung „der atomar und konventionell ausgerüsteten Streitkräfte und der Industrien, die für die militärische Macht von entscheidender Bedeutung sind".

Hier ist also Carters PD 59 weiterentwickelt worden. Hier liegt, aus dem Pentagon selbst, die Bestätigung dafür vor, was die amerikanischen Imperialisten mit der Aufstellung der neuen Mittelstreckenrakten tatsächlich planen: die „Enthaup-

Fortsetzung auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

tung" der Sowjetunion, den Angriffskrieg zur Ausschaltung ihrer sowjetischen Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft durch einen atomaren Erstschlag.

Bemerkenswert an dem Leitlinien-Dokument und auch an einer anderen strategischen Studie, die kürzlich von der „Los Angeles Times" beschrieben wurde und die gegenwärtig Reagan zur Unterschrift vorliegt, ist die Tatsache, daß nun auch ernsthafte Vorbereitungen für die Möglichkeit getroffen werden, daß der geplante Atomkrieg nicht auf Europa begrenzt werden kann, sondern auf amerikanisches Gebiet übergreift. Dafür sind sogar schon konkrete Vorbereitungen getroffen worden. Reagan hat bereits im vergangenen Oktober 18 Milliarden Dollar für neue militärische Kommunikationssysteme bereitgestellt. Damit sollen beispielsweise Nachrichtenverbindungen gegen den sogenannten elektromagnetischen Blitz gehärtet werden, der bei Atomexplosionen auftritt und alle elektrischen Einrichtungen außer Betrieb setzt. So soll gewährleistet werden, daß auch nach sowjetischen Atomschlägen gegen die USA das militärische Kommandosystem intakt bleibt — bis es gelungen ist, wie es im Leitlinien-Dokument heißt, die Sowjetunion „zu besiegen".

Diese Kriegspläne, die längst im Stadium ihrer unmittelbaren Verwirklichung sind, machen eindringlich deutlich, wo die Ursachen für die immer akuter werdende Gefahr eines neuen Weltkriegs zu suchen sind. Sie liegen nicht in der Anhäufung von Vernichtungswaffen aller Art. Sie liegen vielmehr darin, daß auf beiden Seiten (hier ist nur die amerikanische dargestellt worden) ganz bewußt der Einsatz dieser Waffen für die Durchsetzung imperialistischer Ziele geplant wird.

Das Leitlinien-Dokument des Pentagon zeigt in aller Klarheit, daß zumindest die Politiker und Militärs des amerikanischen Finanzkapitals heute davon ausgehen, daß der Atomkrieg machbar ist, daß der dadurch zu erzielende Gewinn höher zu bewerten ist als die damit verbundenen Risiken. Wobei ja in jedem Fall wir Mitteleuropäer diejenigen wären, die ungefragt das tödliche Hauptrisiko zu tragen hätten. Denn wir leben schließlich auf dem Schlachtfeld eines kommenden Krieges zwischen den beiden Supermächten.

Um so notwendiger ist es aber, daß gerade wir uns gegen diese uns zugedachte Rolle wehren. Von der Bonner Regierung, wer immer an ihrer Spitze stehen mag, haben wir dabei nichts zu erwarten. Denn die steht in Treue fest zu Reagan. Ihr ist nur wichtiger, daß bei einem Krieg um die Weltherrschaft auch die Interessen des westdeutschen Finanzkapitals mit im Spiel bleiben. Unser Widerstand darf sich nicht in der allgemeinen Bekundung unseres Friedenswillens erschöpfen. Er muß darauf abzielen, mit allen zur Verfügung stehenden Kampfformen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen zu verhindern. Und er muß, soll er erfolgreich sein, darüber hinausgehen.

Denn unser Land wird so lange ein mögliches Schlachtfeld bleiben, wie es von der amerikanischen Supermacht zum Aufmarschgebiet für einen Krieg mißbraucht werden kann. Deshalb müssen wir darum kämpfen, daß die lebensbedrohende Bindung an die amerikanischen Kriegstreiber gekappt wird, daß die Bundesrepublik aus dem NATO-Pakt ausscheidet und ihre Neutralität erklärt.

Großer Protest von Kindern und Eltern gegen Sparpaket der Stadt Kiel

(Leserbericht von Kieler Genossen)

Den folgenden Bericht und ein bei der Demonstration verbreitetes Flugblatt der KPD sandten uns Kieler Genossen in der letzten Woche. In dem KPD-Flugblatt wird unter anderem darauf hingewiesen, daß mit der Eintreibung ausstehender kommunaler Steuern, der Kürzung von Spesen und Repräsentationsgeldern und dem Verzicht auf Prestigeobjekte bereits im Stadtetat einige alternative Sparmöglichkeiten da sind. Außerdem wird noch auf die Sparmöglichkeit bei städtischen Großverdienern hingewiesen, auf die Gewinne der Großbanken, sowie den Zusammenhang mit der Aufrüstung. In ihrem Bericht schreiben die Kieler Genossen:

Seit etwa zwei Monaten sind die Sparmaßnahmen der Stadt für den Bereich der Kindertagesstätten Thema Nr. 1 bei Eltern und Erziehern. Geplant ist von der Stadt (alle Parteien) eine erneute Erhöhung der Beiträge auf etwa 300 Prozent, Einsparung von etwa 27 Erzieherplanstellen, Vergrößerung der Kindergruppenstärken von bisher 20 auf 25 Kinder pro Erzieher sowie Streichungen von 12 Hortgruppen. Sollten diese Sparmaßnahmen so verabschiedet werden, würde das für Eltern und Kinder schlimme Folgen haben. Die Kinder könnten nur noch auf kleinstem Raum aufbewahrt werden, die sozial schlechter gestellten Eltern würden sich einen Kindergartenplatz gar nicht mehr leisten können, Alleinerziehende würden ihre Arbeit aufgeben müssen und zum Sozialamt gehen oder ihre Kinder zu Schlüsselkindern machen müssen.

Als diese Maßnahmen bekannt wurden, organisierte der Stadtelternbeirat zahlreiche Aktionen, die von ziemlich vielen bisher in politischen Fragen passiven Eltern gut unterstützt wurden. An zwei Wochenenden wurden in allen Stadtteilen Flugblätter verteilt (18000 das erste Mal).

Eine Flugblattaktion fand zusammen mit Kindern im Rathaus statt und wurde mit Polizei auseinandergetrieben. Massenhaft Leserbriefe wurden geschrieben, Unterschriften gesammelt, Politiker auf Elternversammlungen zur Rede gestellt, Transparente und Plakate gemalt und als vorläufiger Höhepunkt der Aktionen fand am 11.9. in der Kieler Innenstadt eine eindrucksvolle Demonstration mit über 2000 Eltern und Kindern statt.

Allein in unserem Kindergarten trafen sich 20 Eltern und 20 Kinder, die vom Stadtteil aus gemeinsam per Straßenbahn mit erhobenen Schildern und Transparenten am Kundgebungsort eintrafen.

Die KPD beteiligte sich durch einige betroffene Eltern an diesen Aktionen und deren Vorbereitungen. Auf der Demonstration waren wir dann mit einem gut verteilten Flugblatt und einem Transparent: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" vertreten.

Das Flugblatt schicken wir mit. Die Demonstration hat uns deshalb so gefallen und Mut gemacht, weil sie von vielen, vielen Eltern getragen war, die sonst noch nie bei sowas mitgemacht hatten.



Die Kieler Eltern- und Kinderdemonstration gegen die Sparbeschlüsse der Stadt war mit ihren 2000 Teilnehmern eine der bisher größten Aktionen in einer einzelnen Stadt gegen konkrete Maßnahmen des Sozialabbaus in diesem Bereich. Mut gegeben für den weiteren Kampf habe ihnen diese Beteiligung, vor allem, daß viele Teilnehmer dabei waren, die zum ersten Mal demonstrierten, schreiben die Kieler Genossen.

CDU-Wahlkampf in Frankfurt

(Leserbericht eines KJD-Genossen)

Liebe Genossen vom „Roten Morgen"!

Ich möchte Euch im folgenden etwas über die Vorfälle bei der CDU-Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt berichten:

Am 3.9.82 fand auf dem Römerberg in Frankfurt eine Großveranstaltung der CDU statt. Redner waren Kohl, Dregger und Wallmann.

Unter den 5000 Zuhörern waren auch einige hundert Gegendemonstranten, die allerdings nicht zuhörten, sondern ihr Mißfallen an den Reden lautstark bekundeten.

Der Römerberg war rundum mit Polizisten besetzt. Taschen wurden durchsucht, Leute gefilzt. Außerdem befand sich eine Kette von Polizisten zwischen Rednerpult, CDU-Anhang und den Gegendemonstranten. Auch wir von der KJD-Frankfurt waren natürlich da, bestückt mit Trillerpfeifen und Flugblättern.

Ohne ersichtlichen Grund fingen die Polizisten plötzlich an, wie wild rumzuprügeln. Der Römerberg war dichtgedrängt mit Leuten, so daß sofort ein Chaos entstand, da sich jeder vor den Gummiknüppeln schützen wollte. Dabei gingen Bauzäune zu Bruch, hinter denen auch plötzlich Polizisten auftauchten.

Einer Kollegin von uns wurde von diesen Polizisten der Arm umgedreht und der Inhalt ihrer Taschen wurde auf den Boden geschüttet. Mehrere CDUler sprangen den Polizisten zu Hilfe mit wüsten Beschimpfungen wie „Kommunistensau" und schrieen „Sieg Heil".

Der Platz, den die Polizisten geräumt hatten, sah aus wie ein Schlachtfeld. Zwei blutende Demonstranten lagen zwischen Schuhen, Jacken und sonstigen Sachen.

Das alles ging unter dem Beifall der CDU-Anhänger vor sich. Und die Redner vorne am Pult erdreisteten sich auch noch zu behaupten, die Polizisten müßten sich nur wehren, sie wären für friedliche Beilegung von Konflikten, sie wollten eine glückliche Zukunft für die Jugend, jeder dürfe seine Meinung frei äußern usw. usf.

Dem Pfeifkonzert konnte der Polizeieinsatz keinen Abbruch tun. Im weiteren Verlauf kam es noch zu zwei weiteren Angriffen gegen Demonstranten. 17 wurden insgesamt festgenommen.

Wir versuchten nach der Kundgebung, die verlorenen Sachen unserer Kollegin wiederzubekommen. Das einzige, was sie von den Polizisten zurückbekam, war eine Jacke und ihre Ausweis. Dieser befand sich ursprünglich in ihrem Geldbeutel, der angeblich nicht gefunden worden wäre. Auch alle anderen Sachen, wie Schlüssel, Zigarettendrehmaschine usw. waren weg. Das diese Sachen von Demonstranten weggenommen wurden, ist unwahrscheinlich, da die Polizei den fraglichen Raum, wo die Sachen ausgekippt wurden, ja geräumt hatte. Da stellt sich natürlich die Frage, wo der Rest wohl geblieben ist.

GEDICHTE

Die beiden folgenden Gedichte erhielten wir von einer Kollegin in den Vierzigern, die als Putzfrau arbeitet. Mit dieser Arbeit und der gewerkschaftlichen Tätigkeit befaßt sich auch das erste „Die Freigrenze bleibt". Für Nichteingeweihte: Die Freigrenze, das ist jener Betrag, unter dem keine Sozialversicherung bezahlt wird.

Die Freigrenze bleibt

Die Regierung hat beschlossen,
die Freigrenze bleibt da.
Wir kämpfen unverdrossen,
dagegen manches Jahr.
Die Solidarität bei uns wurd' breiter
nun steh'n wir ratlos da.

Man nimmt uns den Tariflohn,
die Zulagen gleich auch.
Man erhöht die Arbeitsleistung;
das ist bei uns so Brauch.
Die Solidarität wird trotzdem breiter
und unsere Verzweiflung auch.

Eine Antwartschaft auf Rente
ist auch für uns nicht drin.
An all diesem Gebaren
nur der Chef hat den Gewinn.
Die Solidarität wird immer breiter,
nur wo liegt da noch der Sinn?

Den Kampf von Neunzehnhundert
um soziale Sicherheit:
wieder gilt es ihn zu führen.
Ihr Frauen seid bereit!
Die Solidarität muß noch mehr steigen,
erst recht in dieser Zeit.

* * * * * * * * * * *

Frauen in die Bundeswehr

Es schallt ein Ruf wie Donnerhall
nun über uns dahin:
„Auch Frauen in die Bundeswehr!"
Was hat man hier im Sinn?
Ob es die Gleichberechtigung ist?
Im gleichberecht'gem Schritt und Tritt
in die Kasernen ziehen sie mit.

Den gleichen Zeitraum soll' sie dienen,
wie es dem Manne schon obliegt.
Und das zielgenaue Schießen
wird sicher auch mit eingeübt.
Hat man auch letzteres im Sinn?
Ob das auch Gleichberecht'gung ist?
Mit gleichberecht'gem Schritt und Tritt
dürfen schießen sie dann mit.

Da gibt's auch noch die Möglichkeit,
zu dienen sich nach oben.
Frau Offizier — Frau General,
wie wird man sie dann loben.
Ist das der Gleichberecht'gung Sinn?
In gleichberecht'gem Schritt und Tritt
Karriere machen sie auch mit.

Und kommt's zur Krise irgendwo,
ob hier, ob draußen in der Welt,
nun endlich auch ihr Einsatz kommt,
genau wie vorbestellt.
Hat man auch dieses schon im Sinn?
Liegt's in der Gleichberechtigung drin?
Mit gleichberecht'gem Schritt und Tritt
kämpft sie dann mit.

Nicht jede kehrt vom Einsatzort
nun lebend auch zurück.
Für diesen Fall ist vorgesorgt;
und so ertönt am letzten Ort
in etwas neuerer Form für sie
das alte Soldatenlied:
„Ich hatt' eine Kameradin,
eine bessere fand ich nicht.
Sie fiel an meiner Seite,
in gleichberecht'gem Schritt,
in gleichberecht'gem Tritt...".

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 38, 24 Eylül 1982 Yıl: 16 1 DM



CDU/CSU, FDP ile koalisyona gidiyor

Büyük sermayenin istediği hükümete birlikte karşı duralım!

Bonn'da sosyal-liberal koalisyon dağıldı. Büyük olasılıkla daha bu hafta içinde bir CDU/FDP koalisyonunun kurulacağı söz konusudur. Bundan bir hafta önce Alman Sanayii Merkezi Yönetim Kurulu (BDI) kesinkes olarak şunları talep etti: "Esaslı bir rota değişimi gerekli." Koalisyonunun dağılmasının aynı gün hisse senetlerinin değeri ortalama olarak 5 puan arttı.

Şüphe yok ki banka ve tekel kodomanları ve onların FDP ve CDU/CSU yönetimlerindeki temsilcileri yeni ümitlerle meydana çıkmaktalar. Onlar şimdi aylardan beri hazırlığını yaptıkları "köklü dönüşümün" nihayet gerçekleştirilmiş olmasını görmek istiyorlar.

Hiç şüphesiz tüm alanlarda sosyal hakları kısıtlamakla, silahlanma harcamalarını muazzam bir şekilde yükseltmekle, vergi hediyeleri ve yatırım yardımları ile Schmidt Hükümeti de onların hizmetindeydi. Ancak ne varki bunların hepsi yeterli değil. "Zenginlerin kârlarının bunalım döneminde de yükselmesi için yoksulların ödemesi gerekli" — İşte bu işverenlerin ve bankaların savaş çağrısıdır. SPD/FDP koalisyonunun yıkılmasında son itilimi sağlayan Lambsdorff-Tasarısı seyahatın hangi yöne doğru ilerleyeceğini gösteriyor: İşsizlik parasının ilk üç ay içinde yüzde 50'ye düşürülmesi, hastalık durumunda ilk üç gün hiç bir ödeme yapılmaması, emeklilik kesintilerinin yükseltilmesi, annelik izninin kaldırılması, yeni bina kiralarının tüm kiralar için ölçek olarak belirlenmesi vb.

İşçi hareketi ile açık bir çatışmayı gerektiren bu tür bir politikayı işverenler hükümet partisi SPD ile ancak çok zor gerçekleştirebilirler. Elbette ki bu SPD Yönetiminin işverenlerin çıkarlarını daima dikkate almak istemeyişinden değil. Çünkü o bunu yaptı ve son yıllarda izlediği politikasıyla da gerçekten ispatladı. Ama ne varki zenginlerin çıkarı için yoksulları iliklerine kadar sömürmede SPD yöneticileri CDU/CSU ve FDP yöneticileri kadar kararlarında ve hareket etmelerinde serbest değiller. Eğer SPD Yönetimi kitle etkisini tamamen kaybetmek istemiyorsa, o zaman işçilerin ve memurların seslerine, sendikalara belirli bir derecede kulak asmak zorundadır. Bir CDU/CSU Hükümeti ile daha acımasızca ve hızlı bir şekilde ilerleme sağlanacağından dolayı, işverenler uzun zamandan beri Bonn'da bir hükümet değişikliğinin hazırlığını yapmaktalar. CDU/CSU yöneticilerinin son haftalarda sürekli demogojik bir tarzda ileri sürdükleri derhal yeni seçim talepleri elbetteki şimdi bu çevrelerde artık pek sorun teşkil etmemekte. Çünkü artık istediklerine, yani iktidara gelmeye ulaştılar. Ve bu iktidarıda şimdi ilkin işverenlerin çıkarlarının çok açımasız bir şekilde gerçekleştirilmesi politikası için kullanmak gerekli. Son Federal Parlamento Seçimi'nde üzerine basa basa CDU/CSU'ya karşı oy kullanan, kendi seçmenlerinin büyük çoğunluğunu şimdi bu adımla çok müthiş bir biçimde dolandırmaları bir Lambsdorff'u ya da bir Genscher'i ilgilendirmemekte midir?

Onlar hemen yeni seçimlerin yapılmasına karşılar. Çünkü henüz FDP'nin Federal Parlamento'ya girip giremeyeceği, CDU/CSU'nun salt çoğunluğu elde edip edemeyeceği, şimdi kulislerdeki entrikaların sonucu olarak yeni bir seçime gidilmesinde acaba bir hükümet ve politika için çoğunluğun sağlanıp sağlanamayacağı konularında emin değiller.

Burada açıktan açığa alçakca bir şekilde kulislerde oynanan iktidar pokeri ile seçmenlerin kararından sakınılmak istenmesi gerçeğinden ötürü ancak derhal yeni seçimin yapılması talebi ileri sürülebilir.

Ama diğer yandan kendimizide avutmamalıyız: Yeni seçimler bugün işçi, memur, işsiz ve emeklilerin karşı karşıya bulundukları sorunların hiç birini gerçekten çözemez. Peki seçim için hangi alternatifler var? Bir yanda SPD ve böylece de esas itibarıyla şimdiye değin izlenen hükümet politikasının devamı. Sosyal hakları kısıtlayarak, vergi ve harçları yükselterek işçilerden ve memurlardan alıp tekellere yeterince veren bu politika işverenlerin çıkarı doğrultusunda olan bir politikaydı ve hala da öyledir. Bu politika işverenlerin işyerlerini rasyonalleştirme ve gerçek ücretleri düşürme çabalarına açıktan açığa destek vermiş olan ama diğer yandan ise işsizliğin giderilmesini sağlamak için hemen hemen hiç bir şey yapmamış olan bir politikadır. Eğer şimdi SPD yöneticileri tekrardan muhalefetçi ve "sosyal" kesiliyorlarsa, buna hiç bir kimse kanmamalıdır. Çünkü onlar kendilerini değiştirmediler, işçi sınıfına yönelik bir adım atmadılar, aksine, onlar sadece yeniden işçi ve memurların oylarını punduna getirmek istiyorlar.

Böylece buna karşı alternatif olarak sadece bir CDU/CSU kalıyor. Eğer hükümet gerçekleştiremediyse, muhalefete oy vermek akla yakın mıdır acaba? Hayır, hiç bir şekilde akla yakın değildir. CDU/CSU'yu seçmek işçi ve memurların, işsiz ve emeklilerin tam anlamıyla bugün yapabilecekleri en büyük ahmaklıktır. CDU/CSU bugün Lambsdorff ve şürekası ile birlikte en insafsızca ve en acımasızca mali sermayenin gerici ve işçi düşmanı çıkarlarını savunmaktalar. Onların politikası, kapitalist krizin tüm yüklerinin vahşice ülkemiz işçi ve memurlarının, işsiz ve emeklilerin, gençlerin ve kadınların sırtına bindirmekten oluşmaktadır. Bu politika milyonerlerin çıkarı uğruna milyonlarca insanı daha açlığın pençesine verecektir.

Tekellerin ve bankaların çıkarlarının bu safkan temsilcileri sosyal olarak tamamen gerici olan çizgilerini işçilerin ve memurların, gençliğin ve tüm sosyal direnme hareketlerinin direnişlerine karşı tüm araçlarla gerçekleştirmeye koyulacaktırlar. Bu da demokratik halkların daha da yok edilmesi, polisin iç savaş birliği olarak daha da teçhizatlandırılması, özellikle de sendikalara karşı yoğun saldırılar, işçi sınıfının tüm örgütlerinin tehdit edilmesi demektir.

Ve CDU/CSU'nun hükümet olması çılgınca silahlanma için daha fazla milyarlarca harcama yapılması, daha fazla atom roketleri, daha fazla NATO'ya, Ronald Reagan'ın etrafında birleşen savaş kışkırtıcılarına daha fazla sadıklık, yani daha fazla savaş tehlikesi anlamına gelir.

Kapitalist kriz derinleştikçe, işverenlerin kendileri ve sistemleri için bundan kurtulmanın yolu olarak neyi gördükleri daha da berraklaşmakta. 50 yıl geriye dönmek. Aynı yönde 1933'ten önce de çıkış yolu aranmıştı ki bu da faşizm ve savaşla sonuçlandı. Kuşkusuz ki biz bugün ne 1933 ne de 1932'yi yazıyoruz. Ancak ne varki banka ve sanayii kodomanlarının ve onların CDU/CSU ve FDP yönetimlerindeki temsilcilerinin bugün siyasi olarak istedikleri ister istemez aynı kapıya çıkmaktadır. Bugün SPD politikası üzerine hayal kırıklığına uğrayan birisi CDU/CSU Partisine geçme düşüncelerini tasarlıyorsa, o bunları açıkca göz önünde bulundurmalıdır.

(Devamı sayfa 3'te)

Lübnan'da faşist katliam

İsrail birliklerinin işgal ettiği Batı Beyrut'ta Filistin göçmen kamplarında barbarlığın ve vahşetin en koyu örnekleri sunuldu. Yüzlerce kadın, erkek çocuk hunharca kurşuna dizildi, katledildi. Tankı topu ile Batı Beyrut'u işgal eden İsrail siyonistlerinin elebaşıları Begin ve Sharon kendilerinin bu vahşi katliamdaki her türlü suç ortaklığını reddederlerken, şimdiye değin onları tam olarak destekleyen Reagan bile bu kitle katliamında onları da suçlu tutmak zorunda kaldı.

Siyonist birliklerin Batı Beyrut'u işgal etmelerinden sonra, geçen hafta cumartesi günü tamamen yakıp yıkılmış, Filistin kamplarına ayak basan Amerikalı gazeteciler tarihte eşine pek nadir rastlanan vahşetin en koyusunun bu kamplarda gerçekletirildiğini açıkladılar. Onlar bazı evlerde tüm aile fertlerinin kurşuna dizilmiş olduğunu, kadın, erkek ve çocukların duvarlara dizilerek burada kurşunlandığını, çesetlerin üst üste yığılı olduğunu belirttiler. Hiç bir fark gözetmeksizin kitle katliamını tezgahlayan katiller, makinalı tüfekleri ve süngüleri ile önlerine gelen herkesi katlettiler. Elimize ulaşan ilk haberlere göre 1500'ün üzerinde kadın, yaşlı, erkek, genç ve kucaktaki çocuklar acımasızca katledilmişler.

Katiller, İsrail'in terörcü saldırılarının sonucunda hastanelerde yatan sayısızca yaralılardan ve tıbbi personelden bile çekimediler. Ve gerçekleştirilen bu barbarlıkta hemen hemen çocuklarda dahil tüm katledilenlerin vücutlarında katliamdan önce işkence yapıldığına işaret eden izler var.

Filistinlilerin Sabra ve Şatila kamplarında bu kanlı katliamı gerçekleştirenler İsrail siyonistlerinin Güney Lübnan'ı yakıp yağmalamalarında kendilerinin yardımcıları olan ve bir kaç gün önce katledilen Gemayel'in Falanjist milisleri ve yıllardan beri İsrail'in teçhizatlandırdığı ve beslediği kiralık askerleri olan binbaşı Haddad'ın milisleridir.

Hiç şüphe yok ki katil çeteleri Begin ve Sharon'un doğrudan emriyle Filistin kamplarında bu barbarca kitle katliamını tezgahladılar. Nitekim şurası bilinen bir gerçektir ki Batı Beyrut'u işgal eden İsrail birliklerinin Filistin kamplarını kordon altına aldıkları bir dönemde bu vahşice katliama girişildi. Ayrıca bugün artık Tel Aviv'de bile Gemayel ve Haddad milislerinin İsrail ordusu tarafından Filistinli göcmenlerin yaşadığı Sabra ve Şatila kamplarında "temizliğe" girişmeleriyle görevlendirildikleri reddedilmemekte. Siyonist birliklerin Batı Beyrut'u işgal etmesiyle, bu kitle katliamının ön hazırlığı yapılmış oldu. Çünkü böylece FKÖ'nun terk ettiği mevzilere Lübnan düzenli ordusunun yerleşmesi engellendi.

Katliamın ardından siyonistlerin kendilerini aklamak için bu kitle katliamı haberini geç öğrendikleri ve bunun ardından ise hemen Falanjist milislere karşı harekete geçtikleri yönündeki açıklamaları adice birer manevradan başka bir şey değildir. Çünkü tarihte eşine pek nadir rastlanan bu vahşi kitle katliamına iki Filistin kampının İsrail birliklerinin kordon altında tuttukları dönemde girişildi, yani perşembe gününden başlayarak cumartesi sabah erken saatlere kadar sürdü. Onlar iki gün iki gece bu barbarca katliama seyirci kaldılar.

Burada bir noktayı hatırlatmak isteriz ki, Begin birliklerinin Batı Beyrut'a girmesini, Lübnan başkentinde "güvenliğin" ve "düzenin" garanti altına alınması ve kitle katliamının önlenmesi ile gerekçelendirmişti. Bu gerçekler ışığında bugün tüm dünya oluk oluk kan akıtanın Begin siyonistlerinin olduğunu görüyor. İşte bugün bu, Begin ve Sharon'un aylar önce savaş hedefleri olarak ilan ettikleri Lübnan'daki yeni düzenin sonucudur. Onlar silahlı Filistin birliklerini çatışmada yenmeyi başaramadılar. Bunun için de şimdi ellerinde hiç bir savunması olmayan sivil halkı kiralık katillerine katlettirmekteler. Onların hedefi hala soykırımla "Filistin sorununu kesin çözüme" ulaştırmaktır.

15 Yıl „Kızıl Şafak"

„Kızıl Şafak" Basın Şenliği'ne katılalım!

25 - 26 Eylül, Marienbornplatz, Dortmund-Lütgendortmund

Gazetemiz "Kızıl Şafak"ın 15. yayın yılını doldurmasından ötürü KPD bir Basın Şenliği düzenledi. Bu şenlikte çeşitli kültür grupları çıkacak ve sınıf mücadelesinin bazı sorunları tartışılacak ve yabancı düşmanlığına karşı manifesto ilan edilecek. Alman, Avusturyalı, Türkiyeli, Yunan ve Surinam kültür gruplarının katılacağı bu şenliği siz de izleyin!

Cumartesi günü öğleden sonra düzenlenen bir büyük toplantıda KPD Başkanı Ernst Aust "Sosyalizmin geleceği var" konusu üzerine konuşacak. Pazar günü öğleden önce çeşitli örgütlerin temsilcilerinin katıldığı bir toplantıda yabancı düşmanlığına karşı manifesto ilan edilecek. Manifesto toplantısının ardından Melike Demirağ yabancı düşmanlığı üzerine ve faşist cuntaya karşı şarkılar söyleyecek.

Ayrıca Cumartesi günü Almanya Komünist Gençliği KJD bir müzik gecesi düzenliyecek, pazar günü öğleden sonra Avusturyalı "Schmetterlinge" müzik grubunun konseri ile Basın Şenliği kapanacak.

Bunların yanı sıra iki gün boyunca sosyal hakların kısıtlanmasından tut ta ki güncel duruma ilişkin ve savaş tehlikesi üzerine tartışmalar sürdürülecek, FKÖ temsilcileri ile tartışmalar yapılacak, film gösterilecek. Basın Şenliği'nin sürdüğü iki gün boyunca çocuklar için çeşitli oyun programı var.

Basın Şenliği'ne katılarak tartışmalarda siz de yer alın ve kültür gösterilerini izleyin!

Lütgendortmund
Marienbornplatz
Dortmund
DIE KPD LÄDT EIN:
Sa. 25.9.
So. 26.9.
PRESSEFEST
ROTER
15 Jahre
MORGEN
Schmetterlinge

Basın Şenliği'nde diğer sanatçılarının yanı sıra
MELİKE DEMİRAĞ
da şarkılar söyleyecek.

Lambsdorff tasarruf planı engellenmelidir!

Bunalımın faturasını zenginler ödemeli!

Bugün hiç bir kimse Lambsdorff'un sosyal hakların tamamen yok edilmesini öngören stratejik önlemler paketinin sadece "tek bir kişi"nin bir planı olduğu ya da FDP'nin başındakilerin özgül isteklerine göre hazırlanmış bir program olduğu hayalini beslememelidir. Çünkü bu program sermayenin önümüzdeki on yıllık dönem için öngördüğü politikanın esaslarını oluşturuyor.

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında ele aldığımız Lambsdorf'un sosyal hakları kısıtlama programı işsiz, öğrenci, emekli, genç, yabancı; kısacası sermayeye dahil olmayan herkesi hedeflemekte ve şimdiye değin olandan çok daha da katı kısıtlamaları öngörmektedir. İşte bunun içindir ki sermayenin çeşitli temsilcileri buna karşı memnuniyetlerini dile getirmekteler. Örneğin Alman Sanayii ve Ticaret Odası Başkanı Otto Wolff von Amerongen geçen hafta sonunda "Bild" gazetesine verdiği bir demeçte şöyle demekte: "Ben bu kataloğu tamamen selamlıyorum. Ancak bu krizden kurtulmayı sağlar. O kesin öneriler yapmakta ve 'kemerleri daha fazla sıkmak' şeklinde atılan sloganlarla sınırlı kalmamakta!"

Alman Sanayii Merkezi Birliği (BDİ) "Kızıl Şafak"ın geçen sayısında da değindiğimiz gibi Lamsdorff ile aynı dönemde ve hemen hemen aynı talepleri kapsayan bir tasarı ileri sürdü ve bu tasarıya paralel olarak "mali ve ekonomik politikada hızlı ve köklü dönüşüm" talep etti. İşte bu yönde atılan ilk adım şu an tamamlanma aşamasında olan hükümet değişikliğidir.

Elbette ki Strauss ve Birlik Partilerinin diğer yönetcileri şu an bu planı sınırsızca alkış yağmuruna tutmaya cesaret edemiyorlar. Çünkü onlar gelecek aylar içinde yapılacak bir seçim kampanyasına hazırlanıyorlar. Ama şunu da unutmamalıyız ki, Lambsdorff tasarısının öngördüğü kısıtlamalar daha önce de şu veya bu şekilde Birlik Partileri'nin (CDU/CSU) programlarında da yer alıyordu ve hala de öyledir. Ayrıca Strauss kanadına dahil olmayan gelecek maliye bakanı CDU'lu Stolltenberg'te "Lambsdorff planı ile hem fikir" olduğunu açıkladı.

Demek ki artık tereddütlü olacağımız hiç bir şey yok ve her şey gerçekten ciddi düşünülmesi gereken bir aşamaya gelmiş durumda. O halde daha şimdiden bile tüm gelişmeler gözönünde bulundurularak mali sermayenin gerçekleştirmek istediği "dönüşümün" nasıl etkili bir şekilde engellenebileceği üzerine düşünülmelidir. Ancak bu planın engellenmesinin DGB Yönetiminin



şimdiye değin izlediği politikayla da söz konusu olmadığı bilinmelidir. Çünkü DGB sendika patronlarının anlayışı SPD'nin anlayışıyla aynı kapıya çıkmaktadır, yani eğer yüksek kazançlılar birazcık olsun kasaya çağrılırsa, o zaman emekçiler de fedakârlıklara katlanmalıdırlar. Görüldüğü ve yaşandığı gibi DGB Yönetiminin bu tutumu sadece ve sadece sermayeyi ve siyasi gericiliği, işçi sınıfının ve emekçi halkın sosyal haklarına yeni saldırılarda bulunmaya cesaretlendirdi.

Bu gerçekler ışığında yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfı ve emekçi halkı, krizi yaratanların ve bundan muazzam kâr edenlerin şimdi krizin yükünü taşımaları gerektiği doğrultusunda bir çizgi izlerse ancak mali sermayenin istediği "dönüşümü" önleyebilir.

Partimiz KPD daha geçen yılın ekim ayında "Bunalımın faturasını zenginler ödemeli!" başlığını taşıyan ve bu yönde talepleri kapsayan ekonomi politik bir açıklama yapmıştı.

Bu taleplerden bir kaçı şöyle:

★ **Bankaların ve tekellerin kârları çok tesirli bir şekilde vergilendirilmeli; 120 bin Mark'ın üzerinde olan senelik gelirler fiili olarak vergilendirilmelidir; tüm vergi borçları acımasızca toplanmalı ve ekonomik yolsuzluklara karşı sert önlemler alınmalı.**

★ **Silahlanma harcamaları en az yüzde 20 düşürülmelidir.**

★ **Tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası; emekliye ayrılma yaşı düşürülmeli; en az 6 hafta izin ve çalışma saati kanunu yeniden düzenlenmelidir.**

★ **İşyerlerinin yok edilmesine karşı mücadelede işçi temsilciliğinin hakları genişletilmelidir.**

★ **Devlet yardımları işyerlerinin korunmasına ya da yenilerinin yaratılmasına tabi kılınmalıdır.**

★ **İşsizlerin hakları savunulmalı ve genişletilmelidir.**

Burada bugün kapitalistlerin programına karşı gerçekleştirilmesi gereken bir kaç talebi sıraladık. Ancak bu tür ve kapsamlı talepler temelinde bir çizgi izlenirse direniş sağlanır ve başarı kaydedilir. Bugün sermayenin yeni hükümeti ile birlikte bize yönelik başlatacağı daha katı saldırılara karşı direniş kapsamlı ve yaygın mücadele eylemleri biçimini almalıdır. Yani diğer bir deyişle mücadele eylemleri sadece bir yürüyüş ya da mitingle sınırlı kalmayıp, aynı şekilde DGB yönetiminin şimdiye değin reddettiği grev eylemlerini de kapsamalıdır. Ayrıca sermayenin istediği "dönüşümün" engellenmesi yolunun yerli ve yabancı işçilerin ortak mücadele cephesinden geçtiğini, yani sınıfın birleşik bir güç olarak sermayenin saldırılarına karşı hareket etmesinin gerekli olduğunu da unutmamalıyız.

(„Die Reichen sollen die Krise bezahlen!")

Volksfront'a **karşı davalar sürüyor**

Strauss'a hakaret mi edildi?

1980 yılında Federal Parlamento Seçimi'ne katılan Gericiliğe, Faşizme ve Savaşa karşı *Volksfront*'un aleyhine açılan davalar sürüyor. Bu davalardan birine de geçe hafta Coburg'ta bakıldı. Coburg Asliye Mahkemesi'ne bağlı 3. Ceza Mahkemesi, Gericiliğe, Faşizme ve Savaşa karşı *Volksfront'un* üyeleri olan Karl-Heinz ve Barbara Hoffmann'ı toplam 1200 DM para cezasına çarptırdı. Gerek bu davada gerekse de Federal Almanya çapında sürdürülen diğer davalarda *Volksfront'un* 1980 yılı seçimlerinde Strauss'u boğaya benzeten afişiyle onun şahsına hakaret ettiği ileri sürülmektedir.

Geçen yılın 29 Eylül'ünde gene Coburg Asliye Mahkemesi'nin bir diğer bölümünde yapılan duruşmada, mahkeme heyeti iki *Volksfront* üyesini beraet etmişti. Mahkeme bu kararını, *Volksfront'un* afişinde Strauss'a hakaret eden bir suç istinatının bulunmadığı ile gerekçelendirmişti.

Ne varki savcılık mahkeme heyetinin bu kararına, Bavyera Eyalet Başkanı Strauss'un şerefini lekelediği gerekçesiyle itirazda bulundu. Şimdi son olarak yapılan duruşmada ise Strauss şahsi hak davacısıydı. Onu bu duruşmada mahkeme heyetini baskı altına almaya çalışan avukatı Ossmann temsil ediyordu. Örneğin o Bavyera'da bir alt mahkemenin Strauss'un "şahsına hakaret edildiği" bir duruşmada beraet kararını vermesinin dehşet yaratıcı olduğunu açıkladı.

Bunun sonucunda hakim Ludwig bu ima ile neyin kastedildiğini çakarak, afişin üzerinde bulunan "Strauss durdurulmalı! Gericiliğe, Faşizme ve Savaşa karşı" sloganı ile Strauss'un faşist olarak gösterildiğini ileri sürdü ve buna hiç bir "demokrat" izin vermemelidir dedi.

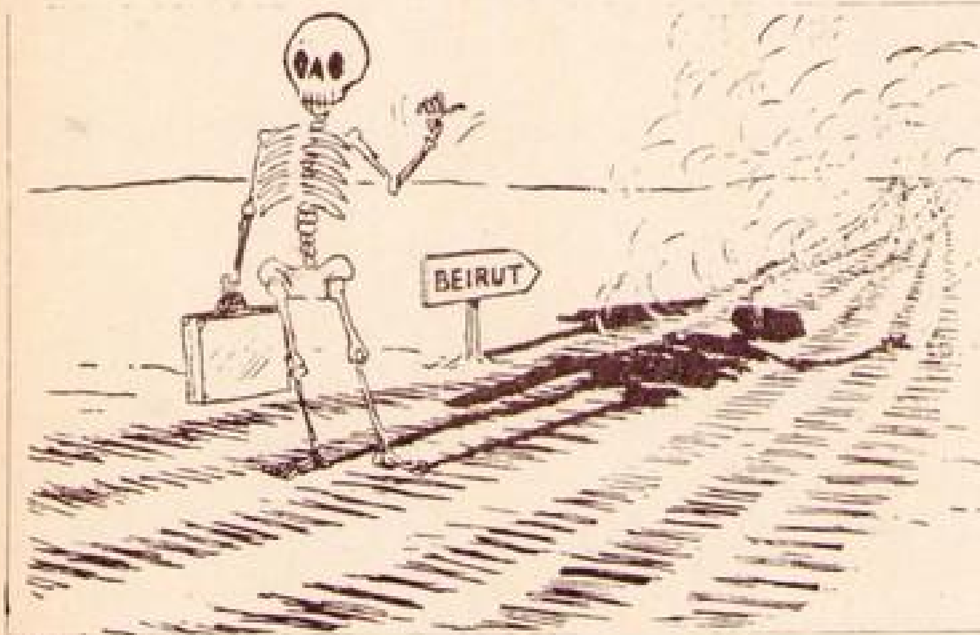
(„Strauss beleidigt?")

İsrail Birlikleri Batı Beyrut'u işgal etti

Daha göreve başlamadan önce bile yeni "seçilen" Lübnan Cumhurbaşkanı Beşir Gemayel planlarının ve hayatının sonuna yaklaşmıştı. O başa gelmek için binlerce insanı katlettiği gibi kendisi de bir suikaste kurban gitti. İsrail'in ve ABD'nin uzatılmış kolu olarak Lübnan'daki "yeni" düzende faşist Gemayel halkın çoğunluğunu oluşturan müslümanları ve dürzilerin direnişini kırmakla, ABD ve İsrail için güvenilir bir ortam oluşturmakla görevlendirilmişti.

Faşist Gemayel'e suikast düzenleyenler hakkında bir kaç ihtimal sayılabilir. Ve bu ihtimaller Kaetep çetesinin ikinci adamı olan kardeşi Amin Gemayel'den tut ta ki kendileri ile rekabet içinde olan Maronitlere ya da Gemayel'in iktidara getirilmesinde büyük kayıpları olan Franjiye veya Şamun ailelerine kadar uzanmaktadır. Daha Gemayel'in yönetime getirilmesiyle birlikte Lübnan bir kanlı katliamın eşiğine sürüklenmiş oldu. Begin'in arzu ettiği yeni düzene göre hareket edecekleri önceden pekâla açık olan bir şeydi. Nitekim ABD "barış meleği" Habib yaptığı arabulucukla İsrail siyonistlerinin Lübnan'da yeni bir işgale gerişmelerinin önünü açmıştı. Zaten başka türlü davranması da söz konusu olamazdı.

Kaetep çetesinin başbuğu Gemayel'in katledilmesinden sonra Begin ya ABD'nin yeni



Ki bu kanlı katliamın boyutları Gemayel milislerinin Lübnan Ordusu yönetimini kendi denetimlerine almalarıyla birlikte çok daha büyük olacaktır.

Gemayel'in ne denli İsrail'in bir maşası olduğunu, İsrail siyonistlerinin katliamın hemen ardından harekete geçerek Batı Beyrut'u işgal etmeleri en çıplağıyla gözler önüne seriyor. İsrail Birliklerinin Lübnan'da arabulucusu Draper'le birlikte cumhurbaşkanlığı için yeni birisini arar—ki bunun için Amin Gemayel kendisini teklif etti—ya da Lübnan'da en azından belli bir dönem için işgali sürdürür. Ne varki İsrail'in Lübnan işgalini sürdürmesi ABD emperyalizminin planlarıyla kısmen çelişmektedir.

Çünkü Reagan ve şürekasının elinde şimdi Mısır ve Fas'ın izole edilmiş hükümetlerinin dışında Arap kampında kendi çıkarları doğrultusunda daha sağlam ilişkiler kurma imkânları var.

Ne varki Washington'un ve Tel Aviv'in oyununu birlikte oynamak isteyen çevrenin çok dar olduğunu daha önce Sedat'ın—ki onun ölümü halkta değil sadece Batı'da tepki yaratmıştı-şimdi de Gemayel'in ölümünde çok açık bir şekilde görebilmekteyiz.

Gemayel'in ölümü bir kez daha İsrail işgaline son verilmediği ve Lübnan'ın egemenliğinin sağlanmadığı—tabiki bununla hiç bir şekilde yabancı bir gücün maşa hükümetini kastetmiyoruz—sürece ne bu bölgede ne de bir bütün olarak Yakın Doğu'da gerginliğin giderilebileceği düşünülebilir. O'nun ölümü ve yaşanan gerçekler aynı zamanda Lübnan'ı felaketin ve karmaşıklığın eşiğine sürükleyenlerin Filistinliler değil, aksine Amerikan Dolar'ı ve Alman Mark'ı ile desteklenen ve siyasi planlarını silah zoruyla gerçekleştirmek isteyen İsrail siyonistlerinin ve onun maşası falanjistlerin olduğunu tüm çıplaklığıyla ortaya koymakta.

(„Israelische Truppen besetzten West-Beirut")

Türkiyeli faşist subayların buluşması engellendi

15.9.1982 tarihinde Hannover Eyalet Başkent Kurulu'nun davetiyesi üzerine yaklaşık 20 faşist cunta subayı ile Hannover Ordu Subay Okulu arasında görüş aliş-verişinde bulunmak amacıyla bir buiuşma yapılacaktı. Hannover belediye binasında yapılmak istenen bu görüşmenin içeriğini hangi sorunların oluşturduğunu Türkiye'den gelen subayların tümünün MİT'ten olduğunu gözönünde tutarsak çok daha iyi kavrayabiliriz.

Şurası bilinen bir gerçektir ki MİT'in katilleri NATO okullarında ve Batı Almanya'da eğitilmekteler.

Böylece Hannover'deki buluşmanın ana konusunu da "iç güvenlik" sorunları oluşturacaktı. Türkiye'deki terör cihazını daha da işler hale getirmek için bu buluşmada Alman Ajan Örgütü MAD ile Anayasa Koruma Derneği'nin ilerici insanların açığa çıkarılmasında ve baskı altında tutulmasında tecrübeleri faşist sürüsüne aktarılacaktı. Ancak onlar bu emellerini gerçekleştiremediler.

Çünkü Türkiyeli faşistler ile yapılacak bu buluşmanın duyulmasının ardından Türkiyeli ve Alman anti-faşistleri harekete geçerek toplantının yapılmak istendiği belediyenin önünde bir miting koydu ve şehir merkezinde bir yürüyüş yapılmasını kararlaştırdalar.

Alman subayları buluşmayı reddetmelerine karşın, yürüyüş ve mitingin yapılacağı 15 Eylül'de aralarında partimiz KPD'nin ve *Volksfront'un* da yer aldığı 400'e yakın Alman ve Türkiyeli anti-faşistler belediyenin önünde buluştular. Burada yapılan mitingte Türkiye'de faşist cuntanın cezaevlerindeki yeni durumu ortaya konarak teşhir edildi.

Çeşitli söylentilere göre Türkiyeli faşist subaylar ile Alman subayları arasındaki buluşmanın Hannover Ordu Subay Okulu'nda yapıldığı belirtilmekte. Ancak bu şu ana değin ispatlanmış değildir.

Cunta geri çekilmek zorunda kaldı

Bolivya'da genel grev

Bolivya'daki ekonomik ve siyasi bunalım geçen hafta daha da şiddetlendi. Askeri hükümet iflas ettiğini ilan ederken, Cochabamba maden işçileri ise bir siyasi greve giderek generaller çetesinin istifasını talep ettiler.

Bolivya'da maden işçileri şimdiye değin iktidarlarını sağlamlaştırmaya çalışan askeri diktatörlerin planlarını bozguna uğrattıkları gibi şimdi de ülke emekçilerinin tümünü giderek kapsayan bir hareketin başını çekiyorlar.

Senelerden beri Bolivya işçi hareketinin merkezi olan Cochabamba'da başlayan grev, Bolivya Tüm Sendikalar Birliği COB'nin bir genel greve gitmesi için başlangıcı oluşturdu.

Bu sendikanın yöneticileri son iki yıl içinde faşist cuntanın yıkılmasını sağlamak için bu tür bir genel grevi örgütlemeyi reddettiler. Şimdi ise görüldüğü gibi maden işçilerinin eylemi ile buna zorlanmış olmaktalar. Çünkü Bolivya ekonomisinde kilit bir öneme sahip olan kalay maden ocaklarından çalışanlar aynı zamanda işçilar arasında da en yoğun örgütlü bulunan tabakayı oluşturuyorlar.

Faşist cuntanın elebaşısı Calderon'un ve çetesinin iflasını ilan etmesi onların izlediği çizginin sadece bir sonucudur. Diğer önemli sonucu ise "ülkenin onarılması" için hazırlanan program oluşturuyor. Ki bu, çalışan insanların tüm tabakaları tarafından en sert bir şekilde reddedilmektedir. Çünkü bunun sonucunda çalışan insanların son iki yıl içinde açlık ve sefaleti çok daha arttı. Bundan dolayı da COB faşist cuntanın yeni programını tam yerinde olarak "halkı açlığa terketme programı" olarak adlandırdı.

İlk olarak Bolivya Katholik kilisesi de faşist cuntanın yıkılmasından yana olduğunu açıkladı. Bu da inançlarından ötürü aktiv eylemlere girişmeyi reddeden kişileri de mücadeleye seferber etti.

Şimdi faşist cuntanın yıkılmasından sonra arkasındaki güçler zor bir duruma itilmiş olmaktalar. Çünkü Bolivya'da faşist cuntanın başa getirilmesinde kâr edenler sadece başını ABD'nin çektiği uluslararası uyuşturucu madde şebekeleri değildi, aynı şekilde başta İngiliz emperyalisteleri olmak üzere ABD hammedde tröstleri de Bolivya kalay yataklarını sömürerek rekor kârlar elde ettiler. Ama şimdi cuntanın geri çekilmek zorunda kalmasıyla bunlar tehlikeye girmiş durumda.

(„Generalstreik in Bolivien")

23 Ekim'de yürüyüş

ISS DGB'nin Dortmund'da düzenlediği yürüyüşe katılıyor

3/4 Nisan 1982 tarihleri arasında Falken'ler ve Revier grupları Ruhr bölgesindeki Oer-Erkenschwick'te sosyal hakların kısıtlanmasına ve işyerlerinin yok edilmesine karşı bir kongre düzenlediler. Federal Almanya çapında çeşitli insiyatiflerin, çalışma gruplarının, işyeri ve sendika temsilciliklerinin katıldıkları bu kongrede sosyal hakların kısıtlanmasına, işyerlerinin yok edilmesine karşı ne yapılması gerektiği tartışıldı ve F. Almanya düzeyinde bir yürüyüşün yapılması kararlaştırıldı.

Kongrede işyerlerindeki, sendikadaki sorunların, işsizlik ve sosyal kısıtlamaların ayrıntılı tartışılması amacıyla çalışma grupları oluşturuldu.

Olumlu sonuçların elde edildiği bu kongrede 12 Haziran'da Duisburg'ta ikinci kongrenin yapılması kararlaştırıldı.

Federal Almanya çapında 200'e yakın delegenin katıldığı sosyal hakların ve işyerlerinin yok edilmesine karşı Sosyal Güvenlik İnsiyatifi'nin (İSS) ikinci kongresinde 23 Ekim'de sosyal hakların kısıtlanmasına, işyerlerinin yok edilmesine ve yabancı düşmanlığına karşı merkezi bir yürüyüş yapılması kararlaştırıldı.

2. Kongre'de ayrıca sosyal hakların yeniden kısıtlanması planına karşı eylül ayı içinde eylem haftasının düzenlenmesi karar altına alındı. Bu eylemlerin amacı olarak halkın sosyal hakların kısıtlanması planı üzerine aydınlatılması ve merkezi yürüyüş için seferberlik girişimlerinde bulunulması belirlendi.

Duisburg'ta yapılan 2. Kongre'ye partimiz KPD'nin yanı sıra çeşitli örgütler ve partiler de katıldılar. Bu kongrede 23 Ekim'de Gelsenkirchen'de merkezi bir yürüyüş yapma talebi yinelendi ve karar altına alındı.

Ancak Alman Sendikalar Birliği DGB'nin aynı tarihte Dortmund'da bir yürüyüş koymasından ötürü Sosyal Güvenlik İnsiyatifi DGB'nin bu eylemine katılıp katılmama sorununu ele aldı. İnsiyatifte yer alan partimiz KPD de, aynı insiyatif içinde yer alan diğer örgütlere ve şahıslara bir mektup göndererek DGB'nin düzenlediği yürüyüşe katılmanın doğru olduğunu vurguladı.

Komitenin 11 Eylül'de yaptığı oturumda bu sorun ayrıntılı olarak ele alındı. Kuzey Ren Vestfalye'deki ve Schleswig Holstein'deki Yeşiller'den ve Berlin Alternativ Listesi'nden temsilciler DGB yürüyüşüne katılmayı reddettiler. Tartışmalarda sorunu sadece her iki eylemin gelişme biçimi değil, aynı zamanda işçi hareketine ve sendikal harekete karşı takınılması gereken tavrı oluşturuyordu. İşte insiyatifin bu üyeleri ana olguyu siyasi hareketlilikte değil, aksine bu toplumun patlayıcı maddesi olan sosyal harekette görmekteler. Bunun içindirki DGB eylemine katılmaya karşı çıktılar. Aynı şekilde sendikal faaliyette yer alan temsilcileri de aynı görüşü paylaştılar. Ama onlar yanlış görüşleri için pek fazla taraftar toplayamadılar.

Böylece çoğunluğun oyu ile İSS'nin DGB'nin yürüyüşüne katılarak ayrı bir blok oluşturması ve ayrı bir bildiri çıkarması kararlaştırıldı. İSS yürüyüşün ana talepleri olarak "silahlanma yerine işyerleri", "35 saatlik iş haftası", "Ücretlerin düşürülmesine ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı mücadele" ve işçi sınıfının tüm tabakalarının, Alman ve yabancı, erkek ve kadın, yaşlı ve gençlerin ortak mücadelesi gibi şiarları belirledi.

(„Initiative soziale Sicherheit demonstriert in Dortmund")

Frankfurt'ta İG Metall 11. Kadınlar Konferansı yapıldı

8-10 Eylül 1982 tarihleri arasında Frankfurt'ta İG Metall 11. Kadınlar Konferansı yapıldı. Bu toplantıya İG Metall Merkez Yönetim Kurulu'ndan Eugen Loderer ve Hans Mayr da katıldılar. İkisi de kadın delegeleri sendika kongresi kararlarını ihlal etmekle suçladılar. Bu iki sendika ağasının eleştirdiği noktayı, Kadınlar Konferansı'nın barış mücadelesine ilişkin, özellikle Krefelder ve Bielefelder Appell adlı barış çağrılarını desteklemek için verilen önergeler oluşturuyordu.

İG Metall sendika ağaları kadın delegelerin bu barış çağrılarını destekleme girişimini engellemek amacıyla, onların görüşlerini eleştirmeye çalıştılar. Bu sert eleştirilerin sonucunda sendika patronları kadın arkadaşlardan hakkettikleri cevabı aldı ve durumun kendi aleyhlerine gelişmesine yol açtılar.

İG Metall 11. Kadınlar Konferansı'na katılan kadın delegeler arasında barışın garanti altına alınmasına ilişkin taleplerin ne kadar kapsamlı olduğunu ve bunların DGB Barış Çağrısı'nın çok ilerisinde birer talep olduğunu Kadınlar Konferansı'nın DGB Frankfurt Yerel Örgütü ile "Herkese iş ve barış" adı altında düzenlediği yürüyüşte de görebilmekteyiz.

Kadınlar Konferansı'nda İG Metall Yönetim Kurulu'na hemen hemen hiç övgü dizilmedi. Konferans'ta iş piyasasında kadınların ikinci sınıf muamele görmesi ve tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası ve bunların yanı sıra düşük ücret gruplarının kaldırılması merkezi tartışma konularından bazılarını oluşturuyordu.

Düşük ücret grubu 2 konusunda burada bir noktayı hatırlatmadan geçmek istemiyoruz. Örneğin 1978 yılında kadın işçiler Baden -Württemberg'de ücret grubu 2'nin kaldırılması için o ana kadar eşi görülmemiş bir mücadele örneğini sundular. O zamandan beri bu talep uğruna kayda değer hiç bir şey yapılmadı, aksine yüksek ücret gruplarına kadın işçilerin de alınmasının önüne set çekilmeye çalışıldı, çalışılıyor.

Bu noktada kadın metall işçileri İGM sendika patronlarını sert bir şekilde eleştirdiler. Tabii ki eleştiriler özellikle işyerlerinden gelen delegelerden yöneltiliyordu.

İG Metall'dan kadın işçiler, şikayetlerinin hep aynı içeriği taşmasının yani düşük ödeme yapılmasının, meslek öğrenme olanaklarının sınırlı olmasının çıkışlarda büyük tehlikelerle başbaşa kalmalarının sadece kendilerine bağlı olmadığını vurguladı ve sendika patronlarının izlediği politikayı teşhir ettiler. Sendika ağalarının pratikte izledikleri politika çeşitli tecrübe ve deneyimlere dayanılarak çürütüldü.

Konferansta özellikle tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftasının uygulanması ve bir kez daha üzerine basarak vurgulanan ücret eşitsizliğinin kaldırılması gelecek sendika çalışmaları için ana noktaları oluşturmalıdır dendi.

Kadınlar Konferansı'nda ayrıca Federal Hükümet'in sosyal hakları kısıtlama politikası da sert bir şekilde eleştirildi. Örneğin, konferansa katılan yabancı kadın delegelerden biri sosyal hakların yoğun bir biçimde kısıtlanmasını "son tren hareket ediyor" şeklinde yorumladı. Konuşan bir çok kadın delege "daha fazla kemerlerin sıkılamayacağına" işaret ederek artık Stuttgart'ta 70 bin işçi ve emekçinin katıldığı yürüyüş gibi mücadele eylemleri düzenlenmelidir dedi.

Memurlar sosyal hakların kısıtlanmasını protesto ettiler

Eylül 1982'de Alman Memurlar Birliği'nin çağrısı üzerine on binlerce memur protesto gösterisine katıldı. Daha önce de Kamu İşçileri Sendikası ÖTV bir çağrı yapmıştı. Her iki yürüyüşe toplam olarak 50 bini aşkın memur katıldı. Bu da kamu sektöründe de direnişin giderek yükseldiğinin bir göstergesidir. Mitingte yapılan her iki konuşmada da "sosyal dengenin sağlanmasından" bahsedilmiş olsa dahi, buna rağmen yürüyüş memurların sosyal hakların kısıtlanmasına karşı açıkca protestolarının bir ifadesidir.

Gericiliğin kamu sektöründe çalışan işçi, memur ve dargelirli devlet memurlarını büyük bürokratlarla aynı kefeye koyarak "rahat bir yaşam sürdürdükleri" kışkırtmasına girişmesine karşı artık kamu emekçileri de sessiz kalmıyorlar.



Frankfurt'ta İAF merkezi kongresini yaptı

Artan yabancı düşmanlığına karşı mücadele!

18-19 Eylül 1982 tarihleri arasında Frankfurt'ta Yabancılarla Evli Alman Kadınları'nın bir örgütü olan IAF Merkezi kongresini yaptı. Bu kongrede bugün yabancı yurttaşların içinde bulunduğu durumunu duvarlara yazılan yabancı düşmanı sloganların, ilticacılara karşı düzenlenen bombalı eylemlerin, zaten kısmi olan sosyal ve siyasi hakların daha kısıtlanmasının ve artan işsizlikten ağır bir şekilde etkilenmenin simgelediği belirtildi.

Ancak bugün Batı Alman devletinin yabancılara karşı saldırılarından sadece onların değil, aynı şekilde yabancılarla evli Alman kadınlarının da ağır bir şekilde etkilendiğine işaret edildi. "Alman aileleri" nin yasal olarak korunma hakları olurken, yabancılarla evli kadınların durumunun çok kötü olduğu vurgulandı. Örneğin yabancı eşin her an sınırdışı edilme tehlikesinin olduğuna dikkatler çekildi. Ayrıca Batı Alman bürokrasisinin son dönemlerde Alman ve yabancılar arasında evlilikleri zorlaştırdığı ya da tamamen engellediği açıklandı.

Bunun içindir ki 10 yıl önce Yabancılarla Evli Alman Kadınları IAF'yi kurdular. Yabancı eşleri olan kadınların ancak ortaklaşa hareket etmekle başarılar kaydedebilecekleri belirtildi.

IAF 10 yıl boyunca doğru ve olumlu taleplerin gerçekleştirilmesi uğruna kararlı bir şekilde mücadele etti ve bu mücadeleyi hala da sürdürüyor. Örneğin bu taleplerden bazıları şunlardır: Oturma izni hakkının genişletilmesi, Almanlar ve yabancılar arasındaki evlilik haklarına tecavüz edilmemeli, aile fertleri sınırsızca buraya gelme hakkına sahip olmalı, ceza kanununa yabancıların aşağılanmasına karşı bir maddenin konulması, yabancılarla evlenen ailelere eşit hakların tanınması vb.

IAF'nin yıllar boyunca yürüttüğü mücadele faşistleri de rahatsız etmektedir. Örneğin IAF yaptığı duvar gazetelerinde, yayınlarında kendilerine gönderilen tehdit mektuplarına, yönetim kurulundaki üyelerine saldırılar düzenlediğine, Alman bürokrasisinin çıkardığı zorluklara, çocuklarının okullarda ve mesleki eğitimde aşağılanmalarına işaret eden haberler yayınlamaktadır. IAF'nin yürüttüğü mücadele yabancı düşmanlığına karşı da önemli bir rol oynamaktadır. Yabancı işçilerin özel baskılara karşı verdiği savaşımda belirli bir rol oynayan IAF'nın çalışması antifaşist mücadeleye önemli bir katkıdır.

KPD, IAF'nin sürdürdüğü bu mücadeleyi desteklemekte ve bunun içinde Merkezi Kongre'ye bir kutlama mesajı gönderdi.

(„Bundeskongress der IAF")

(Baştarafı 1. sayfada)

İşçi hareketinde köklü bir dönüşüm için!

Kapitalistler ve onların Bonn'daki alçak mahlukları avazlarının çıktığı kadar bir dönüşüm narası atıyorlarsa ve bu dönüşümü tüm çizgi temelinde gerçekleştirmeye koyuluyorlarsa, o zaman bu işçi hareketinin işverenlerin kendisini soyup soğana çevirmesini önlemek amacıyla bir dönüşüm yapmasının, bir rota değişikliğini gerçekleştirmesinin gerekli olup olmadığı üzerine düşünmesi için de artık tam zamanıdır.

Bonn'da iflas eden sadece Schmidt Hükümeti değildir. Aynı şekilde sendikalarımızın yönetimlerinin geçmişte olduğu gibi bugün de rotalarına yol gösteren sosyal demokrat reform politikasının tüm programı iflas etmiştir. 13 yıl önce sosyal liberal koalisyon görevine başladığında SPD yöneticileri işçi ve memurlara şu vaatlerde bulunmuştular: Biz reformla kapitalizmin kriz tanımamasını, yaşamınızın ekonomik olarak teminat altına alınmasını, kapitalizmde de yaşamınızın daha düzelmesini, daha fazla haklar elde etmenizi, çocuklarınızın daha fazla şans eşitliğini vb. sağlayacağız — tüm bunların hepsini sınıf mücadelesiyle değil, aksine hem işverenlerin ve kapitalist ekonominin hem de işçilerin ve memurların çıkarlarını göz önünde bulunduran bir politika izleyerek işverenlerle ortaklaşa çalışma koşuluyla gerçekleştirebiliriz diyorlardı.

Bu sosyal demokrat vaatler kapitalist krizin baskısı altında sabun köpüğü gibi dağıldı. Ne kriz tanımayan bir kapitalizm, ne de işverenlerle işçiler arasında ortak çıkarlar vardır ve bunun içinde hem işverenlerin **hem de** işçilerin çıkarlarına hizmet eden bir politikada olamaz. Bunun için tüm bunlardan öğrenmeliyiz. İşverenlere ve siyasi gericiliğe karşı çıkarlarımızı etkili bir tarzda savunmanın sadece bir yolu vardır: Bu da işverenlerin çıkarlarını ve kapitalist ekonominin ihtiyaçlarını göz önünde bulundurmaksızın kararlı sınıf mücadelesi silahına sarılmaktır. Bu sendikalar için şu anlamı taşır: Şimdiye değin hayata geçirilen sosyal ortaklık çizgisine son. Kuşkusuz ki biz işçiler kapitalist krizi ortadan kaldıramayız ve bunu hiç bir burjuva politikacısı da gerçekleştiremez. Garantili bir yaşamı ancak kapitalizmi yok etmek ve çıkarlarımıza uygun sosyalist bir toplumu inşaa etmek için işverenlerin ve onların yardakçılarının elinden siyasi iktidarı alırsak gerçekleştirebiliriz.

Ancak biz bugün krizin tüm yüklerinin sırtımıza bindirilmesini önleyebiliriz ve önlemeliyiz de. CDU/CSU/FDP koalisyonunun şimdi Bonn'da izlemek istediği sosyal hakları tamamen ortadan kaldırma politikasının karşısına şu şiarı geçirmeliyiz:

Bunalımın faturasını zenginler ödemeli!

Kohl'un, Srauss'un ve Lambsdorf'un arkasındaki yüzlerce milyon Mark özel sermayeye sahip olan güçler, bu cumhuriyetteki yüz bin milyoner ödemeli. Yoksa bir kaç Mark'ı olan işçi, aç kalmama parası alan işsiz gençler veya bir kaç Pfennig'i olan emekliler değil.

İşverenlerin, Kohl'un, Strauss'un Lambsdorff'un ve Genscher'in sosyal ve siyasi gericilik programını gerçekleştirip gerçekleştiremeyecekleri parlamentodaki oylamaya ve hele hele ekonomik dar boğazlara hiç bir şekilde bağlı değildir. Bu tamamen ve başlıca bize bağlıdır. Eğer biz, işçiler ve memurlar ve sendikalarımız çıkarlarımızı ve sosyal haklarımızı savunmak için, hep birlikte kararlı bir biçimde karşı durursak, eğer biz sosyal haklarımızın daha da kısıtlanmasına karşı kararlı direnişlerle, yürüyüşlerle ve grevlerle cevap verirsek, o zaman işverenlere, Kohl'a, Strauss'a, Lambsdorff'a ve Genscher'e sıcak bir sonbaharda ve kışta korkunç bir şekilde parmaklarını yakabileceklerini gösterebiliriz.

Sendikalar ekim ayı için sosyal hakların kısıtlanmasına ve işyerlerinin yok edilmesine karşı yürüyüş ve miting çağrıları yaptılar.

Bu ülkedeki işverenlere ve siyasi gericiliğe şunu gösterelim: Biz sessiz kalmayacağız. İşçiler ve memurlar onlarca yıl mücadele sonucunda kazandıkları sosyal haklarından mücadele silahına sarılmaksızın taviz vermeyeceklerdir.

Rüzgar eken fırtına biçer!

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**